Nr. 297. 23. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 21. Dezember 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Lehrreiche Zahlen.

Sehr interessantes Material zur Beurteilung unserer herrlichen Finanzwirtschaft im Reiche und zur Beleuchtung unserer Reichspolitik überhaupt bietet eine nähere Betrachtung des Reichsetats für das Jahr 1907.

Nach dem Entwurf des Gesetzes zur Feststellung des Reichshaushaltsetats für 1907 balancieren die **Einnahmen** und **Ausgaben** des Etats mit

2565 Millionen Mark.

Wie kommen diese Einnahmen zu stande?

In erster Linie durch **Zölle** und **Verbrauchsabgaben**, die für 1907 eine Einnahme von

967 Millionen

ergeben sollen. Diese Zölle und Verbrauchsabgaben belasten aber in erster Linie, weil sie auf die **notwendigsten Lebens- und Verbrauchsgegenstände** gelegt sind und als **Kopfsteuer** wirken, die große Masse der **nichtbesitzenden Klasse**!

Da die Reichsausgaben, in erster Linie die Ausgaben für **Heer, Flotte** und **Kolonien**, wie wir weiter unten zahlenmäßig nachweisen werden, unausgesetzt gewachsen sind, mußten auch die Reichseinnahmen entsprechend gesteigert werden. Da aber die **besitzende** Klasse, die die Klinke der Gesetzgebung handhabt, nicht selbst die wachsenden Lasten in Gestalt direkter Steuern auf sich nehmen wollte, mußten die Lasten für die **nichtbesitzenden** Klassen unaufhörlich gesteigert werden, also die

Zölle und Verbrauchsabgaben.

Die Einnahmen hieraus betrugen demgemäß:

Im Jahre	1878	235	Millionen Mk.
„ „	1885	346	„ „
„ „	1895	681	„ „
„ „	1900	806	„ „
„ „	1907	967	„ „

Damit sind aber die vornehmlich der nicht-besitzenden Klasse auferlegten Lasten noch keineswegs erschöpft. Denn von der Einnahme aus Zöllen und Steuern von

insgesamt 1179 Millionen

kommen nur etwa 110 Millionen aus den Einnahmen aus der Wechselstempelsteuer, den Reichsstempelabgaben (abzüglich der Lotteriesteuer, die ja ebenfalls von der Masse mitgetragen wird), der Aufsichtsratssteuer, der Kraftfahrzeugsteuer und der Erbschaftssteuer in Betracht, die nicht von der besitzlosen Klasse zur Hauptsache aufgebracht werden müssen.

Der Löwenanteil des Steuerbetrages von

1069 Millionen Mark

wird also von der besitzlosen Klasse getragen!

Die übrigen Reichseinnahmen setzen sich **im wesentlichen** zusammen aus

Einnahmen der Reichspost und Telegraphenverwaltung	610	Mill.
„ „ Reichsdruckerei	9	„
„ „ Reichseisenbahnverwaltung	118	„
Matrikularbeiträge	259	„
Anleihe	265	„

Wobei bemerkt werden muß, daß die **Matrikularbeiträge**, d. h. die Beiträge der Einzelstaaten, zu **vier Fünfteln** im Grunde gar nicht geleistet werden, da ihnen **Ueberweisungen** an die Bundesstaaten in Höhe von 202 Millionen Mark gegenüberstehen.

Die Netto-Einnahmen aus den oben genannten Reichsbetrieben aber werden in letzter Linie ebenfalls wieder durch **kapitalistische Ausnutzung der proletarischen Arbeitskraft** erzielt.

Man sieht, die Finanzen des Reiches ruhen überwiegend auf den Schultern des **Proletariats** in **Stadt** und **Land**, die Leistungen der **besitzenden** Klassen sind im Verhältnis dazu **verschwindend minimale**!

Wofür aber werden diese Einnahmen in der Hauptsache verausgabt?

Für

Heer, Flotte und Kolonialpolitik.

Die Ausgaben für das **Landheer** betragen **798** Millionen Mark, für die **Marine 290** Millionen Mark. Ferner erfordern **die Kolonien** 88 Millionen, die **Expedition** nach **Ostasien** 6½ Millionen, der **Allgemeine Pensions-** und der **Reichsinvalidenfonds 140** Millionen, die **Verzinsung** der Reichsschuld (die für militaristische Zwecke gemacht wurde) **137½ Millionen Mark!**

Insgesamt erfordern also der **Land- und Wassermilitarismus** und die **Kolonialpolitik** die Riesensumme von

1460 Millionen Mark.

Interessant ist eine Statistik des **Wachstums** dieser Ausgaben. Es wurden ausgegeben für **Heer und Marine** ohne Kolonialpolitik, Pensionsfonds und Schuldenverzinsung:

1877	489	Millionen Mark
1887	632	„ „
1897	815	„ „
1907	1088	„ „

Die **militaristischen Gesamtausgaben** aber beziffern sich 1907 auf **1460 Millionen Mark!**

Das kolossale Anschwellen der Ausgaben für Land- und **Wassermilitarismus** und unsere famose Kolonialpolitik, die sich trotz alles Andrehens der Steuerschraube, trotz der in **diesem Jahre** beschlossenen **neuen Steuern** in Höhe von mehr als 200 Millionen Mark nicht durch Einnahmen decken lassen, hat das Reich auch immer tiefer in eine

heillose Pumpwirtschaft

hineingebracht!

Die Reichsschuld betrug

im Jahre 1877	16	Millionen	Mark,
„ 1887	486	„	„
„ 1897	2 141	„	„
„ 1907 über	4000	„	„

Und trotz dieser ungeheuerlichen Mißwirtschaft soll das deutsche Volk einer **Handvoll Kolonialinteressenten** und **Kolonialphantasten** zuliebe

neue Hunderte von Millionen

für Südwestafrika zum Fenster hinauswerfen!

Dabei empfehlen die Herren Brot- und Fleischwucherer bereits **neue Steuern**, z. B. eine

Wehrsteuer!

Das deutsche Proletariat hat am 25. Januar 1907 sein Urteil über diese Politik zu fällen!

Wir sind uns nicht im Zweifel darüber, wie dies Urteil ausfallen wird!

Wahlkampf.

Zur Strecke die Wahlrechtsfeinde!

Die Staatsstreich-Drohungen werden zur stehenden Rubrik in der reaktionären Presse. Offenbar soll der Reichsregierung durch wiederholtes Aussprechen der Gedanke suggeriert werden, daß die Beseitigung des Reichstagswahlrechts der beste und der einzige Ausweg aus der Sackgasse ist, in die sie durch ihren „Appell an das Volk" gerannt ist. Der einzige Ausweg, wenn die Regierung nicht den Rückweg antreten will! Denn, daß die Wahlen eine konservativ-liberale Regierungsmehrheit ergeben werden, daran glauben kaum die Redakteure der Ordnungsblätter, die jetzt berufsmäßig verpflichtet sind, in ihren Artikeln so zu tun, als glaubten sie an die Möglichkeit eines glänzenden Sieges der Kolonialparteien. Und daß wiederholte Auflösungen des Reichstags, wozu die Reichsregierung nach der „Kölnischen Ztg.", der „Frankfurter Ztg." und anderen Ganz- und Halboffiziösen entschlossen sein soll, für den Fall der Wiederkehr der Mehrheit aus Sozialdemokratie, Zentrum, Polen usw., die Lage für die Regierung alles andere denn verbessern würde, das steht für jeden Wissenden auch im Ordnungslager fest.

Um so giftiger schäumt deshalb ihr Haß gegen das Reichstagswahlrecht auf, um so wütender sinnen sie darauf, wie sie es meucheln können. Daß es auf gesetzlichem Wege nicht zu beseitigen ist, wissen sie — aber das ist kein Hindernis für die Jakobiner der Reaktion. Gesetzlichkeit fordern sie vom Gegner, Umsturz, Revolution sind nur dann für sie Verbrechen, wenn sie sich gegen sie richten. Geschieht sie für sie, so ist die Revolution „rettende Tat", ist der Umsturz des Gesetzes „unumgänglich". Und so schreibt denn heute die „Post", das Organ der industriellen Scharfmacher, das Blatt der Freikonservativen, direkt hinter dem „Wahlruf" dieser Partei, unter dem die Namen der v. Kardorff, Graf Arnim-Muskau, Gamp und v. Tiedemann stehen, in einem Entrefilet mit der Spitzmarke „Kampf bis zum Erfolge!"

„Sollte aber dennoch das Unerwartete eintreten und die demagogische Agitation in der Mehrzahl der Wähler das Gefühl für nationale Pflicht und den Ekel gegen die Schande völlig ersticken, dann wird die Regierung, wie schon bemerkt, einen neuen Appell an das Land richten. Die aus dieser Ankündigung hervorleuchtende Kampffreudigkeit und Entschlossenheit wirkt nicht minder erlösend und erfrischend wie die eben vollzogene energische Tat. Wir dürfen daraus die Zuversicht schöpfen, daß „feiger Gedanken bängliches Schwanken" nicht mehr aufkommen soll und daß **die Regierung auf keinen Fall zulassen will, daß das Reich von den Erkorenen des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes in Grund und Boden ruiniert wird. Die Folge ist, daß, wenn wiederholte Appelle ans Volk unter diesem Wahlrechte fruchtlos bleiben sollten, der Moment nicht ungenützt verstreichen darf,** von dem einmal Fürst Bismarck sprach, wenn es gar nicht mehr vorwärts wolle. **Das ist unumgänglich, wenn die Mehrheit des Volkes nicht mehr erkennen will, was dem Segen des Reiches dient."**

Mit einer Selbstverständlichkeit wird hier von der „Post" die Notwendigkeit des Staatsstreiches proklamiert, als gäbe es für Regierungen und herrschende Klassen ein verbriefstes Recht auf die Unterjochung der Mehrheit des Volkes, auf den Umsturz der Staatsordnung! Mit der Ruhe des guten Gewissens wird zur Revolution von oben aufgefordert, denn die „Post" weiß, daß kein Staatsanwalt in Deutschland solche Aufreizungen zu Gewalttätigkeiten verfolgt.

Die Wähler mögen daraus ersehen, was bei den Wahlen auf dem Spiele steht, welches die Pläne der Ordnungsleute sind, denen die Freisinnigen die Steigbügel halten! Wehe dem Wahlrecht des Proletariers, dem Wahlrecht des Mittelstandes, wenn diese Wahlrechtsfeinde die Mehrheit im Reichstage erlangten! Die letzte Stunde des gleichen und allgemeinen Wahlrechts hätte geschlagen, der Proletarier und der kleine Mann des Mittelstandes würden zu Heloten im Reiche entrechtet werden, wie sie es in Preußen, Sachsen und den ihnen gleichwertigen Staaten des Reiches längst sind!

Gegen die Wahlrechtsräuber! Das muß deshalb einer der Hauptgesichtspunkte dieses Wahlkampfes sein. Eine Mehrheit der konservativ-liberalen Wahlrechtsräuber darf nicht zustande kommen. Auf gesetzliche Weise dürfen sie das Reichstagswahlrecht uns nicht nehmen können! Den ungesetzlichen Wahlrechtsraub aber fürchten wir nicht — gegen den Umsturz von oben haben wir Waffen, die wirksamer sind als die der Gegner!

Die Wahlrechtsräuber haben ihr Sehnen zur rechten Stunde enthüllt. Nützen wir das Geständnis! Zur Strecke die Wahlrechtsfeinde!

Hauswurfts Drohungen!

Bei der Wahl 1898 eroberte der Freisinn Bremen in der Hauptwahl, außerdem gelangte er in 46 Kreisen in die Stichwahl. Aus 26 dieser Kreise einschließlich Bremen wurde er bei der nächsten allgemeinen Wahl für die Stichwahl ausgeschaltet. Bei 17 von den 25 in Betracht kommenden Stichwahlen hatte der Freisinn bei der 98er Wahl noch Erfolg. Er behauptete damals die Kreise: Tilsit-Niederungen, Züllichau-Krossen, Bütow-Rummelsburg, Czarnikau-Kolmar, Lüben-Bunzlau, Liebenwerda-Torgau, Querfurt-Merseburg, Schleswig-Eckernförde und Schaumburg-Lippe gegen die Konservativen, Berlin II, Berlin V, Stettin, Kiel, Wiesbaden, Eisenach, und Koburg gegen die Sozialdemokratie, Ueckermünde gegen die Antisemiten. Dagegen unterlag der Freisinn schon 1898 in Westpriegnitz, Ruppin-Templin, Landsberg-Soldin, Stolp-Lauenburg, Ohlau-Nimptsch, Minden-Lübbecke. In diesen Kreisen kämpfte der Freisinn gegen Konservative. Aurich-Wittmund mußte er an die Nationalliberalen abgeben und Rostock an die Sozialdemokratie. 1903 behaupteten wir Rostock, nahmen Stettin, Berlin II und V sowie Bremen, ohne daß der Freisinn noch in die Stichwahl gelangte. Die übrigen oben aufgezählten Freisinnsdomänen waren in die Hände von Nationalliberalen und Konservativen übergegangen.

Bei der Wahl 1903 gelangte der Freisinn in 31 Kreisen in die Stichwahl und blieb in 25 Fällen Sieger. Er siegte in

	gegen	mit Hülfe von
Danzig	Sozialdemokraten	Zentr. u. Konservat.
Berlin I	„	„ „
Grimmen-Greifswald	Konservative	Sozialdemokraten
Glogau	„	„
Löwenberg	„	„
Liegnitz-Goldberg	Sozialdemokraten	Konservat. u. Zentr.
Landshut-Jauer	„	„ „ „
Schönau-Hirschberg	„	Konservativen
Görlitz-Lauban	„	Nationall. u. Zentr.
Schweidnitz-Wittenberg	Konservative	Sozialdemokraten
Nordhausen	Sozialdemokraten	Konservativen
Mühlhausen-Langensalza	Konservative	Sozialdemokraten
Tondern-Husum	Nationalliberale	„
Dithmarschen-Steinburg	Sozialdemokraten	Konservativen
Altena-Iserlohn	„	Nationall. u. Zentr.
Hagen	„	„ „ „
Eschwege-Schmalkalden	„	Konservat. u. Antis
Kaiserslautern	„	Zentr. u. Bund d. L
Erlangen-Fürth	„	Zentr. u. Nationall.
Bingen-Alzey	Zentrum	Sozialdem. u. Nationall
Oldenburg-Lübeck	Sozialdemokraten	B. d. L., Nationall. u Nationalsozialen
Jever-Westerstede	„	Bund d. Landw. und Nationalsozialen
Meiningen-Hildburghausen	Bund der Landw.	Sozialdemokraten
Fürstentum Lippe	Sozialdemokraten	Zentrum
Strasburg (Stadt)	„	„

In 8 von den damals gewonnenen Kreisen verdankte der Freisinn den Sieg der **Sozialdemokratie**, in 11 anderen Kreisen humpelte es auf **Zentrumskrücken** in den Reichstag!

Und dieser Freisinn, der seine Existenz im Parlament überwiegend der Stichwahlhülfe der Sozialdemokratie und des Zentrums verdankt, will jetzt Zentrum und Sozialdemokratie zerschmettern?!

Ertappte Korruptions-Hehler.

Die „Freisinnige Zeitung" dreht und windet sich wie ein Aal, weil wir die Freisinnige Volkspartei als Hehler und Förderer der kolonialen Korruption festgenagelt haben. Sie zetert:

„Gegen die Freisinnige Volkspartei wendet sich der „Vorwärts" auch in seiner Mittwoch-Nummer wieder mit einem langen Leitartikel. Natürlich kann er auch diesmal nur unter völliger Verdrehung des Tatbestands gegen den verhaßten Gegner polemisieren. Der „Vorw." sucht es nämlich so darzustellen, als wenn die Freisinnige Volkspartei durch ihre Zustimmung zu dem Nachtragskredit für Deutsch-Südwestafrika sich mit der Kolonialkorruption und insbesondere mit den Mängeln der Rechtspflege in den Schutzgebieten einverstanden erklärt habe. — Daran ist kein Wort richtig."

Nicht der „Vorwärts", sondern die „Freisinnige Zeitung" gefällt sich in „völliger Verdrehung des Tatbestandes". Die Zustimmung der Freisinnigen Volkspartei zu den Südwestafrika-Krediten führten wir nicht als Beweis für die freisinnige Verhehlung und Vertuschung der Kolonialkorruption an, sondern als Beweis der **schamlosen Prinzipienverschacherung** und des **schnöden Volksverrats** des Freisinns. Denn eine Partei, deren führendes Organ die **Gemeinschädlichkeit** aller deutschen Kolonialpolitik mit so beredten Worten betont hat, wie die „Freisinnige Zeitung" in der Nummer vom 10. November 1905, übt eben schmählichsten Umfall und Volksverrat, wenn sie der Regierung hilft, ein sinnloses koloniales Kriegsabenteuer, das bereits 400 Millionen verschlungen hat, noch ins Unabsehbare fortzusetzen!

Zum Mitschuldigen der **Kolonialkorruption** aber machte sich der Freisinn durch seine begeisterte Unterstützung des **Systems Dernburg**, dessen koloniale **Vertuschungsbestrebungen** vor kurzem auch selbst noch der **freisinnig-volksparteiliche** Abgeordnete Ablaß brandmarken mußte. Und diesem Dernburg konnte der Abgeordnete Müller-Meiningen auf dem Berliner Parteitage der **Freisinnigen Volks-**

partei ohne Widerspruch das Lob spenden, daß er „endlich mit dem elenden Vertuschungssystem gebrochen habe"!

Mag die „Freis. Ztg." weiter zu schwindeln versuchen, wir werden ihre feigen Winkelzüge stets von neuem entlarven! —

Wanzentaktik.

Die „Freis. Ztg." hatte die phänomenale Albernheit begangen, ausgerechnet der „Leipziger Volksztg." Verschleierung des sozialistischen Endziels vorzuwerfen, weil sie beim Abdruck des Fraktionsaufrufs die Stelle, in der eine „durchgreifende Umwandlung unserer ökonomischen und politischen Zustände gefordert wird, absichtlich ausgemerzt und dafür nur die Notwendigkeit einer „Reform von Grund aus" gefordert habe. Wie unsere Leser bereits wissen, wies die „Leipziger Volksztg." diesen beispiellos läppischen Antwurf mit der einfachen Feststellung der Tatsache zurück, daß sie den Entwurf in seiner ersten Fassung veröffentlicht habe, da ihr bis zum Redaktionsschluß der betreffenden Nummern die von der Redaktionskommission überarbeitete Fassung noch nicht zugegangen gewesen sei.

Nimmt daraufhin nun die „Freis. Ztg." ihre Anschuldigung zurück? Das fällt ihr gar nicht ein. Sie legt an die Wahrheitsliebe einer sozialdemokratischen Redaktion den freisinnigen Maßstab und bezweifelt die Richtigkeit der gegebenen Darstellung. Dann aber fährt sie fort:

„Sollte es aber wirklich so sein, wie die „Leipziger Volkszeitung" behauptet, dann ist die Sache für die Sozialdemokratie noch blamabler. Dann hat die verflossene Reichstagsfraktion, von der der Aufruf ausgeht, nicht gewagt, in dem ganzen Schriftstück auch nur an einer einzigen Stelle den sozialdemokratischen Zukunftsstaat, sei es auch nur ganz verschämt, zu erwähnen. Erst der Redaktionskommission ist zum Bewußtsein gekommen, ein wie trauriges Zeugnis sich die Reichstagsfraktion dadurch ausgestellt hat, und sie hat wenigstens die „sozialistische Grundlage" bescheiden an einer nicht hervortretenden Stelle nachträglich eingeflickt."

Die „Freisinnige Zeitung" hat sich zu der moralischen Rhinozeroshaut, die seinerzeit der neue Begömmerer des Freisinns, Fürst Bülow, rühmte, scheinbar auch noch den Schädelinhalt dieses diplomatischen Wappentieres zugelegt. Sonst könnte sie solchen Blödsinn unmöglich zu Papier bringen.

Wie stellt sich denn das Blatt des Herrn Müller-Sagan die Abfassung des Fraktionsaufrufs eigentlich vor? Glaubt es, daß sämtliche 78 Abgeordnete den Entwurf abgefaßt hätten? Der Entwurf konnte doch nur von einem Abgeordneten stammen. Er wurde der Fraktion vorgelegt. Die Abgeordneten machten ihre Ausstellungen und übertrugen dann der Redaktionskommission, die selbstverständlich wiederum nur aus Abgeordneten bestand, die Aufgabe, ihren Wünschen gemäß die endgültige Fassung des Aufrufs festzustellen. Gerade dem Auftrage der Fraktion gemäß wurde also die betreffende schärfere und prinzipielle Formulierung des Aufrufs gewählt.

Und dieser Vorgang ist für die Sozialdemokratie „noch blamabler".

Aber die „Freis. Ztg." wird auch jetzt noch nicht revozieren. Sie übt die Wanzentaktik, noch zu stinken, wenn sie totgequetscht wird!

Ein freisinnig-nationalliberales Kartell in Westfalen.

Das Berliner „Tageblatt" meldet am Donnerstagabend:

Die von den Nationalliberalen in den Wahlkreisen Hagen-Schwelm und Altena-Iserlohn ergriffene Initiative zu einem gemeinsamen Vorgehen mit den Freisinnigen hat ein Resultat gezeitigt. In gemeinsamer Besprechung ist gestern eine Einigung dahingehend zustande gekommen, daß als Kompensation für die Unterstützung, die die Nationalliberalen dem Freisinn in Hagen-Schwelm und Altena-Iserlohn angedeihen lassen, die freisinnige Volkspartei für die Nationalliberalen in den Wahlkreisen Hamm-Soest, Bielefeld-Wiedenbrück, Herford-Halle, Dortmund-Hörde und Bochum-Gelsenkirchen bereits im ersten Wahlgange eintritt. Bezüglich des Wahlkreises Minden-Lübbeke ist beiden Parteien freie Hand gelassen worden. Wahrscheinlich werden dort die Nationalliberalen den konservativen Kandidaten unterstützen, da die konservative Partei den Nationalliberalen Wahlunterstützung in Bielefeld-Wiedenbrück bereits für den ersten Wahlgang zusicherte.

Die Meldung wird für unsere Genossen in Westfalen ein Ansporn zu umso intensiverer Wahlarbeit sein! Die Verbindung der beiden liberalen Bankrotteure soll die Pleite nicht verhindern!

Der Reichsverbandsgeneralissimus auf der Strecke!

Noch vor der Wahlschlacht ist der Generalissimus des Reichsverbandes zur Verleumdung der Sozialdemokratie auf der Strecke geblieben — Generalleutnant v. Liebert, der 1903 als nationaler Kandidat gegen den Genossen Peus im Wahlkreise Brandenburg sieglos kämpfte, soll nicht wieder aufgestellt werden! In einer Versammlung der Brandenburger Wahlvereinigung hat der Vorsitzende Oberlehrer Dr. Görke erklärt, an eine Aufstellung Lieberts sei nicht wieder zu denken, die Kandidatur sei eine recht unglückliche gewesen. Da ein Widerspruch aus der Versammlung nicht erfolgte, ist anzunehmen, daß die Anwesenden mit dem Ausspruch Dr. Görkes einverstanden waren.

Armer Liebert! So werden seine Verdienste ums Vaterland belohnt, so seine glänzende Strategie an der Spitze des glänzenden Reichsverbandes!

Der Hänge-Peters „nationaler" Kandidat!

Die „Münchener Post" teilt mit, sie habe erfahren, daß der Kolonialheld Dr. Karl Peters, Reichskommissar a. D., für die Liberalen im Wahlkreise München I kandidieren wird!

Das ist denn doch eine Zumutung an die Wähler, die alles bisher Dagewesene in den Schatten stellt. Unsere Genossen können sich freilich einen angenehmeren Gegenkandidaten kaum wünschen.

In derselben Notiz bemerkt unser Münchener Parteiorgan zu der auch von uns gestern schon wiedergegebenen Meldung, daß Peters wegen der in den Nummern 285 und 286 der „Münchener Post" enthaltenen Artikel Hänge-Peters im Neuen Verein und Hänge-Peters über Nationalpolitik Privatanklage und Strafantrag gestellt habe:

„Bravo! So wird der Peters-Skandal wohl am Amtsgerichte in der Au eine weitere öffentliche Beleuchtung erfahren. Wir werden dafür sorgen, daß das Beweisverfahren den entsprechenden Umfang annimmt, und hoffen, daß die Sache noch vor dem 25. Januar zum Austrag kommt." . . .

Da Peters kandidieren werde, meint die „Münchener Post" weiter, so habe er ja auch das größte Interesse an einer raschen öffentlichen Reinigung. (Hm, hm!)

Uebrigens wußten die „Hamb. Nachr." dieser Tage mitzuteilen, daß „von zuständiger Stelle" Verhandlungen eingeleitet seien, wonach Dr. Karl Peters in einem hannoverschen Wahlkreise als Reichstagskandidat aufgestellt werden solle. Selbst den nationalliberalen „Hannoverschen Courier" ergriff bei dieser Meldung ein gelinder Grusel. Er schrieb dazu:

„Man braucht nicht in das Horn der sozialdemokratischen Uebertreibungen zu stoßen, um diese Kandidatur gerade im gegenwärtigen Augenblick recht ungeeignet zu finden und jedenfalls nationalliberalen Parteigenossen ein solches Experiment entschieden zu widerraten."

Was sagen die Münchener Liberalen dazu? Haben sie mehr Schneid als die Hannoveraner?

Für den Wahlfonds.

Die Genossen zu Dessau beschlossen in einer Versammlung der Mitgliedschaft Dessau des sozialdemokratischen Wahlvereins, für den Monat Januar einen doppelten Beitrag zu zahlen.

Ein Zeichen erfreulichen Opfermutes bietet folgende Zuschrift, die der Straßburger „Freien Presse" am Tage nach der Auflösung des Reichstages zuging:

„Beifolgend erlaube ich mir, für die Reichstagswahlen einen kleinen Beitrag zu senden. Leider ist es blutwenig, was ich geben kann, aber es kommt aus Opfermut für die heilige Sache, nebenbei bemerkt, ist es der letzte Inhalt meines Portemonnaies.

Später mehr.

0,81 M. in Marken. Ein armer Schulmeister."

Zur Nachahmung empfohlen.

Internationale Solidarität.

Der Landesausschuß der deutschen und österreichisch-ungarischen Sozialdemokraten der Schweiz erläßt einen Aufruf, in dem er zu Geldsammlungen für den deutschen Wahlfonds auffordert. Es sei heiligste Pflicht, die kämpfenden Brüder in Deutschland finanziell hilfreich zu unterstützen. Die deutsche Sozialdemokratie müsse aus dem Wahlkampfe als Siegerin hervorgehen, wenn sie der politischen und wirtschaftlichen Knebelung und den Staatsstreichsgelüsten energisch Halt gebieten wolle.

Aus den Wahlkreisen.

Rheinland.

Die Parteigenossen von Köln-Stadt und Köln-Land, die für diese beiden Wahlkreise eine gemeinsame Parteiorganisation haben, sind am Dienstagabend mit einer überfüllten und begeisternd verlaufenen Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins in die Wahlbewegung eingetreten. Es herrschte von Beginn bis zu Ende der Versammlung eine herzerfrischende Einmütigkeit und eine entschlossene Kampf- und Siegesstimmung. Aus allen Reden klang der feste Wille, diesmal den Wahlkreis Köln-Stadt zu erobern und dem doppelzüngigen Herrn Trimborn vom Zentrum die Gelegenheit zu nehmen, fürderhin im Reichstage sein sozialpolitisches Demagogenspiel zu treiben. — Als Reichstagskandidat für den Wahlkreis Köln-Stadt wurde wieder Genosse Adolf Hofrichter aufgestellt, der schon seit mehreren Wahlen als solcher fungiert. Für Köln-Land wurde die Aufstellung des Kandidaten noch nicht vorgenommen, weil infolge der Plötzlichkeit der Ereignisse die Personenfrage noch nicht geregelt werden konnte.

Für Aachen-Stadt wurde Genosse Jakob Honrath-Aachen als Reichstagskandidat aufgestellt.

Rheinpfalz.

Am Sonntag, den 23. Dezember, finden in allen pfälzischen Reichstagswahlkreisen Konferenzen statt, um die Organisation für die Wahlen in Angriff zu nehmen sowie die Kandidaten aufzustellen. Am 30. Dezember wird das erste Wahlflugblatt in der ganzen Pfalz zur Verteilung gelangen.

Auch die öffentliche Agitation hat bereits eingesetzt. Am Sonntag und Montag fanden in Speyer, Lambsheim und Ludwigshafen stark besuchte Wählerversammlungen statt, in denen der bisherige Abgeordnete des Kreises, Genosse Ehrhart, über die Auflösung des Reichstages sprach. Seinen Ausführungen wurde überall lebhafter Beifall gespendet. Im Laufe der Woche finden weitere Versammlungen statt. In den übrigen fünf Wahlkreisen wird die Agitation während der Weihnachtsfeiertage beginnen. Ueberall ist die Stimmung unserer Genossen ausgezeichnet. Der 25. Januar dürfte zeigen, daß auch in der Rheinpfalz die Sozialdemokratie marschiert.

Elsaß.

Mülhausen, 18. Dez. Das Parteikomitee des sozialdemokratischen Wahlvereins Mülhausen hielt am Montag eine Kreisversammlung ab behufs Stellungnahme zur Reichstagswahl. Nach längerer Diskussion wurde in geheimer Abstimmung der Kandidat bei den früheren Reichstagswahlen Leopold Emmel wiederum als Kandidat aufgestellt.

Der bisherige Abgeordnete, Fabrikant Theodor Schlumberger, will „aus Gesundheitsrücksichten" eine Kandidatur nicht mehr annehmen. An seiner Stelle soll als Kandidat der Liberalen und Demokraten Fabrikant Schoff, Bürgermeister von Pfastatt, aufgestellt werden. Die katholische Volkspartei hat zur Kandidatenfrage noch nicht Stellung genommen, indessen ist mit absoluter Sicherheit anzunehmen, daß auch von dieser Seite ein Kandidat aufgestellt wird.

Posen.

Als sozialdemokratische Kandidaten sind für den Wahlkreis Bromberg der Schriftsteller Georg Ledebour-Berlin und für den Wahlkreis Wirsitz-Schubin der Arbeitersekretär Friedrich Reitz-Bromberg aufgestellt worden.

Verzichtleistungen.

Von bekannteren Parlamentariern, die nicht wieder kandidieren wollen, sind zu nennen v. Kardorff, bisher Vertreter von Wartenberg-Oels (freik.) und Dr. Müller-Sagan, bisher Vertreter von Sagan-Sprottau (frs. Vp.). Kardorff gibt als Grund sein hohes Alter an; er ist 78 Jahre alt. Dr. Müller-Sagan resigniert mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand. Im Wahlkreise Offenbach-Dieburg will Dr. Becker, der 1903 unseren Genossen Ulrich verdrängte, das Wahlglück nicht wieder versuchen. Abgesehen davon, daß unsere Genossen wacker gearbeitet haben und hoffen dürfen, den Wahlkreis aus eigener Kraft wieder zu erobern, ist die jetzige Situation auch deshalb für die Nationalliberalen ungünstig, weil sie 1903 nur mit Hülfe des Zentrums siegen konnten.

Das rheinische Zentrum im Wahlkampf.

„Die Kölner Zentrumspartei, die am Dienstagabend ihren Wahlfeldzug mit einer großen Versammlung eröffnete, will, wie der Reichstagsabgeordnete Trimborn unter dem Beifall der Versammelten erklärte, den Kampf nach zwei Fronten führen: gegen das absolute Regiment und gegen die „Revolution", das heißt die sozialdemokratische Partei. Nach der „Köln. Volksztg." sagte Trimborn:

„Hinter der Aktion (der Reichstagsauflösung) stehen weitreichende Pläne. (Sehr richtig!) Diese Pläne zeigen auch den ganzen Ernst der Situation! Es handelt sich hier nicht darum, ob für die Kolonien ein paar Millionen mehr oder weniger zu bewilligen seien, sondern darum, ob das Bewilligungsrecht des Reichstags aufrecht erhalten und seine Bedeutung behalten soll, oder ob es genügt, daß jemand mit dem Säbel auf den Boden stampft und sagt: Die Kommandogewalt hat geredet, der Reichstag hat zu schweigen. (Stürmischer Beifall.) Vor dem Kommandosäbel weichen wir nicht zurück! (Händeklatschen und langanhaltender Beifall.) Das, was wir zu bewilligen haben oder nicht, haben wir nach pflichtmäßigem freien Ermessen zu prüfen und zu erwägen, und dann haben wir darüber abzustimmen. Da lassen wir uns nicht kommandieren. (Stürmischer Beifall.) Wenn wir uns auf den Standpunkt stellen wollten, daß die Berufung auf die Kommandogewalt für uns genügt, um jede beliebige Forderung zu bewilligen, dann können wir ruhig den Reichstag zumachen, dem absoluten Regiment und dem Zäsarismus den Weg freigeben! Dazu werden wir uns niemals hergeben! (Lebh. Beifall.) Auf der anderen Seite steht eine Partei, die von vielen Seiten beschuldigt wird, daß sie die Gesellschaftsordnung gewaltsam umstürzen wolle. Auch auf diesen Boden werden wir niemals treten. (Stürmische Bravorufe.) Wir wollen keinen Zäsarismus, kein absolutes Regiment, aber auch keine Revolution; wir sind eine Verfassungspartei! (Stürmischer Beifall.) Als die große starke Verfassungspartei, als die Säule der Ordnung stehen wir da im gegenwärtigen Moment."

Zum Schluß verhieß Trimborn eine scharfe Tonart gegen die Regierung:

„Man kann ja einen Wahlkampf führen, wo die Regierung als Beteiligte daneben steht, wo mehr oder weniger die Sonne der Regierungshuld scheint — uns hat eine solche kaum jemals geschienen —, man kann aber auch einen Wahlkampf führen in der Luft der scharfen Opposition! (Stürmischer Beifall.) Daß wir das können, werden wir den Herren dort oben schon zeigen. (Erneuter großer Beifall.) Zahlreiche Zuschriften an mich geben den Ausdruck wieder, daß in unseren Reihen eine große Erbitterung herrscht über die Behandlung, die man uns hat angedeihen lassen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben als Partei auch eine Ehre, und diese werden wir zu verteidigen wissen, und wir werden der Erbitterung, in die man uns versetzt hat, schon geeigneten Ausdruck geben; die Taten sollen folgen! (Lebhafte Zustimmung und Händeklatschen.)"

Daß Trimborn die Sozialdemokratie ohne weiteres mit der Revolution indentifizierte, natürlich mit der Revolution im Heugabelsinne, ist begreiflich, sitzt doch in Köln die Sozialdemokratie dem Zentrum fest im Nacken; und unter solchen Umständen erscheint den führenden Herren die Heraufbeschwörung des roten Gespenstes zur Aengstigung der gegen die Lebensmittelverteuerungspolitik des Zentrums aufsässigen kleinbürgerlichen Elemente als recht nützlich. Im Kölner Stadtkreis erhielten bei der Wahl im Jahre 1903 unsere Partei 13 291, das Zentrum 15 649, die Nationalliberalen 6223 Stimmen. In der Stichwahl siegte der Zentrumskandidat mit 19 526 gegen 16 095 Stimmen. Im Kölner Landkreis erhielten wir 13 247, das Zentrum 20 604, die Nationalliberalen 3609 Stimmen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. Dezember.

Kaiserworte.

In seiner am Dienstagabend im zweiten Berliner Wahlkreis gehaltenen Rede hat nach dem Bericht unseres Blattes der Genosse Richard Fischer gesagt: „Gefühl für nationale Würde, nationale Ehre, verlangt man nun vom deutschen Arbeiter, den man so lange als vaterlandslosen Gesellen bezeichnet hat! Wir kennen das Gerede, haben es vordem oft gehört, allemal, wenn der Kampf gegen die Sozialdemokratie, gegen das Volk geführt werden sollte."

Diese Aeußerung scheint in den sogenannten maßgebenden Kreisen peinlich berührt zu haben, denn die „Nordd. Allgem. Ztg." bringt an der Spitze ihrer Rubrik „Wahlkampf" folgende Notiz:

„In den gestrigen Wahlversammlungen der Berliner Sozialdemokraten ist die Zerstörung der nationalen Gesinnung unter den deutschen Arbeitern wieder mit Hochdruck in Angriff genommen worden. Ein Redner erlaubte sich die Aeußerung: „Gefühl für nationale Würde, nationale Ehre verlangt man nun vom deutschen Arbeiter, den man so lange als vaterlandslosen Gesellen bezeichnet hat!" Sollten nicht viele von den Versammelten empfunden haben, daß ihnen hiermit eine zynische Unwahrheit ins Gesicht geworfen wurde? Niemand hat den deutschen Arbeiter als vaterlandslosen Gesellen bezeichnet, am allerwenigsten der Kaiser, auf den der Satz natürlich gemünzt war. Gerade der Kaiser hat immer daran festgehalten, daß die Gesinnung einer bestimmten Klasse sozialdemokratischer Agitatoren nicht die Gesinnung der deutschen Arbeiter ist. Wie könnte es auch anders sein, da doch zahlreiche Söhne deutscher Arbeiter gegenwärtig für die Ehre des Reiches in Südwestafrika kämpfen, wie ihre Väter vor Metz, Sedan und Paris gefochten haben!"

Die Behauptung, der vom Genossen Fischer geäußerte Satz sei auf den Kaiser gemünzt, beruht auf einer bloßen Vermutung des Regierungsblattes. Wenn ihn aber das Blatt gern auf die Person des Kaisers beziehen will, haben wir keinen Anlaß, es in diesem Vergnügen zu stören und sind gern bereit, zu beweisen, daß Wilhelm II. sich mehrfach in ähnlicher Weise geäußert hat.

Einige Beispiele genügen.

Auf dem Mahl im weißen Saale des königlichen Schlosses zu Berlin nach der Tempelhofer Herbstparade sagte im September 1895 der Kaiser:

Doch in die hohe, große Festesfreude schlägt ein Ton hinein, der wahrlich nicht dazu gehört! Eine Rotte von Menschen, nicht wert, den Namen Deutscher zu tragen, wagt es, das deutsche Volk zu schmähen, wagt es, die uns geheiligte Person des allverehrten verewigten Kaisers in den Staub zu ziehen. Möge das gesamte Volk in sich die Kraft finden, diese unerhörten Angriffe zurückzuweisen! Geschieht es nicht, so rufe ich Sie, um der hochverräterischen Schar zu wehren, um einen Kampf zu führen, der uns befreit von solchen Elementen.

Als am 24. April 1897 Prinz Heinrich zur Jubiläumsfeierlichkeit nach England fuhr, erhielt er vom Kaiser folgende von ihm vor der Mannschaft des Flaggenschiffes „König Wilhelm" verlesene Depesche:

„Ich bedauere tief, daß ich Dir zu der Feier kein besseres Schiff als den „König Wilhelm" zur Verfügung stellen kann, während andere Nationen mit ihren stolzen Kriegsschiffen glänzen werden. Dies ist die traurige Folge des Verhaltens jener Vaterlandslosen, welche die Anschaffung der notwendigsten Schiffe zu hintertreiben wissen. Ich werde aber nicht eher rasten, bis ich meine Marine auf dieselbe Höhe gebracht habe, auf der sich die Armee befindet."

Vielleicht wird die „Nordd. Allgem. Ztg." einwenden, der Ausdruck „Vaterlandslose" beziehe sich nicht nur auf die Sozialdemokratie, sondern auch auf die anderen Parteien, welche damals die Flottenforderungen abgelehnt hatten. Das ist richtig, und gern sind wir bereit zu konstatieren, daß schon damals die Parteien, die nicht blindlings alle geforderten Militär- und Marineforderungen bewilligten, als „vaterlandslos" bezeichnet wurden — was jedoch nicht hinderte, daß sie später bei anderen Gelegenheiten wieder offiziell als „patriotisch" eingeschätzt wurden.

Ferner sagte am 3. August 1900 der Kaiser zu den von ihm „dekorierten" Arbeitern des Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-Amerika-Linie mit Bezug auf die Hamburger Aussperrungen:

„Die Auszeichnungen, die ich Euch verleihe, sollen meine Anerkennung sein, aber auch zugleich ein Ausdruck meiner Zufriedenheit, daß Ihr nicht dem schlechten Beispiel der durch vaterlandslose Agitatoren verführten Arbeiter Hamburgs gefolgt seid . . . Ehrlos der, der im Moment der Gefahr sein Vaterland im Stiche läßt."

Nun macht allerdings der Kaiser einen Unterschied zwischen den „Agitatoren" und „Hetzern" und der großen

Masse der Arbeiterschaft: aber diese Unterscheidung beruht lediglich auf einer seltsamen Selbsttäuschung. Tatsache ist, daß der deutsche Arbeiter, soweit er politisch denken gelernt und seine wirtschaftliche Lage in Deutschland begriffen hat, hinter den als „Agitatoren" und „Vaterlandslose" bezeichneten Verfechtern seiner Interessen steht. Das läßt sich leicht beweisen.

Am 26. November 1902 forderte aus Anlaß des Todes von Krupp der Kaiser die Essener Arbeiter in den heftigsten Ausdrücken auf, der Sozialdemokratie den Rücken zu kehren. Er sagte wörtlich:

„Einem kerndeutschen Manne, der stets nur für andere gelebt, der stets nur das Wohl des Vaterlandes, vor allem aber das seiner Arbeiter im Auge gehabt hat, hat man an seine Ehre gegriffen, diese Tat mit ihren Folgen ist weiter nichts als Mord; denn es besteht kein Unterschied zwischen demjenigen, der den Gifttrank einem anderen mischt und kredenzt und demjenigen, der aus dem sicheren Versteck seines Redaktionsbureaus mit den vergifteten Pfeilen seiner Verleumdungen einen Mitmenschen um seinen ehrlichen Namen bringt und ihn durch die hierdurch hervorgerufenen Seelenqualen tötet.... Ich vertraue darauf, daß Ihr die rechten Wege finden werdet, der deutschen Arbeiterschaft fühlbar und klar zu machen, daß **weiterhin eine Gemeinschaft oder Beziehungen zu den Urhebern dieser schändlichen Tat für brave und ehrliebende deutsche Arbeiter**, deren Ehrenschild befleckt worden ist, ausgeschlossen sind. **Wer nicht das Tischtuch zwischen sich und diesen Leuten zerschneidet, legt moralisch gewissermaßen die Mitschuld auf sein Haupt.** Ich hege das Vertrauen zu den deutschen Arbeitern, daß sie sich der vollen Schwere des Augenblicks bewußt sind und als deutsche Männer die Lösung der schweren Frage finden werden."

Bei der nächsten Reichstagswahl am 16. Juni 1903 zerschnitten die Essener Arbeiter das Tischtuch in der Weise, daß sie für den sozialdemokratischen Kandidaten 22 773 Stimmen abgaben, über 18 000 Stimmen mehr als im Jahre 1898.

Ein weiterer Beleg. Am 5. Dezember 1902 stellte in Breslau der Kaiser erneut an die Arbeiter das Ansinnen, sich von der Sozialdemokratie abzuwenden. Er meinte:

„Jahrelang habt Ihr und Eure deutschen Brüder Euch durch die Agitatoren der Sozialisten in dem Wahn erhalten lassen, daß, wenn Ihr nicht dieser Partei angehörtet oder Euch zu ihr bekenntet, Ihr für nichts geachtet und nicht in der Lage sein würdet, Euren berechtigten Interessen Gehör zu verschaffen, zur Verbesserung Eurer Lage. **Das ist eine grobe Lüge und ein schwerer Irrtum.**

Statt Euch objektiv zu vertreten, haben diese Agitatoren Euch aufzuhetzen versucht gegen Eure Arbeitgeber, die anderen Stände, gegen Thron und Altar, und Euch zugleich **auf das rücksichtsloseste ausgebeutet, terrorisiert und geknechtet, um ihre Macht zu stärken.** Und wozu wurde diese Macht gebraucht? Nicht zur Förderung Eures Wohles, sondern um Haß zu säen zwischen den Klassen und zur Ausstreuung feiger Verleumdungen, denen nichts heilig geblieben, und die sich schließlich am Hehrsten vergriffen, was wir hienieden besitzen, an der deutschen Mannesehre! **Mit solchen Menschen könnt und dürft Ihr als ehrliebende Männer nichts mehr zu tun haben und nicht mehr von ihnen Euch leiten lassen."**

Bei der Reichstagswahl 1903 wurden für die beiden sozialdemokratischen Kandidaten in Breslau 82 346 Stimmen abgegeben gegen 27 325 im Jahre 1898.

Richtig ist demnach zwar, daß der Kaiser zwischen den Arbeitern und ihren „Agitatoren" einen Unterschied macht; nicht minder richtig aber, daß diese Unterscheidung auf Selbsttäuschung beruht. —

Vorwärts für des Volkes Ehre!

Die „Südd. Reichskorrespondenz" behandelt in einer auffallend unbestimmten und gewundenen Erklärung die Frage, ob die Regierung bei einem für sie ungünstigen Ausfalle der Reichstagswahlen zu einer **abermaligen Auflösung des Reichstages** zu schreiten gedenke. Die offiziöse Korrespondenz beantwortet diese Frage weder mit Ja noch mit Nein; sie nennt das Aufwerfen dieser Frage nur eine „kleinmütige Berechnung" und meint, daß damit der deutsche Liberalismus seine „große Aufgabe", sich für Krautjunker und Cäsarismus zu opfern, „beim verkehrten Ende angreife". Der Wahlkampf müsse eben so geführt werden, daß keine zweite Auflösung zu erfolgen brauche.

Dasselbe Versteckspiel treibt auch die „Nordd. Allg. Ztg." Die erste Auflösung sei ja gerade im Vertrauen auf die Nation erfolgt. „An der Nation ist es, dies Vertrauen zu rechtfertigen".

Wie nun, wenn die Nation in unzweideutiger Weise den Kolonialphantasten zu verstehen gibt, daß sie von der uferlosen Weltpolitik nichts wissen will, daß sie jede imperialistische und militaristische Bevormundung entschieden ablehnt? Wie, wenn die Nation der Regierung ein unzweideutiges Mißtrauensvotum erteilt?

Will dann die Regierung dem Volke zum zweiten Male den Fehdehandschuh hinwerfen?

Will sie dann der Nation zum zweiten Male die Schmach in die Seele brennen, daß des Volkes Wille im Deutschen Reiche nichts gilt?!

Uns soll es recht sein. Wir nehmen den Kampf freudig zum zweiten Male auf!

Aber schon für den ersten Kampf müssen alle Wähler des Hohnes gedenken, den ihnen die Offiziösen mit der Zumutung antun: Wählt so, wie die Regierung es will, wie es den Brotwucherern und Wahlrechtsfeinden gefällt — wenn die Erwählten Eures Vertrauens nicht abermals zum Teufel gejagt werden sollen!

Vorwärts für des Volkes Rechte!
Es gilt die Ehre der Nation zu wahren!

* * *

Deutsches Reich.

Bülow als Rattenfänger.

Herr Naumann fleht den Reichskanzler kniefällig darum an, daß er den Nationalliberalen den Wink gebe, diesmal bei Stichwahlen zwischen Sozialdemokratie und Zentrum für die Sozialdemokratie einzutreten, da nur dadurch und durch ein Eintreten der Sozialdemokratie für die Nationalliberalen das Zentrum geschwächt werden könne!

Der Reichskanzler hat denn auch bereits durch die offiziöse „Südd. Reichskorrespondenz" dem Freisinn allerhand Wahlwinke zu geben geruht. Nur lauten sie freilich ganz anders, als sie Herr Naumann erwartete. Die offiziöse Korrespondenz empfiehlt nämlich dem Freisinn, bedingungslos für die Rechtsparteien einzutreten. Nur in „Verbindung mit konservativen Gruppen" könne der Kampf gegen Zentrum und Sozialdemokratie geführt werden. Wie ein solcher Kampf durchgeführt werden soll ohne Zertrümmerung des Freisinns, verrät der Bülow-Offiziosus leider nicht! Denn daß die Konservativen den Freisinn nicht aus ihrem Besitzstande entschädigen würden, versteht sich doch von selbst!

Statt dessen sucht die „Südd. Reichskorrespondenz" den Freisinn durch allerhand unverbindliche Verheißungen einzuseifen. Sie empfiehlt dem Freisinn, bei dem gegenwärtigen Wahlkampf das Wort Bismarcks zu beherzigen:

„Man gewinnt Einfluß auf eine Regierung nicht dadurch, indem man sie angreift, sondern **indem man sie unterstützt.**"

Nun, der Freisinn unterstützt ja in der Tat die Regierung. Unter dem Gladiatorenruf: „Ave Caesar, morituri te salutant" (Die dem Tode Geweihten grüßen Dich, o Cäsar!) ziehen sie in den Kampf für das Selbstherrschertum gegen den Volkswillen. Sie machen ja alles mit: Die Flottenpolitik, die Weltpolitik, den Kolonialrummel. Und nun sollen sie auch noch den Brot- und Fleischwucher und die Staatsstreichshetze der Rechten mitmachen, ohne mit der Wimper zu zucken!

Undankbarer Bülow! Arme Freisinnige! Wenn sie diesen Rattenfängermelodien folgen, werden sie wie die Hamelner Ratzen jämmerlich ersaufen! —

Die Nebenregierung der Kardorff-Arendt-Clique.

Die „Germania" verteidigt das Zentrum gegen den Vorwurf der kolonialen Nebenregierung, indem sie folgende Belege für die Kolonialkorruptionshehlerei der Rechten und der von ihr beherrschten Regierung erbringt:

1. **Die Ernennung Puttkamers zum Gouverneur in Kamerun.** Die Jugendgeschichte Puttkamers wollen wir übergehen, auch seine Tätigkeit in Togo, wo er nach einer Frauensperson eine Station Mirahöhe nannte! Der Druck der konservativen Nebenregierung setzte ein, als der Kameruner Gouverneurposten 1894 neu zu besetzen war. Von konservativer Seite trat man an den Reichskanzler Caprivi heran, daß er Herrn v. Puttkamer auf diesen Posten setzen solle. Der Reichskanzler sträubte sich! Er holte das Urteil des früheren Gouverneurs v. Soden ein, der am 20. April 1894 dem Anwärter v. Puttkamer ein Zeugnis ausstellte, das einem anderen Beamten den Hals gebrochen hätte. **„Großer Leichtsinn und bodenlose Bummelei in Geldsachen;"** er sei „nicht der Mann, um Zucht und Ordnung auszuüben"; seine Ernennung sei „zum mindesten ein sehr **gewagter Schritt"**; man möge ihn nur ernennen, wenn eben kein „Besserer" da wäre usw. All dies half nichts; **v. Puttkamer fiel die Treppe hinauf und wurde Gouverneur.**

2. **Puttkamers Schonung vor der Disziplinaruntersuchung.** Wie Herr v. Soden vorausgesetzt hatte, ging es auch! Am 30. Mai 1906 hatte der frühere Kolonialgeheimrat Rose dem Reichskanzler einen Bericht über die Puttkamersche Verwaltung zu erstatten. Zunächst wird darin festgestellt, daß die bekannte Paßgeschichte in einer Disziplinaruntersuchung einen für Puttkamer „ungünstigen Ausweg" nehmen müßte. Dann werden gegen den Gouverneur folgende Anklagen erhoben und begründet: a) Puttkamer habe sich eine **„ungewöhnliche Begünstigung"** der Esserschen Unternehmungen zuschulden kommen lassen; b) Puttkamer habe zugunsten Essers wiederholt in die Unabhängigkeit der Rechtspflege in absolut unzulässiger Weise eingegriffen; c) Puttkamer könne seine **Beamten nicht genügend beaufsichtigen**; es folgt der Satz: „Die hierdurch verursachten Schäden äußern sich namentlich bei den untersten Organen, **über deren rohes Verhalten gegen die Eingeborenen zahlreiche begründete Klagen erhoben werden."** d) In der **Finanzwirtschaft** herrscht der Zustand **größter Unordnung."** Diese vier Anklagen sind auf Grund der amtlichen Ermittelungen festgestellt worden. Es folgt dann aber nicht der Antrag auf Disziplinaruntersuchung, sondern es heißt meist wörtlich weiter: „Angesichts der vorstehend geschilderten Zustände liegt es sowohl im **Interesse von Puttkamer** als in dem des **Schutzgebietes Kamerun**, von einer **Wiederentsendung abzusehen.** Es ist deshalb auf v. P. in dem Sinne eingewirkt worden, daß er sein Ausscheiden aus dem Dienst herbeiführe. Er hat daraufhin am 13. Mai die Gewährung eines dreimonatlichen Erholungsurlaubes und daran anschließend seine Versetzung in den dauernden Ruhestand beantragt. Es besteht die Absicht, diesem Antrag stattzugeben."

Diese Absicht ist dadurch vereitelt worden, daß der Bericht in der **Presse veröffentlicht** wurde; es ist sehr gut, jetzt wieder an jene Mitteilungen zu erinnern; sie sind fast ganz in Vergessenheit geraten. **Erst nach** der Veröffentlichung dieses Berichtes hat man gegen v. Puttkamer die Disziplinaruntersuchung eingeleitet.

Die um Arendt und Kardorff.

Nachträglich hat auch der Vorstand der Reichspartei sich zur Veröffentlichung eines Wahlaufrufs oder, wie er das Ding in seinem anerkennenswerten Streben nach Originalität nennt, eines „Wahlrufs" veranlaßt gefühlt. Das Machwerk ist das einfältigste Gemengsel alberner Redensarten, das bisher erschienen ist, und übertrifft an Geistlosigkeit sogar noch den antisemitischen Aufruf. Selbstverständlich richtet er sich in erster Linie gegen die Sozialdemokratie.

„Die Zurückdrängung der vaterlandsfeindlichen, alle Freiheit und Rechte des Volkes gefährdenden Sozialdemokratie," heißt es z. B. in dem Geschreibsel, „muß auch bei dieser Wahl die wichtigste Aufgabe aller staatserhaltenden Parteien bleiben. Nicht das Wohl der arbeitenden Klassen, sondern der Umsturz der bestehenden Staatsordnung zum schwersten Schaden gerade der auf Frieden und Ordnung besonders angewiesenen Arbeiter ist das Ziel der revolutionären Sozialdemokratie."

Es fehlt nur noch die Hinzufügung, daß, wenn die Arbeiter ihr Wohl fördern wollen, sie für die Scharfmacher und deren gutbezahlte Kommis stimmen müssen, die ihnen ihr Wahlrecht nehmen wollen, ihren Lebensunterhalt durch hohe Zölle belasten und jede Forderung höherer Löhne als eine unerhörte Unverschämtheit ihrer Lohnsklaven betrachten. Glücklicherweise sind die Zeiten vorbei, wo sich der deutsche Arbeiter durch patriotisches Geschwätz betören ließ und seine Metzger zu seinen Vertretern wählte. —

Auch eine Zentrumsdrohung.

In einem Artikel über die „Nebenregierung des Zentrums" schreibt die „Germania":

„Wenn die Zentrumsabgeordneten **alle jene Mitteilungen, welche ihnen in vertraulicher Aussprache die leitenden Staatsmänner gemacht haben, jetzt in aller Oeffentlichkeit wiedergeben wollten, dann wäre wohl kein Minister und Staatssekretär mehr 24 Stunden in seinem Amte.** Aber die Herren Exzellenzen können ruhig sein. Diese Zentrumsabgeordneten plaudern nicht; sie halten die Verschwiegenheit unbedingt aufrecht und begehen auch jetzt im Kampfe keinen Vertrauensbruch."

Eine seltsame Drohung! Was mögen die Herren Minister in traulicher Plauderstunde mit den Spahn, Arenberg usw. alles aus der Schule geschwatzt haben, um dadurch ihre Posten verwirkt zu haben. Sollten sie etwa ihre Schmerzen und Beobachtungen, die Hohenlohe seinem Tagebuche anvertraute, am mitfühlenden Busen ihrer ehemaligen Zentrumsfreunde ausgeschüttet haben?

Aber das Zentrum will die Diskretion wahren. Es will feurige Kohlen auf das Haupt derselben Regierung sammeln, die, wie Herr Roeren es nannte, keinen „Vertrauensbruch" scheute, um das Zentrum zu blamieren und „abzuwimmeln"!

Welch' übermenschlicher Edelmut des Zentrums.

Aber das Zentrum schweigt in Wirklichkeit nur, weil es **selbst im Glashause sitzt**, weil jede Indiskretion durch eine womöglich noch **schlimmere Indiskretion** des Bloßgestellten **beantwortet** werden könnte.

Das Zentrum setzt durch seine Diskretion nur das von ihm bisher geübte System der Hehlerei fort! Bei der Kolonialschmach hat es den Hehler gespielt, wie es noch jede Schmach der Regierung und Reaktion als Helfer oder wenigstens Hehler mitgemacht hat! Die gegen die Minister gerichteten Giftpfeile prallen auf das Zentrum selbst zurück! —

Was in Preußen nicht passieren könnte. Aus Mannheim meldet ein Telegramm: Der bisherige hiesige Bezirksoffizier, Rittmeister v. Muschwitz, der wegen seiner beleidigenden Ausfälle gegen den sozialdemokratischen Rechtsanwalt Frank bei einer Kontrollversammlung sich eine gerichtliche Verfolgung zugezogen hat, wird, wie der „Gen.-Anz." mitteilt, aus seinem vorläufigen Urlaub nicht zurückkehren.

Ausland.

Italien.

Friedensbeteuerungen.

Der Minister des Aeußeren, Tittoni, hat dieser Tage Gelegenheit genommen, in der Kammer die „durchaus friedliche" äußere Politik Italiens zu besprechen: Das Programm Italiens sei, den Dreibund aufrechtzuerhalten und zu befestigen, aber auch die Freundschaft mit Frankreich und England zu erhalten. „Wer könnte", so führte der Minister aus, „ohne ein Gefühl des Schreckens an einen Krieg zwischen den europäischen Kriegsmächten denken? Wer könnte, ohne ewige Gewissensbisse zu empfinden, sein Vaterland einem unnötigen Kriege auszusetzen? Wenn es unglücklicherweise zwischen den Großmächten zu einem Kriege kommen sollte, so würden die Folgen sein: Der allgemeine Bankerott Europas!"

Derartige Friedensversicherungen werden von allen Staatsmännern Europas immer und immer wieder gegeben, in gleichem Atemzuge aber neue Hunderte von Millionen für Militarismus gefordert. Wenn die Regierungen aller Staaten wirklich so fest überzeugt sind von der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des Friedens und von den unheilvollen Folgen eines Krieges, dann — so sollte man meinen — wäre es nicht schwer, Wege zu einer allgemeinen Verständigung zu finden.

Dänemark.

Die Spielerei mit Orden und Titeln.

Der von der sozialdemokratischen Folkethingsfraktion eingebrachte Gesetzentwurf über Abschaffung des Adels, der Orden und Titel stand am Montag zur ersten Beratung im neuen Folkething. Mit scharfen Worten kritisierte Genosse Wijnblad das Ordensunwesen, das unter der Regierung der ursprünglich ordensfeindlichen Linken-Reformpartei mehr als je zuvor um sich gegriffen hat. „Mögen die Herren „Ritter" hier im Folkethingssaale aufstehen und uns erklären, was es für ritterliche Taten waren, für die man sie dekoriert hat", sagte er unter anderem. „In alten Tagen stellte man sich den Ritter als einen Mann von Eisen im Innern wie im Aeußern vor, der nicht zurückwich, der sein Wort hielt und auf seinem Standpunkt beharrte. Nun ist das gerade umgekehrt. Jetzt wird man Ritter, wenn man seine Ueberzeugung preisgibt. . . ."

Verschiedene dekorierte Abgeordnete suchten nach Wijnblads Rede die Verleugnung ihrer alten Grundsätze zu entschuldigen. So auch der Ministerpräsident Christensen, der erklärte, es wäre doch — unhöflich gewesen, die Orden zurückzuweisen. Treffend erwiderte unser Genosse, daß dies ja gerade ein Grund für den Gesetzentwurf sei, der jenen Höflichkeitszwang aus der Welt schaffen wolle! — Der Entwurf wurde einem Ausschuß überwiesen. —

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

38. Sitzung vom Donnerstag, den 20. Dezember 1906, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher-Stellvertreter Michelet eröffnet die Sitzung gegen ½6 Uhr. Die Stadtv. Rast und Buchow haben die Wahl zu unbesoldeten Stadträten angenommen.

Zunächst finden Ersatzwahlen in mehrere Deputationen und Kuratorien an Stelle des verstorbenen Mitgliedes Friederici statt. In die Arbeitshaus-Deputation wird Stadtv. Rettig (A. L.) mit 54 gegen 24 Stimmen gewählt, die auf Dr. Nathan (soz.-fortschr.) entfallen. In die Finanzdeputation gelangt Stadtv. Sökeland mit 66 Stimmen, Stadtv. Dr. Arons (Soz.) erhält nur 23. In das Kuratorium der Friedrich-Wilhelmsanstalt für Arbeitsame und die von Biedersee-Stiftung wird Stadtv. Zacharias (A. L.) mit 61 gegen 12 Stimmen gewählt, die auf Menzel (soz.-fortschr.) fallen.

Der Durchbruch der Voßstraße über die Königgrätzerstraße hinweg zur Lennéstraße soll nun doch erfolgen. Die Entlastung des Potsdamerplatzes und der Leipzigerstraße macht nach der Begründung der bez. Magistratsvorlage die Ausführung dieses Parallelstraßenzuges auch neben der Unterpflasterbahn zur unumgänglichen Notwendigkeit. Die Verlängerung soll 22 Meter Breite, der Fahrdamm 12 Meter Breite erhalten. Die Kosten sind überschläglich auf 3,4 Millionen M. ermittelt worden.

Auf Antrag der Stadtv. Frick (N. L.) und Nelke (A. L.) wird die Vorlage an einen Ausschuß überwiesen.

Die 8 soz.-fortschr. Stadtvv. Deutsch u. Gen. haben den Antrag eingebracht

Den Magistrat zu ersuchen, mit ihr in gemischter Deputation darüber zu beraten, wie der Empfang fremder Staatsoberhäupter in einer der Würde der Stadt entsprechenden Weise zu gestalten sei.

Stadtv. Dr. Nathan: In der Presse sind anläßlich der letzten Empfänge Kritiken geübt worden, welche, wenn sie die Stimmung der Bürgerschaft richtig wiedergaben, darauf schließen lassen mußten, daß eine starke Unzufriedenheit mit der Art vorhanden ist, wie diese Empfänge in den letzten Jahren sich gestaltet haben. Gegen den König von Dänemark bestand dabei in der Bevölkerung gewiß keine persönliche Animosität. Tatsächlich aber sind diese Kritiken bis weit in die Reihen der konservativen Blätter hinein zu finden gewesen und besonders war die Teilnahme von Kindern Gegenstand abfälliger Bemerkungen. Der Standpunkt, solche Empfänge überhaupt abzulehnen (Zustimmung bei den Sozialdemokraten) ist nun wohl lediglich der Standpunkt der Berliner Sozialdemokraten (Widerspruch). Als der Kaiser Nikolaus in Rheims empfangen wurde, begrüßte ihn der Maire und dieser Maire war ein Sozialdemokrat (Stadtv. Hoffmann: Warum soll der nicht auch einmal eine Dummheit machen? (Große Heiterkeit.) Es sind aber auch in Deutschland Fälle derart genug zu konstatieren; ich erinnere nur an Hessen und an die Debatten darüber im „Vorwärts"! In Kopenhagen ist unser Kaiser gewesen; der dortige Bürgermeister ist ein Sozialdemokrat; die beiden Herren haben ihre Meinung in längerer Unterhaltung ausgetauscht und das dortige sozialdemokratische Blatt hat diese Stellungnahme durchaus gebilligt. Der Repräsentant eines Landes kommt zum Repräsentanten eines anderen Landes und solche Zusammenkünfte sind unter allen Umständen mit Freuden zu begrüßen. Aber die heutige Einrichtung der Empfänge ist etwas absolut neues in der Geschichte der Stadt Berlin. Zum ersten Mal fand ein solcher Empfang statt am 18. Mai 1889 beim Besuch des Königs von Italien; zugrunde lag ihm ein Mißverständnis, indem der Oberhofmarschall sich in einem Schreiben bei Forckenbeck dafür bedankte, daß man den König von Italien am Brandenburger Tor besonders ehren wollte. Das war ein Irrtum, denn die städtischen Körperschaften hatten gar keine

dahingehende Absicht kundgegeben. Erst auf Grund dieses diplomatischen Schrittes kam es zu der jetzigen Art des Empfanges; diese Empfänge haben sich dann mehr und mehr gehäuft. 1889 mußte eine geheime Sitzung anberaumt werden, um nur einen solchen Empfang überhaupt zu ermöglichen. Nur mit 1 Stimme Mehrheit wurde die Begrüßung am Tor angenommen. Ein Antrag sehr angesehener Mitglieder ging damals dahin, die Begrüßung im Rathause selbst stattfinden zu lassen, unterzeichnet von Langerhans, Cassel, Kreitling, Weiß und einer Reihe anderer noch lebender Kollegen. In der ganzen Zeit vorher hat kein einziger Empfang am Brandenburger Tor stattgefunden; einmal war ein Empfang im Schloß, einmal auf einem Bahnhof, sonst nichts. Die neue Tradition datiert also erst von 1889; man sollte zu der früheren zurückkehren. Die Stellung des Magistrats ist hierbei allerdings wesentlich schwieriger und delikater als die der Versammlung, aber nach der Stimmung in der Bürgerschaft scheint es doch zweckmäßig, diese Frage in gemeinsamer Beratung zu erwägen. Es gibt nur ein Land, wo solche Empfänge stattfinden: Rußland! (Heiterkeit; Zurufe). Jetzt ist das natürlich auch dort nicht der Fall. Die heutige Form des Empfanges entspricht nicht ganz den modernen Begriffen des Bürgers, im Gegensatz zum Untertan, von dem man früher ausging. Die Repräsentanten fremder Staaten werden höher geehrt, wenn sie von freien Männern geehrt werden. An der Vergangenheit will ich dabei keine Kritik üben.

Stadtv. **Singer** (Soz.): Ich danke dem Vorredner, daß er sich bemüht hat, uns Lehren zu erteilen, wie wir uns in solchen Fragen stellen müssen, bin aber gar nicht geneigt, solche Lehren anzunehmen. Wir wissen ganz genau, wie wir uns bei Monarchenempfängen zu benehmen haben. Es ist vielleicht ein Zeichen der Zeit, daß Herr Nathan mit einem Angriff auf die äußerste Linke begonnen hat, vielleicht ein Ausdruck dafür, daß auch von der freisinnigen Partei der Feind als linksstehend angesehen wird. Wir haben nicht das geringste Bedürfnis, bei solchen Empfängen irgendwie mitzuwirken; es ist doch eine der überflüssigsten Einrichtungen, die man sich denken kann. (Sehr wahr!) Der fremde Monarch kommt nicht zu den Städten, wo sein Berufsgenosse, der einheimische Monarch, residiert (Heiterkeit), sondern er kommt zu seinem Kollegen. Auch kann ich nicht anerkennen, daß die Monarchen die geeigneten Repräsentanten der Nation sind; wenn diese sich besuchen wollen, könnte sie andere Personen dafür finden und auswählen. Mit seinem Unterschiede zwischen Sozialdemokraten und Sozialdemokraten befindet sich Herr Nathan sehr im Irrtum; es kann nur in Betracht kommen, was, sanktioniert von Parteitagen, als Standpunkt der Partei gilt. Soweit die Partei durch diese Beschlüsse als solche in Frage kommt, hat sie stets dahin entschieden, daß sie sich als Partei an höfischen Veranstaltungen nicht zu beteiligen hat; wer es tut, tut es auf eigene Verantwortung. Was nun aus Deutschland angeführt ist, betrifft solche, welche zwar nicht den Verkehr mit Monarchen abgelehnt haben, aber sich auch nicht als Byzantiner an irgend ein Stadttor hingestellt und den Empfang mitgemacht haben. In Rheims wie in Kopenhagen sind die betreffenden Herren zu den Bürgern gekommen, in die Rathäuser, und sind dort empfangen worden. Herr Nathan brauchte wohl diese Rosinen in seinem Kuchen, um ihn etwas schmackhaft zu machen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben kein Bedürfnis, diesen Antrag anzunehmen, kein Bedürfnis, mit dem Magistrat darüber zu verhandeln; es gibt wichtigere Angelegenheiten, bei denen gemischte Deputationen funktionieren können. Aus der historischen Entwickelung zieht Herr Nathan nicht den logischen Schluß, nämlich den, daß das sog. freie Bürgertum jetzt alles andere eher als frei ist. Die Mittel der städtischen Einwohnerschaft sind nicht dazu da, um für Persönlichkeiten, die nicht zum Besuch der Städte, sondern des Monarchen kommen, zu irgend welchen Ausgaben hergegeben zu werden; derjenige hat die Kosten des Besuches zu tragen, dem der Besuch gilt. Es ist eine durchaus falsche Auffassung, daß solche Besuche nicht dem Hofe, sondern dem Lande oder der Stadt gemacht werden. Will ein uns befreundeter Monarch die Städte kennen lernen, so werden wir die letzten sein, dem Hindernisse zu bereiten; kommt der Monarch ins Rathaus, so wird ihm dieselbe Höflichkeit erwiesen werden wie jedem anderen Menschen. Aber heute wird die Stadt gebraucht, die Straßen auszuschmücken, das Geld dafür aufzuwenden und dann an so und so vielter Stelle auch dem Bürgermeister gestattet, an den Festlichkeiten teilzunehmen. Es sind das eben keine städtischen Angelegenheiten; zu den Aufgaben einer Stadtverwaltung gehört es nicht, solche Empfänge in das Programm ihrer kommunalen Tätigkeit einzureihen und dafür städtische Gelder zu verwenden. Darum lehnen wir den Antrag ab. Andererseits ist aber ein guter Kern in den Antrag gekommen. Schüchtern, wie sein ganzer Vortrag war, hat Herr Nathan den Uebelstand gestreift, daß man sich jetzt nicht mehr damit begnügt, die Herren vom Rathause ans Brandenburger Tor zu bestellen, sondern daß auch dazu geschritten wird, die Kinder, Schüler und Schülerinnen, an diesen Empfängen zu beteiligen. Mit den Interessen der Schulen und der Schüler können wir es nicht vereinbar finden, auch pädagogisch nicht, wenn an Paradetagen auf Befehl des Kaisers die Schule ausfällt. Leider steht die Schule unter der Botmäßigkeit des Staates; die Aufsichtsbehörde kann über den Unterricht verfügen, und gegenüber solchen Befehlen ist der Gehorsam des Magistrats so groß, daß man gar nicht wagt, dagegen aufzutreten. Ich muß annehmen, daß der Magistrat auch hier wieder erklären wird, er sei nicht in der Lage, das zu verhindern. Aber es gibt einen anderen Weg: den Rat an die Eltern, diesen Anordnungen nicht zu folgen. (Sehr richtig!) Es ist das auch eine Art Schulstreik, wie er jetzt in den polnischen Landesteilen besteht. Die Eltern werden ja förmlich auf diesen Weg gedrängt, wenn man geradezu unbegreiflicherweise Schulkinder in Wintertagen auf die Straße beordert, um als Staffage bei solchen Festlichkeiten verwendet zu werden. Die Eltern sollten ihren Kindern einfach die Teilnahme verbieten, wenn auch zehnmal der Befehl ergangen ist. Diese Wahrnehmung des Elternrechtes muß eintreten. Was soll schließlich werden, wenn diese Reisen usw. sich immer mehr häufen, wenn so in den Schulunterricht eingegriffen und die Gesundheit der Kinder ernstlich geschädigt wird? Muß die Stadt nicht daran denken, auch die **Verkehrsstörungen**, die sich an diese Dinge knüpfen, zu bekämpfen und unmöglich zu machen? Was diese Störungen für eine Millionenstadt und deren Verkehrs- und Erwerbstätigkeit bedeuten, wissen wir; die Angelegenheit bekommt gerade dadurch einen ernsten Charakter. Würde der Antrag hierauf gerichtet sein, so wäre ich dabei; vielleicht reicht die Stadt auch bei dem Ministerium eine Denkschrift ein; vielleicht findet sich dann auch ein Minister, der an allerhöchster Stelle darüber Vortrag hält. (Heiterkeit.) Da aber der Kaiser, wie es heißt, als einzige Zeitung nur den „Lokalanzeiger" vorgelegt bekommt, ist meine Hoffnung, daß ihm die heutige Verhandlung bekannt wird, sehr gering. Der Kultusminister, der doch für das Wohl der Schule und der Schuljugend verantwortlich ist, würde sich ein Verdienst erwerben, wenn er die Aufmerksamkeit auf diese Schäden hinlenken würde. (Erneute Heiterkeit.) Der Unterschied zwischen Bürger und Untertan ist theoretisch richtig; heute aber praktisch einen Unterschied zu machen, geht nicht an, da von dieser Sorte bloß die eine Nummer Untertan in Preußen vorhanden ist. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Oberbürgermeister **Kirschner**: Schon die Fassung des Antrages ließ erwarten, daß der Antrag nicht allein seinen Blick auf die Zukunft richtet, sondern auch an der Vergangenheit Kritik üben will: Es ist von den Empfängen die Rede, die in Zukunft in einer der Stadt „würdigen" Weise stattfinden sollen. Die beiden Vorredner haben diese Vermutung bestätigt; einer sprach davon, daß man richtiger nicht als Untertan, sondern als freier Bürger teilnehme, der andere sprach von den Byzantinern, die an irgend einem Tor gestanden haben. Was die Verkehrs- und Schulverhältnisse betrifft, so ist eine gewisse Störung nicht zu verkennen, aber das liegt in der Natur der Dinge, ist nicht zu vermeiden und ist etwas, was in einer Stadt, die nun einmal die Haupt- und Residenzstadt des Reiches ist, nicht der öffentlichen Kritik unterliegen sollte. Wenn heute ein hervorragendes Mitglied der sozialdemokratischen Partei beerdigt wird, werden die Straßen ebenfalls abgesperrt. (Zustimmung und große Unruhe. Stadtv. Singer: Im Gegenteil! Der Leichenzug muß warten!) Bezüglich der Schule geht die Kritik von einer falschen Voraussetzung aus; niemals ist ein Schulkind gezwungen worden, an den Empfängen teilzunehmen, es ist peinlich darauf gehalten worden, daß die Teilnahme eine freiwillige war. Die lebhafte Teilnahme beweist aber gerade, daß die Stimmung der Bürgerschaft doch wohl eine andere war, als hier geschildert worden ist. Ist nun die „Würde" verletzt worden? Bei den meisten Empfängen hat mir die Vertretung der Stadt obgelegen. Ich habe eine so große Bedeutung der Sache nicht beigelegt, daß ich die Akten studiert hätte (Heiterkeit); aber von einer ständigen Gewohnheit habe ich bei dem Antragsteller nichts herausgehört. Naturgemäß ist, daß die Stelle, welche den Empfang veranstaltet, gehört und möglichst mit ihren Wünschen berücksichtigt wird, daran wird auch die Zukunft nichts ändern. Ganz entschieden widerspreche ich dem indirekten Vorwurf, als wäre hierbei nicht der Würde der Stadt Rechnung getragen worden. Ich habe mich nicht als Untertan gefühlt, sondern als Bürger eines konstitutionellen Staates und einer Stadt, die sich selbst verwaltet. Ich protestiere dagegen, daß unter meiner Mitwirkung etwas vor sich gegangen sei, was nicht der Würde der Stadt entsprochen hat. (Sehr gut! und Beifall.) Ich habe zunächst die Rechte der Stadt wahrzunehmen und habe das nach Kräften getan. Wir haben aber auch Pflichten gegen Staat und Reich, und ich habe persönlich auch Sr. Majestät dem König Treue geschworen, und wenn er den Wunsch hat, einen fremden Monarchen in dieser Stadt zu empfangen, so ist die Erfüllung dieses Wunsches nicht bloß eine Privatsache, sondern auch die Erfüllung einer öffentlichen Pflicht, und damit habe ich sicherlich auch der Auffassung der großen Mehrzahl der Bürgerschaft entsprochen. (Lebhafter Beifall.)

Stadtv. **Cassel** (A. L.): Wir werden den Antrag ablehnen. Wir haben als Vertreter der Bürgerschaft der Haupt- und Residenzstadt gewisse Pflichten zu erfüllen, welche zu unterlassen nicht im Interesse der Allgemeinheit und nicht im Interesse der Stadt Berlin liegen. Wir halten fest an den Grundlagen unseres Staatswesens; Herr Singer steht auf einem anderen Standpunkte. Diese Höflichkeitsverpflichtung ist so selbstverständlich, daß auch in republikanischen Staaten danach verfahren wird, und auch die Gesinnungsgenossen Singers dieser Auffassung in weitem Umfange Raum geben. Die Stadt wird bei solchen Anlässen außer durch den Oberbürgermeister bis zu einem gewissen Grade auch durch unseren Vorsteher vertreten. Dieser Mann hat doch oft genug die Selbständigkeit des freien Bürgers bewährt, er hat ihr sein Leben geweiht, und dieser Mann hat die bisherige Form für angemessen gehalten. Ich verstehe die Indignation des Oberbürgermeisters. So oft ich auf Einladung des Vorstehers Zeuge seiner Ansprachen war — auch beim Empfange des dänischen Königs — hat er stets eine Sprache geführt, wie sie eines freien Bürgers und des Oberhauptes einer so großen Stadt würdig war. (Lebhafte Zustimmung.) Auch durch diese letzte Rede ist kein Hauch von Byzantinismus gegangen. (Zurufe.) Heute hat es Herr Nathan nicht behauptet; aber in den Zeitungen stand es zwischen den Zeilen zu lesen. Die Absperrung der Straßen bedauere auch ich und wünschte sie verringert; aber sie ist auch in anderen Ländern nicht zu vermeiden. Letztes Frühjahr mußten wir in London am Tage unserer Abreise weite Umwege machen, weil der König und die Königin bei der Einweihung einer Kapelle in der City anwesend und die Straßen abgesperrt waren. Auch die allgemeine Schulfeier an diesem Tage bedauere ich; der berechtigte Vorwurf hierfür ist aber nicht an die Adresse des Magistrats, sondern des Ministeriums zu richten. Derartige Höflichkeitsverpflichtungen werden noch auf recht lange Zeit erfüllt werden, nämlich so lange unsere heutige Staats- und Gesellschaftsordnung bestehen bleibt. Für uns wäre es wohl nützlicher und ersprießlicher, uns mit anderen Fragen zu beschäftigen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

Stadtv. **Ladewig** (R. L.): Ich halte den Antrag und die Debatte für höchst überflüssig; wir haben wichtigeres zu tun. (Zustimmung.) Ich stimme Cassel zu, sage nichts weiter (Lebhafter Beifall) und bitte nur, den Antrag abzulehnen.

Stadtv. **Mommsen** (Fr. Fr.): Wir bedauern sehr, daß wir überhaupt einen solchen zwecklosen und wenig geschickten Antrag diskutieren mußten. Berlin wird viel angefeindet und der Antrag wird weitere Anfeindungen hervorrufen. (Zustimmung und Widerspruch.) Der Antrag stellt die Alternative auf: Im Rathause ist der Oberbürgermeister ein freier Bürger, am Brandenburger Tor ist er es nicht. Dieser Vorwurf ist ganz grundlos; wir sind überall, wo wir gehen und stehen, freie Bürger. Wir haben die Würde der Stadt immer gewahrt und werden sie weiter wahren. (Beifall.)

Damit schließt die Diskussion. Im Schlußwort bemerkt

Stadtv. **Nathan**: Ich habe den Rednern wohl etwas das Konzept verdorben. (Lachen und Widerspruch.) Man hat einen nicht vorhandenen Feind bekämpft. Der Antrag kritisiert nicht die Vergangenheit; auch ich habe mich jeder Kritik enthalten. Halten Sie an der bisherigen Form fest, so bedauere ich das als freisinniger Mann um so mehr, als sich selbst konservative Stimmen viel vorurteilsloser haben vernehmen lassen, als heute die Sprecher der Mehrheit! (Zustimmung und Unruhe.)

Stadtv. **Cassel** behält sich vor, auf die letzten Ausführungen bei anderer Gelegenheit zu antworten.

Der Antrag wird darauf gegen 5—6 Stimmen unter großer Heiterkeit der Versammlung verworfen.

Nach der Abstimmung tritt in der Versammlung eine solche andauernde Unruhe ein, daß die nachfolgenden Verhandlungen zum Teil nur bruchstückweise verständlich werden.

In der Gegend der Müller- und Seestraße sind nicht weniger als vier Gemeindeschulen (die 55., 262., 273. und 276.) mit 99 Klassen **mietsweise untergebracht**. Es ist zunächst in der Genterstraße der Ankauf eines Schulgrundstücks geplant, das 4895 Quadratmeter groß ist und 88 M. pro Quadratmeter kosten soll. Verkäuferin ist die „Boden-Aktiengesellschaft Berlin-Nord". Der Kaufpreis stellt sich auf 430 760 M.

Stadtv. **Nettig** (A. L.) beantragt Ausschußberatung und wünscht, daß der Magistrat sich beizeiten nach Schulgrundstücken in jener Gegend umsehe.

Stadtv. **Hintze** (Soz.) unterstützt diesen Wunsch und hält dafür, daß die Schulverwaltung sich ein richtiges Armutszeugnis ausgestellt habe. Für Kirchen sei gesorgt; die Schulverwaltung aber sei unglaublich nachlässig verfahren. Je früher man Terrains erwerbe, desto weniger sei man gezwungen, später Wucherpreise zu bezahlen. Auch die Forderung der Gesellschaft sei exorbitant; wenn man an die vorjährigen Preise denke, müsse man bedauern, daß nicht schon die Wertzuwachssteuer bestehe. Auch an sich sei das Grundstück nicht geeignet, zumal die Stadt in der Nähe Terrains bereits besitze.

Stadtv. **Ladewig** kann den Vorwürfen gegen die Verwaltung nicht beitreten; die Stadt könne nicht so schnell bauen wie die Spekulation. Der Preis von 88 M. sei allerdings horrend und deshalb Ausschußberatung nötig.

Es wird demgemäß beschlossen.

Der Magistrat hat der Versammlung das Verzeichnis der erhöhten bezw. neuen Zuwendungen an gemeinnützige Vereine, Gesellschaften und dergl. zur Genehmigung behufs Einstellung in den Etat für 1907 übersandt. Wir haben das Nötige daraus bereits in der vorletzten Sonntagsnummer mitgeteilt. U. a. ist die Erhöhung der städtischen Subvention für die Walderholungsstätten von 4000 auf 5000 Mark, für den Verein „Hauspflege" von 4500 auf 5000 M. beabsichtigt; der „Verein zur Errichtung eines Säuglingskrankenhauses soll eine erstmalige Zuwendung von 1000 M. erhalten.

Stadtv. **Wallach** (A. L.) hat Ausschußberatung beantragt.

Stadtv. Dr. **Zadek** (Soz.): Kindergärten und Kinderhorte werden aus diesem Fonds unterstützt. Die vorhandenen Kleinkinderbewahranstalten genügen aber weder quantitativ noch qualitativ dem Bedürfnis, und die Notwendigkeit, daß die Stadt hier direkt eingreift und von sich aus Musteranstalten schafft, wird immer dringender. Jetzt liegt die Sache in Privathänden und es mangelt an jeder Kontrolle für die Stadt. Auch dieser Gesichtspunkt wird im Ausschusse zu erwägen sein.

Die Vorlage geht an einen Ausschuß von 15 Mitgliedern.

In der fiskalischen Wuhlheide bei Oberschöneweide soll ein neues städtisches Grundwasserwerk angelegt werden. Das Gelände erfüllt nach dem Gutachten des Direktors der Bergakademie Professor Beyschlag die nötigen Vorbedingungen. Auch anderwärts sollen Vorarbeiten für die Ausdehnung der Wassergewinnung zur rechtzeitigen Deckung des Höchstbedarfs des ausgebauten Weichbildes vorgenommen werden. Es ist dafür die extraordinäre Bewilligung von 160 000 M. erforderlich.

Stadtv. Dr. **Weyl** (Soz.): Wir beantragen Ausschußberatung hauptsächlich deshalb, um eine gründliche Erörterung herbeizuführen, weil vor 2 Jahren die Umwandlung des Oberflächenwerks Friedrichshagen in ein Grundwasserwerk ohne Ausschußberatung mit Hurra angenommen wurde. Auch damals hat ein Gutachten des Prof. Beyschlag vorgelegen und damals hat dieser die Frage, ob der Bedarf auf absehbare Zeit gedeckt werden könne, auch bejaht. Nach Zeitungsberichten hat die Stadt Breslau mit der Grundwasserversorgung schlechte Erfahrungen gemacht, in dem mit ungeheuren Kosten hergestellten Werke traten Anfang April im Leitungswasser große Mengen Mangan auf; zurzeit ist in Breslau die Grundwasserversorgung ausgeschaltet und man ist wieder zum Oberflächenwasser zurückgegangen. Jedenfalls war es keine freudige Ueberraschung für die Hausfrauen, als eines Tages die weiße Wäsche aus dem Wasser in brauner Färbung herauskam und absolut nicht wieder weiß zu bekommen war. Für Berlin wird ja eine solche Kalamität ausgeschlossen sein, indessen hätte das Gutachten auch auf dieses Moment vielleicht eingehen sollen. Endlich hören wir, daß die Grundbesitzer von Fichtenau, Schöneiche usw. gegen Berlin einen Wasserkrieg unternehmen wollen; Berlin soll ihnen das Wasser abgegraben haben und sie seien nicht in der Lage, das Wasser halten zu können. Es steht also ein Prozeß in Aussicht, bei dem Berlin vielleicht den kürzeren ziehen könnte. Jedenfalls wäre es angezeigt, bei der Erwerbung neuen Geländes für die Grundwasserversorgung mit den beteiligten Gemeinden Verträge zu schließen oder sie an die Leitung anzuschließen, damit solche Eventualitäten vermieden werden. Der Vorlage fehlt durchaus der großzügige Charakter.

Stadtv. **Rosenow** (R. L.): Auch wir sehen die Vorlage als sehr bedeutsam und schwerwiegend an. Vor zwei Jahren wurde uns versichert, die Grundwasseranlagen würden auf absehbare Zeit ausreichen; das hat sich nicht bewahrheitet. Daß die Vorlage keinen großzügigen Plan bietet, ist tatsächlich zu beklagen; im Ausschusse muß darüber Klarheit geschaffen werden.

Stadtrat **Rumschöttel** gibt eine kurze Erklärung ab, die für die Tribüne vollständig verloren geht.

Stadtv. Dr. **Paul** (R. L.) spricht sich für die Vorlage aus.

Es wird nach dem Antrage Weyl beschlossen.

Schluß der öffentlichen Sitzung 8 Uhr.

Eingegangene Druckschriften.

Die freie Generation. Nr. 6. Dokumente der Weltanschauung des Anarchismus. Monatlich ein Heft. 25 Pf. — Verlag: M. Lehmann, Berlin S. 14.

Dr. jur. M. Biermer. Die gegenwärtige politische Lage in Hessen. 50 Pf. — Verlag: E. Roth in Gießen.

Protokoll der zweiten Generalversammlung des Zentralvereins der Bureauangestellten Deutschlands (1905). Verlag: B. Ebersbach, Berlin, Kleine Andreasstr. 6.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Hamburg rüstet!

Hamburg, 20. Dezember. (Privatdepesche des „Vorwärts".) Die Wahlkampagne im 3. Hamburger Wahlkreise wurde heute mit einer Riesenversammlung eröffnet. Nach einem Referat des Genossen Metzger, der den Wahlkreis seit 16 Jahren im Reichstage vertritt, **wurde Metzger einstimmig als Kandidat aufgestellt.**

Gestrandete Dampfer.

Hamburg, 20. Dezember. (W. T. B.) Am 16. Dezember strandete bei Whalsay die der Reederei F. L. Sloman u. Co. gehörige Bark „Nordwind", die nach den neuesten Meldungen als verloren zu betrachten sein soll. **Bei der Strandung ertranken der Kapitän Gewald, der Schiffsjunge Dreßmann aus Berlin und ein Schiffszimmermann**, dessen Name noch unbekannt ist. Die geretteten 17 Mann der Besatzung befinden sich bereits auf der Reise nach Hamburg.

Hamburg, 20. Dezember. (W. T. B.) Wie das „Fremdenblatt" meldet, ist der der Reederei M. Jebsen gehörige Dampfer „Bradford", der sich auf der Fahrt von New York nach Westindien befand, nach einer Drahtung aus Kingston in der Nähe der Strandungsstelle der „Prinzessin Viktoria Luise" **auf Grund geraten.** Die Strandung erfolgte bei der Einfahrt in den Hafen Kingston (Jamaika). Nähere Einzelheiten fehlen.

Die Bewegung der österreichischen Postbeamten.

Wien, 20. Dezember. (W. H.) Die Postbediensteten lehnten das Angebot der Regierung auf Gewährung von 50 Kronen Remuneration ab. **Die passive Resistenz sämtlicher österreichischen Postbediensteten soll morgen früh beginnen.**

Aus dem großen Gefängnis.

Petersburg, 20. Dezember. (W. H.) Im Zusammenhang mit dem Urteil gegen die wegen des Attentats auf den Admiral Dubassow angeklagten und bereits hingerichteten Personen sind in den letzten drei Tagen 400 Petersburger **Wohnungen durchsucht und etwa 150 Verhaftungen vorgenommen worden.** Aehnliches wird aus Moskau berichtet, **wo 20 Studenten** des Bergkorps, als sie von der Vorlesung kamen, **verhaftet wurden.**

Ein Meisterwerk der Lügenkunst.

Petersburg, 20. Dezember. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) In der letzten Zeit wurden in verschiedenen Blättern mit besonderem Nachdruck in verschiedene Formen gekleidete Gerüchte verbreitet über eine in direkter oder indirekter Form bevorstehende **äußere Anleihe.** Alle diese Gerüchte beruhen auf **purster Erfindung**, die russische Regierung führte mit niemanden weder direkt noch indirekt ebensowenig durch Vermittelung irgend jemandes in Rußland oder im Auslande Verhandlungen betreffend eine Anleihe. **Alle diesbezüglichen Gerüchte verfolgen augenscheinlich den einzigen Zweck, alle und jedermann zu überzeugen, Rußlands Rettung aus seiner finanziellen Lage sei nur in dem sofortigen Abschluß einer hohen äußeren Anleihe zu suchen. Unsere Lage ist keineswegs derartig**, und schon der Umstand allein, daß solche Gerüchte und Gerede seit dem Verlaufe fast eines halben Jahres verbreitet werden und unbestätigt bleiben, müßte nicht voreingenommenen Leuten als der beste Beweis dafür dienen, daß diese Gerüchte erfunden sind.

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Die russische Revolution.

Der Wahltermin.

Petersburg, 20. Dezember. (W. H.) Der Ministerrat hat nunmehr endgültig den Termin für die Wahlen der Wahlmänner auf den 15. Januar und für die Abgeordnetenwahlen auf den 5. Februar festgesetzt.

Die Schuldenlast.

Das drohende Gespenst einer neuen Anleihe rückt die Frage der russischen Verschuldung wieder in den Vordergrund. Nach dem Bericht der Staatskontrolle vom Jahre 1905 betrug die Schuldenlast zum 1. Januar 1906 7841,2 Millionen Rubel, was im Vergleich mit dem Jahre 1889 ein Plus von ungefähr 3500 Millionen bedeutet. Nun kamen im Jahre 1906 folgende Posten hinzu: 843,75 Millionen Rubel der 3prozentigen Anleihe, 50 Millionen Rubel Rentenauflage und 5½prozentige kurzfristige Schuldscheine von unbekanntem Betrag. Diese Schuldscheine und die hohen Schulden bei Krupp, bei einigen englischen Schiffsbaugesellschaften und anderen Firmen nicht eingerechnet, beträgt die Schuldenlast Rußlands also **8736 Millionen Rubel!**

Demgegenüber finden wir in den Aktiven des Staatsschatzamtes 2456,4 Millionen Rubel Schulden an den Staat und 309,4 Millionen Rubel Rückstände. Diese Summen haben aber zum größten Teil bloß fiktiven Wert; so gehören hierher 418 Millionen Rubel Kriegsschulden seitens der Türkei und 1248 Millionen Rubel Loskaufzahlungen seitens der Bauern, welche am 1. Januar 1907 gestrichen werden müssen.

Die Verzinsung der russischen Staatsschulden betrug im Jahre 1903 288,7 Millionen Rubel, 1906 355 Millionen Rubel und nähert sich jetzt der Summe von 400 Millionen. Dementsprechend werden die Bedingungen der russischen Anleihe immer schwieriger. So wird die letzte 5prozentige Anleihe eigentlich mit 6,23 Proz. verzinst; denn, wie Kokowzew in seinem Briefe an Witte selbst gesteht, betrug der Erlös dieser Anleihe statt 843,75 Millionen bloß 677 Millionen Rubel. —

Die Universität unter Polizeiaufsicht.

Moskau, 20. Dezember. (W. T. B.) Der Rektor der Universität gibt durch Anschlag bekannt, daß er am 19. d. Mts. ein Schreiben des Stadthauptmanns erhalten habe, in dem dieser erklärt, es sei ihm genau bekannt, daß in der Universität fortwährend revolutionäre Versammlungen unter Beteiligung nicht zur Universität gehöriger Personen stattfänden. Er, der Stadthauptmann, dürfe im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt solches nicht zulassen und mache den Rektor daher darauf aufmerksam, daß, falls der Rektor sich außerstande zeige, diesem Treiben ein Ende zu machen, er seinerseits gezwungen sein werde, die Universität unter polizeiliche Aufsicht zu stellen. Der Rektor wies deshalb die Studenten auf diese drohende Gefahr hin.

Aus der Partei.

Das Partei-Archiv, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, ersucht die Wahlkomitees der einzelnen Wahlkreise, von jedem parteigenössischen und gegnerischen Flugblatt zwei Exemplare einzusenden; auch Flugblätter und Flugschriften früherer Wahlen sind noch immer sehr erwünscht. Die Einsender werden gebeten, ihre Adresse für etwaige Rückfragen zu vermerken.

Die Parteipresse wird um Abdruck dieser Aufforderung gebeten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein Strafmandat auf zehn Tage Gefängnis hat das Amtsgericht Saarlouis dem Genossen Redakteur Osterroth-St. Johann zugesandt, weil er eine vom Ueberwachenden aufgelöste Versammlung nicht sofort verlassen hat. Diese Versammlung fand in Berus statt.

Die „Untertanen“ des Bürgermeisters von Berus hielten eine Versammlung ab, in der sie sich über die von ihrem Dorfoberhaupte für gut gehaltenen Verwaltungspraktiken unterhielten. An der Diskussion beteiligte sich der redefrohe Bürgermeister in seiner Eigenschaft als überwachender Beamter wiederholt und stieß die Drohung aus, er werde die Versammlung auflösen, wenn noch einmal einer etwas über den Herrn Bürgermeister sage. Dies gab dem Genossen Osterroth Veranlassung, das Wort zur Geschäftsordnung zu erbitten und das Verhalten des Herrn Bürgermeisters einer Kritik zu unterziehen. Er bezeichnete es als ein Unikum, daß ein überwachender Beamter sich als Diskussionsredner aufspiele und bezeichnete die Drohung des Bürgermeisters, die Versammlung aufzulösen, als einen willkürlichen Eingriff in das Versammlungsrecht, da ein Grund zur Auflösung absolut nicht vorliege. Außerdem kennzeichnete er es als ungesetzlich, daß die Versammlung von drei Polizeibeamten überwacht werde, da das Vereins- und Versammlungsgesetz nur eine Ueberwachung durch zwei Beamten gestatte. Das brachte den — wie er sich selbst nannte — „gesetzeskundigen“ Bürgermeister gewaltig in Harnisch. Nachdem er die Ueberwachung an den anwesenden Oberwachtmeister übertragen hatte (da sage noch einer, daß der gesetzeskundige Bürgermeister von Berus für eine Belehrung unzugänglich sei), hielt er nun unserem Genossen Osterroth eine donnernde Philippika und warnte die Besucher vor dem bösen Sozialdemokraten, der gekommen sei, um ihnen ihre Religion, ihren ehelichen Frieden und was es dergleichen schöne Sachen noch mehr gibt, an denen der Herr Bürgermeister ein großes Wohlgefallen hat, nehmen wolle. Als nun Genosse Osterroth erneut das Wort erbat, flehte der Bürgermeister den Oberwachtmeister an, die Versammlung aufzulösen, was dieser auch ohne die geringste Berechtigung tat, ohne indessen zum Verlassen des Lokals aufzufordern. Genosse Osterroth erhob sich und protestierte gegen die ungesetzliche Auflösung, und als die Beamten ihn daran hindern wollten, verlangte er die Feststellung seiner Personalien, damit das Gericht entscheiden solle, ob er sich gegen das Vereins- und Versammlungsrecht vergangen habe oder die Beamten. Der Vorsitzende legte gegen die ungesetzliche Versammlungsauflösung sofort Beschwerde beim Landratsamt Saarlouis ein ohne bis heute eine Antwort erhalten zu haben. Statt dessen kam das Strafmandat für den Genossen Osterroth, der natürlich sofort richterliche Entscheidung beantragt hat.

Noch etwas vom preußischen Versammlungsrecht.

Dem Genossen Rühle ist vor einigen Wochen in Lauban eine Versammlung aufgelöst worden, weil der überwachende Polizeiinspektor meinte, daß Rühle sich eines Vergehens gegen § 166 des Strafgesetzbuchs (Beschimpfung der katholischen Kirche) schuldig gemacht habe. Jetzt teilt die Staatsanwaltschaft in Görlitz dem Genossen Rühle mit, daß sie das auf die Anzeige des Ueberwachenden eingeleitete Verfahren eingestellt habe, da die betreffende Aeußerung nichts Strafbares enthalte. Die Auflösung der Versammlung ist aber nicht mehr rückgängig zu machen.

Wegen angeblicher Uebertretung des Vereinsgesetzes standen in Straßburg am Montag acht Genossen vor dem Schöffengericht. Nach längerer Verhandlung wurden sechs von ihnen zu je 1 M. Geldstrafe verurteilt, weil sie die Anzeige des Vereins, die Vorlage der Satzungen und des Verzeichnisses der Vorstandsmitglieder für den Kreisverein Straßburg des sozialdemokratischen Bezirksvereins Straßburg als Vorstandsmitglieder des Kreisvereins unterlassen haben. Unsere Genossen bestritten die Verpflichtung dazu, da der Kreisverein nur eine unselbständige Unterabteilung des Bezirksvereins sei, für den die Anzeigen erfolgt sind. Das Gericht erklärte aber den Kreisverein für einen selbständigen Verein, der besondere Anzeigen einreichen müsse. Bei zwei Angeklagten wurde Verjährung angenommen.

Eine ins Wasser gefallene Aktion hatte in der weimarischen Exklave Ostheim vor der Rhön der Amtsanwalt gegen die Sozialdemokratie eingeleitet. Am 2. August sollte dort in einer öffentlichen Volksversammlung die Genossin Zietz sprechen. Da aber nach der Ansicht des jetzt bei der Landtagswahl durchgefallenen früheren Landtagsabgeordneten, Bürgermeister Streng, die Genossin Zietz „eine sehr aufreizende Rednerin“ ist, verbot er die Versammlung. Trotzdem war die „gefährliche“ Rednerin mit dem Genossen Runknagel in Ostheim erschienen. Der Genosse Henkel in Ostheim verständigte hiervon die Genossen in Ostheim. Es fand nun eine zwanglose Zusammenkunft der Genossen statt. Dabei wurde selbstverständlich lebhaft politisiert. — Hierin erblickte die wachsame Behörde eine Umgehung des Gesetzes. Es sollte eine verbotene Versammlung stattgefunden haben. Dafür sollte die Genossin Zietz 50 M., Genosse Runknagel 20 M. und Genosse Henkel 10 M. in die Staatskasse blechen. Zusammen also achtzig Mark Strafe. Am Dienstag fand nun vor dem Schöffengericht in Ostheim die Verhandlung gegen die vermeintlichen Uebeltäter statt, da sie die 80 M. Strafe nicht bezahlen wollten, dieweil solche Gelder gerade jetzt viel zweckdienlicher Verwendung finden können. Die Belastungszeugin, die Wirtin, bei welcher die betreffende Zusammenkunft stattfand, wurde aber für die Angeschuldigten zur Entlastungszeugin. Die Folge davon war, daß alle drei Angeschuldigten freigesprochen werden mußten.

Soziales.

Grobes Lügenmaul.

Wie notwendig ein schriftlicher Vertrag für das ostelbische Gesinde ist, durch den dem Gesinde (in ähnlicher Weise wie es der Herrschaft nach § 30 der schleswig-holsteinischen Gesindeordnung vom 26. Februar 1840 frei steht, „jederzeit ohne Angabe der Gründe das Gesinde gegen Auszahlung des verdienten und eines ferneren vierteljährlichen Lohnes nebst Kostgeld zu entlassen“) das Recht eingeräumt wird, auch ohne Vorliegen eines hernach vom Gericht als berechtigt anerkannten Grundes den Dienst zu verlassen, zeigt wiederum nachstehender, jetzt vom Kammergericht zuungunsten des Mädchens entschiedener Strafprozeß.

Das Dienstmädchen Ahrends hatte eine Reihe berechtigter Beschwerden gegen seine Dienstherrin, die Frau Gemeindevorsteher Oesau zu Zinnowitz. Als diese ihr eines Tages den Verbrauch der Milch vorrechnete, kam es zum Streit. Das Mädchen ging nachmittags zu seinen Eltern und kam mit diesen am nächsten Tage zurück. Man setzte sich mit dem Gemeindevorsteher Oesau auseinander. Oesau selber erklärte, er wolle das Mädchen jetzt nicht mehr in seinem Dienst haben. Das Verhältnis war damit gelöst. Trotzdem stellte der Gemeindevorsteher noch Strafantrag wegen unbefugten Verlassens des Dienstes. — Das Landgericht Greifswald verurteilte die Angeklagte auf Grund des Ausnahmegesetzes gegen das Gesinde vom 24. April 1854 zu einer Geldstrafe. Das Urteil führte aus: Unerheblich wäre zunächst, daß der Dienstherr am Tage nach dem Verlassen des Dienstes mit der Lösung des Dienstverhältnisses einverstanden gewesen sei. Jedenfalls sei ja der Dienst am Tage vorher verlassen worden, und auch ein vorübergehendes Verlassen des Dienstes, wenn es unbefugt sei, falle unter die Strafvorschrift des Gesetzes von 1854. Die Angeklagte wolle nun aus verschiedenen Gründen zum Verlassen des Dienstes berechtigt gewesen sein. Sie sage, sie habe **verschimmeltes Brot** erhalten. Es sei aber ihrer Dienstherrin als Zeugin zu glauben, daß das Mädchen dasselbe Essen erhalten habe, wie die anderen Hausgenossen und daß sie außerdem zur Speisekammer Zugang gehabt habe. Nach Aussage der Frau Oesau sei alles gut gewesen. Es sei ferner kein Grund zum Verlassen des Dienstes, wenn es dem Dienstmädchen **untersagt** worden sei, **ihre Bettwäsche am Tage zu kochen und zu waschen.** Nun sei ja bekundet worden, daß Frau Oesau **viel schimpfe** und daß sie z. B. auch **„grobes Lügenmaul“** gesagt habe. Das sei indessen noch keine Behandlung von solcher Härte, daß Angeklagte deswegen den Dienst hätte verlassen können. Es liegt also ein unbefugtes Verlassen des Dienstes vor.

Das Kammergericht verwarf dieser Tage die hiergegen eingelegte Revision.

Also: schlechte Behandlung, verschimmeltes Brot, Behinderung die Bettwäsche zu reinigen, Beleidigungen, Anrede mit „grobes Lügenmaul“ — und Strafe dazu. Von Rechtswegen, wenn kein die Ausnahmegesetze gegen das Gesinde durch die Eingangs erwähnte Klausel ausschließende Vertragsbestimmung vorliegt.

Ostpreußische und masurische Arbeiter, geht nicht auf die Leimrute!

Leimruten in Gestalt folgender Plakate werden in den nächsten Tagen in größerer Anzahl nach der ostpreußischen Grenze gesandt und dort in den Wirtschaften aufgehängt werden:

Tüchtige Platzarbeiter gesucht!

Masuren! Eure Ernte ist hereingebracht, die Feldarbeiten sind auch fast zu Ende! Der lange Winter ohne Arbeit und ohne Verdienst ist nahe. Kommt zu uns nach dem Rheinlande und helft uns unsere vielen Arbeiten erledigen. Als Platzarbeiter kommt Ihr wenig mit Maschinen in Berührung, so daß die Gefahr nicht zu groß ist.

Unsere Fabrik liegt in Meiderich, 10 Minuten von der Station, wo schon mehrere Hunderte von Euren Brüdern arbeiten. Wir haben die Ostpreußen gern, weil sie ordentlich und fleißig sind!

Wir bezahlen Euch die Fahrt bis nach Meiderich und geben Euch anfangs einen Tagelohn von 4 M. Wenn Ihr Euch eingearbeitet habt, könnt Ihr in Akkord auch bis 7 M. verdienen.

Wer also von Euch im Winter etwas verdienen will, sage das seinem Gastwirt. Der schreibt es dann an uns. Einer unserer Werkmeister wird alsdann in einigen Tagen zu Euch kommen.

Rheinische Stahlwerke, Meiderich.

Es ist das eigentlich eine sonderbare Art und Weise, Arbeiter aus den ländlichen Gefilden Ostpreußens für die „Knochenmühlen“ des industriellen Ruhrgebiets einzufangen. Namentlich frappiert der Satz: „Wer etwas verdienen will, sage das seinem Gastwirt.“ Wissen denn die Rheinischen Stahlwerke so genau, ob die masurischen Landarbeiter überhaupt Geld zum Wirtshausbesuch haben? Wenn ja, welches Interesse sollen denn die masurischen Gastwirte daran haben, ihre Kunden in die Feuerschlünde des Westens zu schicken? Nun, diese Frage und zugleich die nach der sonderbaren Art der Anwerbung beantwortet ein den Plakaten an die masurischen Gastwirte beiliegender Zettel folgenden Inhalts:

Streng vertraulich!
(nur für den Empfänger.)

Wir bitten Sie, sich in unserem Interesse zu bemühen und Leute für uns anzuwerben. **Für jeden Mann erhalten Sie von uns eine Vergütung von 3 M.** Sie wollen so freundlich sein und die Anzahl der Leute, die sich gemeldet haben, sofort uns melden, worauf sich bald ein Werkmeister bei Ihnen einfinden wird.

Rheinische Stahlwerke.

Also der an die Seelenverkäufer gewöhnlich zu zahlende Betrag von 3 M. pro verschacherten Kopf soll das Lockmittel für die masurischen Gastwirte sein, ihre Gäste einer vollständig dunklen Zukunft zu überliefern. Man muß den masurischen Gastwirten schon eine gehörige Portion Gewissenlosigkeit zutrauen, wenn man von ihnen einen so schmachvollen Handlangerdienst erwartet. Den Ostpreußen kann nur dringend empfohlen werden, sich nicht auf die Leimrute zu begeben. Haben sie sich locken lassen, dann ist es schwer, wieder loszukommen, auch wenn die Erwartungen nicht erfüllt werden. Arbeitskräfte in Hülle und Fülle stehen den Rheinischen Stahlwerken an Ort und Stelle zu Gebote, wenn einigermaßen günstige Arbeitsbedingungen erfüllt werden. Der Metallarbeiterverband würde sicher bereit sein, geeignete Arbeitskräfte eventuell ohne 3 Mark Provision zu vermitteln. Weshalb wenden sich die Werke nach dem Osten und versprechen 3 M. Provision? Nehmen sie an, der nach dem Westen gelockte Arbeiter werde schließlich jeder Bedingung zustimmen, weil er von der Heimat fern ist?

Patentschwindel.

Der Vorsitzende des Verbandes deutscher Patentbureaus, Herr Patentingenieur E. Hülsmann, Dresden, teilt uns folgenden Fall zur Warnung mit:

Unter den vielen mehr oder weniger guten oder schlechten Angeboten, welche ein Erfinder auf die Veröffentlichung seiner Erfindung im Reichsanzeiger erhält, befindet sich auch das einer französischen Firma, welches durch die Art der Textabfassung sehr vertrauenerweckend wirkt. Das Bureau verspricht dem Erfinder, ihm ein französisches Patent zu beschaffen, und verlangt dafür nur den Betrag von 39,40 M. für Anfertigung von Unterlagen und gibt vor, da die Einreichung des französischen Patentes ihm selbst 100 Fr. kostet, das übrige Geld aus seiner eigenen Tasche auszulegen. Im weiteren offeriert das Bureau dem Erfinder seine Tätigkeit für die Verwertung der Erfindung. Sollte ihm diese Verwertung innerhalb zweier Monate nicht glücken, so überläßt es dem Erfinder, ob er das angebliche Patent aufrecht erhalten oder verfallen lassen will. Im ersteren Falle muß er an das Bureau den Betrag von 100 Fr. zurückzahlen, im letzteren Falle würde das Bureau scheinbar 41 M. zugesetzt haben. Durch diese Manipulationen soll in dem Erfinder der Glauben erweckt werden, daß das Bureau sehr energisch für den Verkauf des Patentes tätig sein wird, um das Geld, welches es für die Patentanmeldung ausgegeben hat, nicht zu verlieren. In Wahrheit denkt nun das betreffende Bureau gar nicht daran, dem Erfinder ein französisches Patent zu beschaffen. Sobald es den Auftrag und das Geld erhalten hat, deponiert es kostenlos ein verschlossenes und versiegeltes Kuvert, ein sogenanntes Caveat, welches nur die Skizzen und Angaben des Erfinders zu enthalten braucht, und erhält darüber eine Bescheinigung, die nur fünf Zentimen Quittungssteuer kostet und dem Erfinder zugesandt wird. Dieser glaubt nun, es sei ein französisches Patent deponiert worden, wobei das betreffende Bureau mit 100 Frank an den Kosten beteiligt ist.

In Wirklichkeit hat das Bureau keine nennenswerten Auslagen gehabt, sondern steckt die 39,40 Mark als Verdienst ein. Selbstverständlich hat es mithin nicht das geringste Interesse an einer Verwertung. Also, Erfinder, Vorsicht bei Offerten aus dem Auslande.

Aus Industrie und Handel.

Konzentration im Bankwesen.

Die Rhein.-Westf. Diskontogesellschaft will ihr Aktienkapital um 14,3 Millionen Mark auf 30 Millionen Mark erhöhen. Dazu wird folgendes mitgeteilt: Die „Reinisch-Westfälische Diskontogesellschaft in Aachen hat die sämtlichen Geschäftsanteile des seit 1862 bestehenden Bankhauses Joh. Ohligschläger G. m. b. H. in Aachen im Betrage von 5½ Millionen Mark im Tausch gegen 4 941 000 M. neu auszugebenden Aktien erworben, die der Inhaber der Firma übernimmt. Das Bankhaus Joh. Ohligschläger G. m. b. H. wird in der bisherigen Form weiter bestehen bleiben. Aus den neuen Aktien sollen die übrigen 4 941 000 M. gedeckt werden; ferner soll den Verwaltungsmitgliedern, die vor kurzem 1 147 000 M. Aktien der Gesellschaft zum Zwecke des Tausches gegen Aktien der Zülpicher Volksbank dargeliehen haben, jene zurückerstattet werden.

Wie die Konzentration im Bankwesen sich entwickelt, zeigt die Liste der von der Rheinisch-westfälischen Diskontogesellschaft aufgenommenen Banken. Es sind die folgenden: Die Bank für Rheinland und Westfalen, die Koblenzer Bank, das Bankgeschäft der Firma Groethuysen u. Linxweiler in Viersen, die Kölnische Wechsler- und Kommissionsbank, die Westfälische Bank in Bielefeld, die Bochumer Bank, der Neuwieder Bankverein, die Düsseldorfer Bank, das Bankhaus Joh. Ohligschläger.

Ferner ist das Institut bei folgenden Bankhäusern und Banken beteiligt: Delbrück Leo u. Co. in Berlin, M. W. Koch u. Co. in Frankfurt a. M., Dürener Bank, Eschweiler Bank, Volksbank Gelsenkirchen-Hünsboven, Oberbergische Bank in Ohl, Eupener Kreditbank, Hamelner Bank, Herforder Diskontobank, Bünder Bank.

Außerdem steht die Bank auch noch mit der Diskontogesellschaft in Berlin in engerer Verbindung.

Ein Hetzer!

Jedenfalls um unerwünschten Auseinandersetzungen vorzubeugen, ließ die Verwaltung der Schlesischen Kohlen- und Kokswerke die diesjährige Generalversammlung im Auslande, in Wien, stattfinden. Es fand sich aber doch ein Kritiker, der das unbefriedigende finanzielle Ergebnis auf die vollständig verkehrte Lohnpolitik der Verwaltung zurückführte. Dafür wurde der Kritiker, Bankier Jarislowsky-Berlin, von verschiedenen Verwaltungsmitgliedern als Hetzer abgekanzelt. So ergeht es jedem, der für vernünftige Lohnpolitik eintritt, selbst wenn er es aus persönlichem Interesse als Aktionär tut. Daß Jarislowsky materiell durchaus recht hatte, beweist er in einer Zuschrift an das „B. T.“ Er schreibt u. a.:

„Im Geschäftsbericht der Gesellschaft ist ausgeführt, daß der Arbeitermangel jetzt einen nie dagewesenen Umfang erreicht, und daß der Verlust von 501 445 M. lediglich in dem elfwöchentlichen Streik seine Ursache hat. Es war deshalb selbstverständlich, daß ich den Streik und dessen Ursachen in der Generalversammlung besprach und auf die im Geschäftsbericht ganz besonders erwähnten Lohnverhältnisse einging. Der Durchschnittslohn aller Arbeiter stieg von 2,87 auf 2,98 M. und beträgt jetzt 3,09 M. Die Preise der Lebensmittel sind wie allbekannt stark gestiegen. Mit Rücksicht auf diese Verhältnisse mußte ich die Löhne in der Generalversammlung, welche sechs Monate nach Beendigung des Streikes stattfand, als minderwertig bezeichnen. Noch nie habe ich vorher über Arbeiterverhältnisse in Gottesberg ein Wort gesprochen. Ich habe nur bei Beginn des Streikes die Direktion gebeten, den Verhältnissen Rechnung zu tragen. Von diesem meinen Briefe hat niemand etwas erfahren. Und das nennt Herr Kestranek (von der Prager Eisenindustriegesellschaft) die Arbeiter aufhetzen! Nicht der hetzt die Arbeiter auf, welcher nach einem beendeten Streik die Löhne in objektiver Weise bespricht, sondern derjenige, welcher die Lohnverhältnisse der Konkurrenzreviere unbeachtet läßt und den berechtigten Anforderungen der Arbeiter nicht so rechtzeitig Rechnung trägt, daß es darum zu einem Streik kommt.“

Drei Mark neun Pfennige Durchschnittslohn, damit soll eine Arbeiterfamilie bei den jetzigen Wohnungs- und Lebensmittelpreisen auskommen. Und wer solche Löhne als minderwertig bezeichnet, der ist ein Hetzer. Arbeiter, merkt Euch das für die Reichstagswahl! Zieht die alte Reichstagsmehrheit in ungeminderter Stärke wieder in den Wallotbau ein, dann wird allen „Hetzern“ und „Verhetzten“ ein Knebel angelegt, damit die Ausgebeuteten nicht mehr in der Lage sind, durch Streiks die minderwertigen Löhne aufzubessern.

Nieder mit den Attentätern gegen das Streikrecht!

Gewerkschaftliches.

Internationale Solidarität.

Unternehmer aus Kanada wandten sich an den Petersburger Arbeitslosen-Delegiertenrat mit dem Anerbieten, Petersburger Arbeitslose beim Bau einer neuen Eisenbahnlinie in Kanada zu beschäftigen. Aus Furcht, den amerikanischen Arbeitern durch niedrigere Arbeitslöhne unliebsame Konkurrenz zu bieten, schlug der Delegiertenrat dieses Anerbieten aus und beschloß gleichzeitig, das internationale sozialistische Bureau davon in Kenntnis zu setzen.

Der Arbeitslosenrat von Wassilij Ostrow — eines Stadtteils von Petersburg — beschloß zu derselben Frage, dem allgemeinen Delegiertenrat zu empfehlen, sich mit den Arbeiterorganisationen in Kanada in Verbindung zu setzen und in Uebereinstimmung mit diesen zu handeln.

Berlin und Umgegend.

Die Bewegung in der Holzindustrie.

Die Holzarbeiter nahmen am Mittwoch in einer außergewöhnlich stark besuchten Versammlung Stellung zu den Kampfrüstungen, welche die Unternehmer veranstaltet haben, nachdem sie bei den voraufgegangenen Tarifberatungen den Verbesserungsvorschlägen der Arbeiter gar kein Entgegenkommen gezeigt hatten.

Glocke berichtete eingehend über den Gang der Verhandlungen. Wie bekannt ist, sind alle hauptsächlichen Forderungen der Arbeiter, insbesondere die Verkürzung der Arbeitszeit und die Lohnaufbesserung, von den Unternehmern abgelehnt worden und eine kürzlich abgehaltene Versammlung der Tischlermeister und Holzindustriellen hat diese ablehnende Haltung ihrer Vertreter gebilligt und beschlossen, daß nunmehr alle Maßnahmen für einen etwaigen Kampf zu treffen seien. Diese Maßnahmen sind denn auch gleich darauf durch die Leitung der Unternehmer getroffen worden. Die Tischlermeister haben die Weisung erhalten, sich so einzurichten, daß alle Akkorde spätestens am 12. Januar fertiggestellt sind, daß am 29. Dezember alle auf Kündigung stehenden Arbeiter zu kündigen sind, daß nach den Feiertagen keine Arbeiter mehr eingestellt und daß am 12. Januar alle Arbeiter entlassen werden. — Nachdem diese Weisungen den Unternehmern erteilt waren, hat am Mittwoch nochmals eine Verhandlung zwischen den Vertretern der Arbeiter und denen der Arbeitgeber stattgefunden; aber auch diese Verhandlung führte zu keinem Ergebnis. Die Unternehmer vertraten den Standpunkt, daß sie die Aussperrung ins Werk setzen würden, wenn der Vertrag nicht erneuert werde und zwar ohne Verkürzung der Arbeitszeit und ohne Lohnerhöhung. Vergebens bemühten sich die Vertreter der Arbeiter, noch in letzter Stunde eine Verständigung herbeizuführen, aber die Unternehmer zeigten kein Entgegenkommen. Sie sind allem Anschein nach entschlossen, den Kampf zu beginnen, obgleich ihnen seitens der Arbeiter weder ein Streik noch sonst ein Angriff in Aussicht gestellt worden ist. Die Vertreter der Arbeiter betonten denn auch nachdrücklich, daß sie eine friedliche Verständigung wünschen und den Kampf gern vermeiden; wenn aber die Unternehmer den Kampf durchaus wollen, nun, dann würden ihn die Arbeiter aufnehmen und mit ganzer Kraft durchführen. Uebrigens wurden die Unternehmer auch darauf aufmerksam gemacht, daß die Anweisungen, welche den Tischlermeistern erteilt sind, einen Vertragsbruch der Unternehmer darstellen, denn der gegenwärtige Vertrag läuft noch bis zum 15. Januar, und da die Unternehmer schon jetzt Vorbereitungen zum Kampf treffen, so verstoßen sie damit gegen den Vertrag. Die Aussperrung am 12. Januar, also drei Tage vor dem Ablauf des Vertrages, ist zweifellos als Vertragsbruch anzusehen.

Glocke führte nun der Versammlung alle Momente vor Augen, welche bei dem in Aussicht gestellten Kampfe zu berücksichtigen sind. Aus der Haltung der Unternehmer müsse man schließen, daß sie sich stark genug fühlen, um den Kampf durchzuführen. Sie drohen damit, daß sie 10—11 000 Arbeiter aussperren wollen. Wenn es zur Aussperrung kommt, dann wird der Kampf natürlich ein langer und auf beiden Seiten mit großer Hartnäckigkeit geführter. Wenn dieser Kampf einmal ausgebrochen ist, dann wird er monatelang dauern und an die Opferwilligkeit der Arbeiter müssen unter solchen Umständen hohe Anforderungen gestellt werden. — Nachdem der Redner das Für und Wider sorgfältig erwogen hatte, stellte er den Vertrauensmännern die Entscheidung darüber anheim, ob die Kollegen diesen Kampf aufnehmen sollen, bei dem es sich für sie doch nur darum handelt, daß die Unternehmer die von ihnen verhängte Aussperrung zurücknehmen.

Die zahlreichen Redner, welche sich an der Diskussion beteiligten, waren alle einer Stimmung. Wenn die Meister sagen: ohne Vertrag keine Arbeit; so sagen wir: ohne Verbesserung kein neuer Vertrag. Wenn die Unternehmer den Kampf, den wir gern vermeiden würden, durchaus wollen, dann nehmen wir ihn auf, ohne uns auch nur einen Augenblick zu besinnen. Uns kann es recht sein, wenn uns die Unternehmer aussperren — sagte ein Redner unter großem Beifall —, dann haben wir ja Zeit, unsere ganze Kraft bei den Reichstagswahlen in den Dienst der Sozialdemokratie zu stellen und der Partei Tausende von Wahlhelfern zur Verfügung zu stellen. — Es wurde auch unter allgemeiner Zustimmung versichert, daß die Kollegen die Opfer des Kampfes nicht scheuen. Mehrere Redner machten den Vorschlag, sogleich mit der Erhebung eines Extrabeitrages von 1 Mark wöchentlich zu beginnen, auch erklärte man sich dafür, daß nach Ausbruch des Kampfes nicht nur die ledigen, sondern auch, soweit es irgend geht, die verheirateten Kollegen auswärts Arbeit zu suchen haben. Darin war die Versammlung vollkommen einig, daß der Kampf, wenn ihn die Unternehmer beginnen, aufgenommen werden muß und daß kein Opfer gescheut werden darf, ihn durchzuführen.

Glocke machte den Vorschlag, die Vertrauensmänner möchten, ehe sie einen entscheidenden Beschluß fassen, sich erst mit den Kollegen in den Werkstellen verständigen. Dieser Vorschlag wurde aber mit großer Mehrheit abgelehnt. Allgemein wurde versichert: „Wir sind schon einig mit den Kollegen!"

Eine aus der Versammlung eingebrachte Resolution fand einstimmige Annahme. Sie lautet:

Nachdem die Unternehmer alle beantragten Verbesserungen des neuen Vertrages abgelehnt haben, sind die weiteren Verhandlungen abzulehnen, wenn nicht die Unternehmer vorher Zugeständnisse in Aussicht stellen.

Das Einigungsamt des Gewerbegerichts ist anzurufen, um ein Urteil abzugeben über den Vertragsbruch der Unternehmer.

Die Vertrauensmänner erklären sich mit dem bisherigen Verhalten der Ortsverwaltung in Vertretung der Interessen der Kollegen einverstanden, sprechen derselben ihr Vertrauen aus und erwarten, daß die Ortsverwaltung weiter so handelt wie bisher.

Dieser Beschluß soll den Unternehmern mitgeteilt werden. Wenn sie keine Zugeständnisse machen, dann wird eine demnächst stattfindende Vertrauensmännerversammlung das weitere beschließen.

Hunderttausend Mark

haben die Berliner Buchdrucker als Hypothek zum Erweiterungsbau des Gewerkschaftshauses gegeben. Hoffentlich wirkt diese Opferwilligkeit auf andere Gewerkschaften vorbildlich.

Die Automobildroschkenführer stehen vor einem Kampf mit den Unternehmern, die durchaus vom 1. Januar an das Einkommen ihrer Angestellten verringern wollen. Darüber sind die Führer um so mehr entrüstet, als von dem genannten Tage an bekanntlich die Taxen erhöht werden. Die Führer erhalten jetzt 1,50 M. pro Tag und 25 Proz. der Einnahme. Die Unternehmer sind bereits mit verschiedenen Vorschlägen gekommen, die den Gegenstand langer Verhandlungen bildeten und nach Besprechungen zwischen der Automobilführerkommission und dem Vorstand des Vereins der Droschkenführer zwei Versammlungen der Automobilführer bei Augustin vorgelegt wurden. Die Versammlungen fanden am Mittwochmorgen und -Abend statt. In der Morgenversammlung wurde der Vorschlag der Kommission, sich mit 1,50 Mk. Tagelohn und 20 Proz. zu begnügen, energisch abgelehnt; es standen 168 gegen 16 Stimmen. Die Unternehmer hatten zuerst 2 M. Tagelohn und 15 Proz. geboten. Das Angebot der Unternehmer und der Vermittelungsvorschlag der Kommission und des Vorstandes waren abgelehnt; da kamen die Unternehmer in der Abendversammlung mit neuen Vorschlägen, die am Dienstagabend in einer Versammlung der Unternehmer beschlossen waren. Das Angebot war: 2,50 Tagelohn bis zu 15 M. Einnahme und keine Prozente, und von der 16. Mark an 25 Proz., oder 1,50 M. Grundlohn und 20 Proz. nach Abzug von 1,50 M. Lohn und der Taxerhöhung von 20 Pf. Die Unternehmer hatten ihren Vorteil dabei sehr schlau ausgerechnet, aber die Arbeiter rechneten nach und fanden einen großen Nachteil heraus, nämlich eine Lohnreduktion von 33⅓ Prozent. Die Versammlung wies diesen Vorschlag mit Empörung zurück; es wurde erklärt, daß man darin nur eine Verhöhnung der Arbeiter erblicken könne. 210 Stimmen wurden abgegeben, davon waren 209 Stimmen gegen das Angebot der Unternehmer und eine Stimme wurde als ungültig erklärt. Diese Abstimmung zeigt deutlich die Einmütigkeit des Widerstandes gegen alle Bemühungen der Unternehmer, die Löhne zu beschneiden. Die Automobilführer wollen ihre alten Lohnsätze aufrechterhalten und sind der Meinung, daß sich die Autobesitzer mit der erwarteten Vermehrung der Einnahmen durch die Erhöhung der Taxen begnügen können. Der Streik wird den Führern aufgezwungen, sobald die Unternehmer die alten Sätze nicht mehr zahlen wollen. Um Eventualitäten zu begegnen, nahm die Versammlung am Mittwochabend folgende Resolution an:

„In Erwägung der Möglichkeit, daß die Arbeitgeber beabsichtigen, dadurch einen Druck auf die Führer auszuüben, daß sie die Autowagen einzeln gehen lassen (jeder Wagen hat jetzt zwei Führer), und damit die Arbeitszeit ins Ungemessene verlängern können und Gelegenheit haben, sich eine Reservearmee heranzubilden, beschließen die Versammelten, daß sofort die Ortsverwaltung davon in Kenntnis gesetzt werde, wenn in einem Betriebe ein derartiges Ansinnen an die Führer gestellt wird. Die Anwesenden überlassen die Anordnung über die zu ergreifenden Maßregeln in solchen Fällen der Ortsverwaltung, die nötigenfalls die Sperre über die Betriebe zu verhängen hat."

Die Autoführer vertrauen auf ihre gute Organisation, denn 95 Prozent der Führer sind Verbandsmitglieder. Außerdem wissen sie, daß die Unternehmer neuen Kräften sehr mißtrauisch gegenüberstehen, da die Maschinen durch ungeübte Leute sehr leicht ruiniert werden können. Jedenfalls sind sie nicht gesonnen, sich den Forderungen der Unternehmer zu fügen und sind bereit, es auf den Kampf ankommen zu lassen.

Der Automobildroschkenbetrieb (Opel-Garage) Bawlitza u. Schröder, Friedenau, Bornstraße, ist wegen Differenzen bis auf weiteres gesperrt.

Verein der Droschkenführer Berlins.

Marzipan-Kühnemänner.

Theodor Hildebrandt u. Sohn, königliche Hoflieferanten, hatten unter dem Drucke einer Anzahl von Versammlungen ihre rigorose Handhabung der Fabrikordnung etwas gemildert und in einzelnen Fällen winzige Lohnzulagen gewährt. Jetzt, wo die Weihnachtsartikel hergestellt sind, nehmen sie Rache an ihren allzuwilligen Arbeiterinnen und Arbeitern und werfen dutzendweise diejenigen hinaus, welche es wagten, sich der Organisation anzuschließen. Darunter sind Arbeiterinnen, welche 4—5 Jahre bei der Firma schufteten und im Akkord bei Verpackung der die Feinschmecker erfreuenden Süßigkeiten, nach Ausweis der Krankenkassenlisten (bei flottester Arbeit unter Einrechnung der Ueberstunden), einen Durchschnittsverdienst von 15—16 M. erzielten!!

Der Direktor in eigener Person, Herr Doesel, erklärt den Arbeiterinnen: „Verbandsmitglieder leide ich nicht im Betriebe" — und fordert noch zum Verrat der Organisierten auf! Aber alles Wüten wird diesem Scharfmacher nichts nützen. — Die Organisation wird nicht wieder aus dem Betriebe verschwinden. Schließlich wird auch der Fabrikleitung die Erkenntnis kommen müssen, daß die organisierte Arbeiterschaft eine Macht bildet, welche sich auch durch Hildebrandt u. Sohn nicht hindern läßt, ihre Rechte zu erkämpfen.

Zentralverband der Konditoren.

Achtung, Töpfer! Auf dem Bau Eckard, Bellermannstraße, Bauherr Bünning, haben die Kollegen die Arbeit niedergelegt, weil der Bauherr keine Feuerung liefern will. — Weiter machen wir hiermit bekannt, daß das Bureau am heiligen Abend von 8—4 Uhr, am dritten Feiertag von 10—12 Uhr geöffnet ist und gleichzeitig die Arbeitslosenkontrolle ausgeführt wird.

Die Verbandsleitung.

Deutsches Reich.

Wieder eine Lumperei der Christlichen.

In der Wessellschen Schuhfabrik in Augsburg traten die Schuhmacher in eine Bewegung ein und errangen auf Grund ihrer starken Organisation einen großen Erfolg: neunstündige Arbeitszeit, 15 Proz. Lohnerhöhung und anderes mehr. Während nun die Arbeiter mit dem Unternehmer in Unterhandlung standen, schlichen sich die Christlichen zum Fabrikanten und boten sich an, einen Tarifvertrag abzuschließen, der für den Unternehmer billiger wäre, als der von den freien Gewerkschaftlern unterbreitete. Der Unternehmer aber meinte zu den schwarzen Brüdern, sie sollten nur wieder an ihre Arbeit gehen, und wenn sie einmal so stark seien wie die roten, dann könnten sie wiederkommen. Die Verräter wurden also glatt hinausgeworfen. Da sie solche „Erfolge" auch auf ihr Siegesbanner heften, wird in der nächsten ihrer Statistiken auch dieser „Erfolg" mit aufgeführt sein.

Ausland.

Die Angestellten der Straßenbahngesellschaften von Kopenhagen und Frederiksberg gaben sich Ende vorigen Jahres mit einem provisorischen Tarifvertrag zufrieden, der ihnen sehr geringe Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung bot und der nun am 1. Januar 1907 abläuft. In den letzten Wochen sind über einen neuen Tarifvertrag langwierige Verhandlungen geführt worden, an denen neben den Vertretern der Parteien auch Vertreter der Dänischen Arbeitgebervereinigung und des Verbandes der dänischen Gewerkschaften teilnahmen. Eine Einigung ist nicht erzielt worden. Falls die Gesellschaften den Forderungen der Angestellten nicht weiter als bisher entgegenkommen, ist zu Neujahr in Kopenhagen und der Nachbarstadt ein allgemeiner Straßenbahnerstreik zu erwarten. Das ist der Arbeitgebervereinigung bereits vorschriftsmäßig angekündigt worden.

Der Generalstreik der italienischen Seeleute.

Rom, 18. Dezember. (Eig. Ber.)

Die Gewerkschaft der Seeleute hat beschlossen, auf die von der Organisation der Reeder beschlossene Aussperrung mit dem Generalstreik zu antworten. Seit 13 Tagen rüsten die Reeder der Ueberseedampfer ab. Nur einer von ihnen hat sich entschlossen, die Konventionalstrafe von 25 000 Lire an die Organisation der Reeder zu zahlen und für den „Orione", der zirka 3000 Auswanderer fährt, die Forderungen der Seeleute zu bewilligen: es ist dies der Abgeordnete Gavotti, ein berüchtigter Reaktionär, der nur des Profits willen die Gewerkschaftsforderungen anerkannt hat. Die Gründe, die die Organisation bestimmt haben, an Stelle der Aussperrung den Streik treten zu lassen, sind zurzeit noch nicht bekannt. Der „Avanti" veröffentlicht einen Aufruf an alle Seeleute an Bord der Postdampfer, Ueberseedampfer und Segelschiffe, und fordert sie auf, wo immer sie sich befinden, sofort die Arbeit einzustellen.

Die Dockarbeiter von Rio de Janeiro sind in einen Streik eingetreten. Die Tätigkeit in den Docks ist lahmgelegt.

Gerichts-Zeitung.

Achtung im Straßenverkehr!

Einer der zahlreichen unaufklärbaren Unfälle im Straßenverkehr, bei welchem ein Menschenleben unter den Rädern vernichtet wurde, beschäftigte gestern wieder einmal unter Vorsitz des Landgerichtsrats Oertel die dritte Strafkammer des Landgerichts II. Wegen fahrlässiger Tötung mußte sich ein Angestellter der „Zentrale für Milchverwertung", der Milchfahrer Werner Westphal vor dem Strafrichter verantworten. — Am Morgen des 11. Oktober dieses Jahres gegen 5 Uhr kam der Angeklagte, der seit längerer Zeit bei der Milchzentrale angestellt ist und sich in bester Weise geführt hat, mit einem Milchwagen die Emserstraße in Rixdorf entlang. Er fuhr nicht allzu schnell, da die noch herrschende Dunkelheit den freien Ausblick in der Fahrtrichtung verhinderte. Als der Angeklagte im mäßigen Trabe um die Ecke in die Bergstraße einbog, bemerkte er plötzlich dicht vor seinen Pferden einen Mann, der versuchte, noch über den Damm hinwegzukommen. Im letzten Augenblick stieß W. noch einen Warnungsruf aus, es war aber bereits zu spät. Das Handpferd riß den unglücklichen Fußgänger um und beide Räder des mit schweren Milchfässern beladenen Wagens gingen über den Leib hinweg. Der Angeklagte sprang sofort vom Kutscherbock und nahm sich des Schwerverletzten an. In seinem eigenen Wagen brachte er ihn nach dem städtischen Krankenhaus. Hier konnte der diensthabende Arzt nur noch den bereits eingetretenen Tod des Verletzten, der als der 58jährige Tischler Julius Mietzel rekognosziert wurde, konstatieren. — Gegen den Angeklagten wurde wegen fahrlässiger Tötung Anklage erhoben, da er angeblich durch zu schnelles Fahren den Unfall verschuldet habe. Vor Gericht hielt der Staatsanwalt eine gröbliche Fahrlässigkeit des Angeklagten für festgestellt. Jeder Kutscher müsse angesichts der auf ihm lastenden ungeheuren Verantwortung im Straßenverkehr stets darauf achten, daß er sein Fuhrwerk jederzeit zum Stehen bringen könne. Diese Forderung rechtfertigte sich allein schon dadurch, daß man andernfalls schwerhörige Menschen gänzlich von den Straßen verbannen müßte. Hätte der Angeklagte diese Forderung beachtet, so wäre er in der Lage gewesen, sein Fuhrwerk noch rechtzeitig zum Stehen zu bringen und um den übrigen Kutschern, die in gleicher Weise fahrlässig handeln ein Exempel zu statuieren, um als Abschreckung zu dienen, erscheine in dem vorliegenden Falle eine empfindliche Strafe angebracht. Der Antrag des Staatsanwalts lautete deshalb auf vier Jahre Gefängnis!

Dem Gericht erschien die Sache nicht genügend aufgeklärt, insbesondere keinerlei Fahrlässigkeit des Angeklagten nachgewiesen. Es sprach deshalb den Angeklagten frei.

Weshalb der Staatsanwalt gerade den vorliegenden Fall als geeignet „zur Statuierung eines Exempels" hielt, ist insbesondere bei der Lage der Sache unerfindlich. Sollte nicht eine Statuierung eines Exempels, wenn man solche überhaupt für angebracht hält, viel eher gegenüber Mitgliedern des kaiserlichen Automobilklubs angebracht sein, die das Publikum gefährden und durch Staub- und Geruchsentwickelung belästigen?

Gemeiner Betrug Arbeitsloser.

Wegen Betruges hatte das Schöffengericht die Kaufleute Karl Julius und Hermann Gohlke zu 1 Monat beziehungsweise 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Es handelte sich um die Geschäftsmethode des „Berliner Vakanzen-Anzeigers", der sich als „Zentralorgan für Stellennachweis" geriert. Das Blatt ist von Julius begründet und später auf Gohlke übergegangen. Das Schöffengericht nahm als erwiesen an, daß die Angeklagten jedem, der ihre Vermittelung nachsuchte, ein Abonnement auf das Blatt zur Pflicht machten. Die Abonnenten konnten nach Ansicht des Schöffengerichts des Glaubens sein, daß die im „Vakanzen-Anzeiger" annoncierten Stellen neue Angebote seien, während sie vielfach nur aus den Tageszeitungen abgedruckt sein sollen und die Stellen schon längst besetzt waren, wenn die Reflektanten darauf in den betreffenden Geschäften erschienen. Die Angeklagten, welche versicherten, ihr Geschäft streng reell betrieben zu haben, legten Berufung ein. Die Strafkammer verwarf gestern die Berufung und hielt die erkannte Freiheitsstrafe für gerechtfertigt, da es sich um eine Täuschung armer Arbeitsuchender handele, für die das Abonnementsgeld von 3 M. eine sehr hohe Summe ist. Solch' arme Arbeiter müßten gegen betrügerische Ausbeutung ganz besonders geschützt werden.

Das Urteil ist durchaus gerechtfertigt. Es wäre zu wünschen, daß in ähnlicher Weise endlich gegen die Agenten eingeschritten würde, die unter betrügerischen Vorspiegelungen, wie wir wiederholt dargelegt haben, Arbeitslose ausbeuten, insbesondere auch Arbeiter aus dem Auslande oder aus dem Osten nach dem Westen locken. Derartige Betrügereien wären nicht möglich, wenn in Deutschland für industrielle, ländliche und Staatsarbeiter ein freies, geschütztes Koalitionsrecht bestände und den Gewerkschaften die Arbeitsvermittelung übertragen wäre.

Sittlichkeitsverbrechen eines Schwärmers für Südwestafrika.

Zu der am 19. d. Mts. von uns gebrachten Gerichtsverhandlung gegen Franz Hintze wegen Vergehen gegen die Sittlichkeit bittet der Gemeindekirchenrat der hiesigen Zionskirche den Thieleschen Gerichtsbericht, festzustellen, daß der Genannte weder Diakon, noch von der Zionsgemeinde angestellt, noch Gehilfe des Pastor Francke oder endlich Leiter der Sonntagsschule in dieser Gemeinde gewesen ist, sondern ihr nur als provisorischer Helfer in der Jugenderziehung zugewiesen worden war.

Das von uns im Anschluß an den Gerichtsbericht gefällte Urteil über die sittlichen und geistigen Gefahren frömmelnder Jünglingsvereine wird durch diese Ergänzung unseres Berichtes noch verstärkt. Die Rolle, die der wegen dreißig Sittlichkeitsverbrechen Ueberführte in der Sonntagsschule spielte, ist entscheidend, nicht der Titel, den der Kirchenrat dem Kinderverwüster zuerkannt wissen will.

Posener Prozeß wegen Waffendiebstahls.

Der Posener Waffendiebstahlsprozeß, über dessen Beginn wir am 27. v. M. berichteten, wurde gestern zu Ende geführt. Es wurden verurteilt: Kaufmann Behrend-Posen, Händler Desbroder-Thorn und Arbeiter Jäger-Metz zu je 1 Jahr 5 Monaten Zuchthaus, der Kassenführer Donath-Spandau zu 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis, Kaufmann Radersohn-Klein-Tarpen zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis, Altwarenhändler Loll-Grünberg, Tischler Redecke-Hildesheim, Kaufmann Guentzel sowie Neupert und Grosser wurden freigesprochen. Der Lampenwärter Wilhelm Goede und der Arbeiter Kubistak waren bereits in den ersten Tagen des Prozesses durch gesondertes Urteil, Goede zu drei Monaten, Kubistak zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Die Verhandlungen legten klar, daß von einem von Sensationsblättern behaupteten Zusammenhang zwischen der russischen Revolution und den Waffen- und Munitionsdiebstählen nicht der mindeste Zusammenhang bestand. Es handelte sich lediglich um Entwendungen und Hehlereien einer Unmenge von Waffen und Munition aus Geldinteresse. Soldaten und Militärbeamte, die teilweise militärgerichtlich bereits abgeurteilt sind, hatten die Waffen und Munitionsvorräte entwendet und an die Angeklagten verschärft. Besonders viel Material hat der Zeug-Oberleutnant Poppe (Spandau) veruntreut und verfilbert. Poppe wurde auch als Zeuge aus der militärischen Untersuchungshaft, in der er sich befindet, vorgeführt. Er lehnte jedoch eine Beantwortung der an ihn gerichteten Fragen ab. Die dirigierenden Aerzte der Irrenabteilung der Berliner Charité und Irrenanstalt Herzberge begutachteten, daß Poppe, der demnächst vor dem Militärgericht abgeurteilt werden soll, nicht geisteskrank ist. — Weitere Dinge von allgemeinerem Interesse zeitigten die Verhandlungen nicht.

Wasserstand am 20. Dezember. Elbe bei Aussig —,— Meter, bei Dresden — 1,24 Meter, bei Magdeburg + 1,50 Meter. — Unstrut bei Straußfurt —,— Meter. — Oder bei Ratibor + 1,05 Meter. — Weichselmündung + 1,28 Meter. — Oder bei Brieg + 2,04 Meter. — Oder bei Breslau Unterpegel — 1,28 Meter. (Großschiffahrt geschlossen.)

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater

Freitag, den 21. Dezember.
Anfang 7½ Uhr.

Kgl. Opernhaus. Sinfoniekonzert der königlichen Kapelle. Mittags 12 Uhr: Sinfoniematinee.
Kgl. Schauspielhaus. Klein Dorrit.
Deutsches. Das Wintermärchen.
Westen. Der Schmetterling.
Lortzing. Der Troubadour.

Anfang 8 Uhr.

Schiller O. (Wallner-Theater.) Frau Inger von Oestrot.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater). Doppelselbstmord.
Lessing. Hedda Gabler.
Zentral. Die Fledermaus.
Neues Schauspielhaus. Die Hochzeitsfackel.
Kleines. Ein idealer Gatte.
Berliner. Liselott
Neues. Kinder.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Residenz. Florette und Patapon.
Lustspielhaus. Husarenfieber.
Deutsch-Amerikanisches. Der Sorgenbrecher.
Thalia. Eine lustige Doppelehe.
Luisen. Vergnügte Feiertage.
Bernhard Rose. Geschlossen.
Trianon. Wo ist der Papa? Vorher: Die Schloßkellerei.
Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Wintergarten. Saharet. Spezialitäten.
Apollo. Spezialitäten.
Kasino. Die beiden Champignol. Spezialitäten.
Folies Caprice. Debüt Fleischmann.
Passage. Berlin paß' auf! Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstraße 48/49. Im Theater abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Ferdinand Bonns
Berliner Theater.
Anfang 8 Uhr.
Freitag, Sonnabend, Sonntag:
Gastspiel Lucie Viörna.
Liselott.

Theater des Westens
Station Zoolog. Garten, Kantstr. 12.
Abends 7½ Uhr:
Der Schmetterling.
Fritz Werner a. G.
Sonnabend nachm. 3½ Uhr Kindervorstellung, kleine Preise: Kindestreue und Weihnachtssegen.
Abends 7½ Uhr: Der Trompeter von Säkkingen.

Neues Schauspielhaus
Abends 8 Uhr:
Die Hochzeitsfackel.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Aschenbrödel. Abends 8 Uhr zum erstenmal: Der Helfer.

Neues Theater.
Zum 1. Male:
Kinder.
Morgen und folgende Tage: Kinder.

Kleines Theater.
Zum 145. Male:
Ein idealer Gatte.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabend: Ein idealer Gatte.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachtasyl. Abends 8 Uhr: Ein idealer Gatte.
Montag: Geschlossen.

Lortzing-Theater.
Boileaiallancestr. 7/8.
Abends 7½ Uhr:
Der Troubadour.
Abonnements gültig.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Peter und Paul reisen ins Schlaraffenland. Abends 7½ Uhr zum erstenmal: Martha.

Komische Oper
Abends 8 Uhr:
Hoffmanns Erzählungen.
Sonnabend: Pariser Leben.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Carmen. Abends 8 Uhr: Pariser Leben.
Montag: Geschlossen.

Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 34.
Abends 8 Uhr zum ersten Male:
Novität! Novität!
Vergnügte Feiertage.
Volksstück in 3 Akten (6 Bildern) von L. Ottomeyer.
Sonnabend 4 Uhr Kindervorstellung: Hänsel u. Gretel. Abends 8 Uhr: Vergnügte Feiertage.
Sonntag 3 Uhr: Othello. 8 Uhr: Vergnügte Feiertage.
Montag: Geschlossen.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Heute im Theater 8 Uhr:
Frühlingstage an der Riviera.

Lustspielhaus.
Täglich 8 Uhr:
Husarenfieber.

Zentral-Theater.
(Operette.) 8 Uhr: Fledermaus.
Sonnabend nachm. 3½ Uhr. Schneewittchen. 8 Uhr: Künstlerblut.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage
Anfang 8 Uhr:
Florette und Patapon.
Schwank in 3 Akten v. M. Hennequin und Pierre Veber.
Dienstag, 25. Dez., nachm. 3 Uhr: Frau-Frau.
Mittwoch, 26. Dez., nachm. 3 Uhr: Eine Hochzeitsnacht.

Bernhard Rose-Theater
Große Frankfurterstr. 132.
Heute: Geschlossen.
Sonnabend Premiere:
Berliner Raubvögel.
Große Posse mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Leopold Ely.
Nachm. 4 Uhr Kindervorstellung: Schneewittchen.

Deutsch-Amerikanisches
THEATER, Köpnickerstr. 67/68.
Heute abend 8 Uhr Premiere:
Gastspiel Ad. Philipp.
Der Sorgenbrecher.
Sonntag sowie an allen 3 Feiertagen nachm. 3 Uhr halbe Preise: Ueber'n großen Teich.

Metropol-Theater
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
Massary. Wolff. Bender. Giampietro. Josephi.
Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Apollo Theater
Das glänzende Spezialitätenprogr.
Letzte Aufführung von Berlin im Omnibus mit dem Omnibus-Trick.
Sonnabend, den 22. Dezember:
Die schöne Vestalin.
Operette in 1 Akt nach Pierre Veber und Léon Xanrof, v. Bolten-Baeckers. Musik von Viktor Holländer.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Heute: Geschlossen.
Sonnabend, den 22., Sonntag, den 23. Dez.: Letzte Vorst. v. Weihnachten
Der Rattenfänger von Hameln
mit Dir. Rob. Dill in der Titelrolle.

Passage-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Berlin paß' auf!
Burleske in 2 Akten v. Leop. Ely. Musik von Rudolf Nelson.
In den Hauptrollen: Josefine Dora, Paulette van Roy, Georg Kaiser, Martin Bendix.
Außerdem: Die glänzenden Dezember-Spezialitäten.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 148.
Jeden Sonntag und Donnerstag:
Konzert, Theater, Spezialitäten,
Stets erstklassige Riesenspielfolge.
Nach der Vorstellung: Gr. Tanz.
Tanzleitung: R. Sachse.
Anf. Sonntag 5, Donnerstag 8 Uhr.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr: **Frau Inger von Oestrot.** Schauspiel in 5 Aufzügen von Henrik Ibsen.
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Der Hochtourist.**
Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Minna von Barnhelm.**
Sonntag, abends 8 Uhr: **Zapfenstreich.**

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Freitag, abends 8 Uhr: **Doppelselbstmord.** Bauernposse in 6 Bildern von Ludwig Anzengruber.
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Mathias Gollinger.**
Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Die rote Robe.**
Sonntag, abends 8 Uhr: **Hasemanns Töchter.**

Zirkus Schumann
Heute Freitag, den 21. Dezember, abends präzise 7½ Uhr:
Das anerkannt vorzügliche Programm und zum zweiten Male:
Die große Schumannsche Ausstattungspantomime
St. Hubertus.
Dem edlen Waidwerk entnommen und in 6 Bildern arrangiert vom Direktor Albert Schumann.
Sonntag 2 Galavorstellungen, nachmittags 3½ Uhr und abends 7½ Uhr.
Nachmittags ein Kind frei. Zum 4. Male: St. Hubertus.

Zirkus Busch.
Heute abend 7½ Uhr.
Um ¾9 Uhr: Die größte
Tiger- u. Löwengruppe,
dressiert und vorgeführt vom Dompteur Herrn Willy Peters. Ferner: Frl. Meta, Voltige. Miß Dianda, dress. Affen, Hunde und Kakadus. Geschw. Singer, Equilibristen. Die 4 Gebrüder Fratellini, Clowns. Herr Ernst Schumann, Neudressuren. Frl. Marguérite, Schulreiterin.
Um ¼10 Uhr:
ROM. Gr. Origin.-Ausst.-Pantom. in 7 Bild.

Folies Caprice
Linienstr. 132
Ecke Friedrichstraße.
Dir. Felix Berg.
Heute:
Debüt Fleischmann!
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf von 10—2 Uhr u. b. Wertheim.

Walhalla-Variété-Theater
Weinbergsweg 19/20
Am Rosenthaler Tor.
Eine Variété-Vorstellung einzig in ihrer Art.
60 internationale Artisten 60.
Unter anderem:
Die 12 Akrobaten Lorch in ihren phänomenalen Karlschen Spielen mit 3 Ponys und Eseln.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Brunnen-Theater
Direktion: Bernhard Rose.
Gesundbrunnen. Badstraße 58.
König Allgold.
Charakterbild in 4 Akten von Kneffel.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Billettvorverkauf von 10—1 Uhr an der Theaterkasse.

Sanssouci, Kottbuser Straße 4a.
Direktion Wilhelm Reimer
Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns
Nordd. Sänger
und Tanzkränzchen.
Sonntag und Montag:
Große Elite-Soiree,
(Durchweg neues Progr.)
Sonntag Beginn 5, Wochentags 8 Uhr.
Nächster Theaterabend am 2. Jan. 1907.

Das neue Gebrüder Herrnfeld-Theater
Kommandantenstr. 57
Stallschreiberstr. 42—44
ein Prachtbau modernster Theatertechnik, wird am
Dienstag, 25. Dezbr.,
dem 1. Weihnachtsfeiertag abends 8 Uhr
mit der Reprise des bisherigen größten Schlagers der Gebr. Herrnfeld überhaupt, der großen, völlig mit neuen, aktuellen Einlagen versehenen Komödie in drei Akten
Familientag im Hause Prellstein
von Anton u. Danat Herrnfeld in glänzender Form eingeweiht.
Eintrittskarten sind von heute ab im Theaterbureau, Kommandantenstraße 57, sowie bei Wertheim und im Invalidendank zu haben.
Ein Uebersichtsplan über die Platzeinteilung des neuen Theaters befindet sich, worauf wir im Interesse des Publikums besonders hinweisen wollen, im 2. Teile des Adreßbuches von Berlin 1907.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluß: Neu!
Christmarkt.
Anfang Wochentags 8, Sonntags 7 Uhr.

Colosseum
Dresdenerstr. 97.
Das urkomische
Dezember-Programm.
Neu! Im Konzertsaal: Neu!
D' Mondscheinbrüder.
Beste Wiener Schrammeln und sechs erstklassige Gesangskräfte.

Otto Pritzkow, Münzstr. 16.
Welt-Ausstellungs-Biograph- (St. Louis)
Theater lebender Photographien mit abwechselndem Abnormitäten-Progr.
Verbindung mit größter Films-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.
◆ Den ganzen Tag Vorstellung. ◆

Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr
Wo ist der Papa?
Vorher: Die Schloßkellerei.
An allen Weihnachtsfeiertagen: Wo ist der Papa? Vorher: Die Schloßkellerei.

Kasino-Theater
Lothringerstr. 37. Täglich 8 Uhr:
Bis zum 24. d. Mts. inkl. geschlossen.
An allen Feiertagen:
Die beiden Champignol.
Vorher das grandiose Festprogramm.
1. Feiertag 4 Uhr (Dienstag): Madame Bonivard.
2. Feiertag 4 Uhr (Mittwoch): Hotel Klingebusch.
3. Feiertag 4 Uhr (Donnerstag): Alexander der Große.

Cigarren
In jeder Preislage von 25.00—450.00 M. p. mille zu Engros-Preisen.
Reinhard Hellmich,
jetzt Friedrichstr. 108, I.
Illustrierte Preisliste gratis und franko.
Kein Laden.

Gustav Behrens Theater,
Berlin O., Frankfurter Allee 85.
In dem großartigen Weihnachtsstück
Das Wiedersehn nach 30 Jahren.
Direktor Gustav Behrens als Hamburger Schiffskapitän.
Außerdem 29 Nummern.

Palast-Theater. Burgstraße 24. | **Prater-Theater.** Kastanien-Allee 7/9.
Nur noch bis 31. Dezember:
Große Spezialitäten-Vorstellungen
arrangiert von der
Internationalen Artisten-Loge. E. V. Berlin.
Anfang der Vorstellungen: Sonntags 7½ Uhr, wochent. 8 Uhr.

Zum Weihnachtsfeste!!!
kaufen Sie entschieden am vorteilhaftesten
Auf Teilzahlung! Wöchentlich nur 1 M. Große Auswahl in Herren- u. Damen-Uhren, Stand-Uhren, Regulateure, Ringe, Broschen, Ketten, Menzenhauer Zithern, Phonographen, Plattensprechmaschinen, Spieldosen, Harmonikas, Mandolinen, Geigen etc. Verkauf v. Platten, Noten, Edison-Walzen.
Juhre & König, Warschauerstraße 72 I. Etage und Reinickendorferstraße 101 I. Etage (nahe Bahnhof Wedding).
Achten Sie bitte genau auf unsere Firma.
Heute und nächsten Sonntag bis 8 Uhr geöffnet.

Lassen Sie sich nicht
durch unglaubliche Reklame verleiten und kaufen Sie keine billige Zither, die keine Stimmung hält. Ein solches Instrument ist etwas fürs Auge, aber wertlos.
Wollen Sie wirklich Freude haben,
dann kaufen Sie sich die echte
Menzenhauer Guitarzither
mit unterlegbaren Noten, welche jedermann sofort spielen kann.
Ueber 1½ Million im Gebrauch.
Preis M. 20.00 u. M. 25.00.
Versand franko mit schriftlicher Garantie für 1 Jahr.
Zu haben in jedem besseren Musikhaus oder direkt bei
Menzenhauer & Schmidt, Berlin,
Spittelmarkt 15.
Bei Einsendung dieses Inserates erhält jeder Käufer einer Guitarzither 12 Noten gratis.

Fluß- und Seefisch-Handlung jetzt Weidenweg 37
Rob. Richter
Mein seit 6 Jahren Petersburgerstrasse 8 bestehendes Fischgeschäft habe nach
Weidenweg 37
verlegt.

Greift zu! den besten

Monatsanzüge	v. 9.50 M.	Monatspaletots	v. 9.50 M.
Abonnementsanzüge	10.50 „	Abonnementspaletots	12.50 „
Anzüge, Ersatz f. Maß	20.00 „	Paletots, Ersatz f. Maß	19.50 „
Pfandleihanzüge	12.50 „	Joppen 5.00, Beinkleider	2.00 „

Posten eleganter Burschen- und Knaben-Paletots staunend billig.
Alles auch für korpulente Figuren. 31862*
Zentral-Keller, Berlin 35, Neanderstraße 35.
3 Min. von Stadth. Hannowitzbr., an der Köpenickerstr. Straßenb.-Vergüt.

H. Zimmermann
Berlin SO. Juwelier Oranienstr. 206
Gold- und Silberwaren-Fabrik,
Uhren-Großhandlung. 25321*
Eigene Werkstatt für Neuarbeit u. Reparatur.
Streng reell. — Billigste Preise.

Die allerbeste Puppe
erhält man, wie seit Jahren bekannt, in der
Puppen-Fabrik **Otto Kreyssig**
jetzt nur **Brunnenstr. 83** früher Brunnenstr. 119
Billigste Preise! **Reparaturen** bei Einkauf von Ersatzteilen **gratis.**

Blitz-Schnell
kommt man mit der Hochbahn zu Weingarten, Gitschinerstr. 72, Station im Hause. Haltestelle Prinzenstraße. Empfiehlt:
1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots,
1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,
auch für korpulente Herren passend.
Dieselben sind von feinen Kavalieren und Reisenden, die nur einen Monat ihre Garderobe tragen. 5352*
Fahrgeld wird vergütet. Bitte auf Hausnummer zu achten.

Achtung! **Maurer und Zimmerer!** Achtung!

Bezugnehmend auf den § 4 Absatz 3 des Tarifvertrages hat das Einigungsamt am 31. Januar dahingehend entschieden, daß die Arbeitgeber für Weihnachtsheiligabend 1906 (einen Montag) die in Frage kommende Stunde am letzten Sonnabend vor Weihnachten freizugeben und zu vergüten haben, wenn am Montag vor Weihnachten nicht gearbeitet wird.

Sollten dennoch einige Firmen dagegen verstoßen, so ersuchen die Unterzeichneten um sofortige Mitteilung.

Die Verbandsleitung der Maurer. J. A.: E. Töns. **Die Verbandsleitung der Zimmerer.** J. A.: W. Witt.

151/14

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Rixdorf.

Heute, Freitag, den 21. Dezember, abends 6½ Uhr, bei Thiel, Bergstr. 151—152:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern wegen Schaffung eines neuen Vertrages.

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet, es ist notwendig, daß alle Kollegen erscheinen.

98/20 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Zimmer 34, Amt 4, 8353. **Verwaltungsstelle Berlin.** Engel-Ufer 15. **Hauptbureau:** Zimmer 1—5, Amt 4, 9679.

Achtung! **Schraubenbranche!** Achtung!

Sonntag, den 23. Dezember, nachmittags von 4—6 Uhr: **Zahlabend und Schlußabrechnung** der Werkstatt-Vertrauensleute im Lokal **Hollmach, Wrangelstr. 136.**

166/3 **Die Ortsverwaltung.**

Tischler-Verein (E. H. 89)

Sonnabend, den 22. Dezember, abds. 8½ Uhr, Melchiorstr. 15:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Wahl des Vorstandes pro 1907. 199/15

Ausgabe der Billetts zum **Weihnachtsvergnügen** am **1. Feiertag** in der **„Neuen Welt“.** Das Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer Nr. 15:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Donnerstag, den 27. Dezember, 3. Weihnachtsfeiertag, bei **Keller,** Koppenstraße 29:

Großes Weihnachts-Vergnügen

bestehend in

Konzert des **Tonkünstler-Orchesters,** Kapellmeister **Maximilian Fischer,**

Kinematograph-Vorführungen,

Gesellschaft Lewandowsky, Kasperle-Theater.

Doppel-Orchester. **Großer Ball.** Doppel-Orchester.

Billett 50 Pf. **Anfang 4 Uhr.**

Am dritten Feiertag sind Billetts von 2 Uhr ab bei **Lorenz, Koppenstraße 28,** zu haben. 98/19 **Das Komitee.**

Verband der Friseurgehülfen Deutschlands

(Zweigverein Berlin und Vororte).

Bureau: Rosenthalerstr. 57. 9—12, 2—4 Uhr. — Telephon 3. 1296.

In nachfolgenden Geschäften Rixdorfs sind die Forderungen der Gehülfen bewilligt und werden dieselben auch durchgeführt. Die Gehülfen haben als Ausweis dessen eine Kontrollkarte, welche laufend gestempelt sein muß und sichtbar am Spiegel steckt. 298/19

Bäckert, Steinmetzstr. 47.
Baude, Mürchenerstr. 44.
Beutel, Kottbuser Damm 91.
Behlendorf u. Co., Steinmetzstr. 99.
Borsdorf, Bodestr. 20.
Ciecilski, Jägerstr. 75.
Erdmann, Eichestr. 8.
Fellenberg, Prinz Handjerystr. 18.
Fütterer, Reuterstr. 77.
Grantzee, Weserstr. 61.
„ Hermannstr. 91/92.
Jungmann, Prinz Handjerystr. 54.
Henning, Wartheстr. 69.
Kühle, Kopfstr. 28.
Langner, Herzbergstr. 11.
Lenz, Weserstr. 205.
Liebmann, Reuterstr. 30.
Leich, Steinmetzstr. 20.
Marx, Pannierstr. 5.
Malick, Mainzerstr. 5.
Manzelmann, Lenaustr. 7.
Neumann, Hermannstr. 210.
Nagel, Bismannstr. 22.
Oehmchen, Kaiser Friedrichstr. 77.
Plan, Selchowerstr. 35.
Pukall, Zietenstr. 31.
Peters, Berlinerstr. 26.
Rabe, Jägerstr. 41.
Roß, Hermannstr. 207.
Rausch, Walterstr. 27.
Stehlke, Allerstr. 1.
Strehlke, Walterstr. 3.
Vogel, Berlinerstr. 89.
Vogel, Steinmetzstr. 126.
Walter, Karlsgartenstr. 20.
Wisocki, Kaiser Friedrichstr. 244.
Stöde, Hobrechtstr. 6.

Indem wir bitten, vorstehende Liste zu beachten und streng auf die Kontrollkarte zu achten, erklären wir die Bewegung der Reichstagswahl wegen für beendet. Hoch die Solidarität!

Der Vorstand. J. A.: P. Liere.

Zwecks Kontrolle, daß am 2. Feiertag **nicht** gearbeitet wird, melden sich die Mitglieder am genannten Tage von 9—11 Uhr vormittags im Bureau. Der Vorstand.

Monats-Garderoben-Haus

6 Prinzenstraße 6

Die schönsten

Herren-Winter-Paletots und **-Anzüge**

in getragener, speziell Monats-Garderobe.

Von Kavalieren getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Bauchanzüge, sind in großer Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben

im Laden **Paul Lowicki, Prinzenstr. 6.**

31831.* **Hochbahnstation: Prinzenstraße.**

Bitte auf Hausnummer achten!

Innungs-Krankenkasse

der Tischler-Innung.

Am **Freitag,** den 28. Dezember, abends 6 Uhr, **Brückenstraße 6b** (Zum Schultheiß):

General-Versammlung

der

Vertreter der Innungsmitglieder.

Tages-Ordnung:

Ersatzwahl eines Vorstandsmitgliedes für das Jahr 1907. 214/7

Der Vorstand.

„Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein“

Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes **„Solidarität“.**

Donnerstag, den 27. Dezember (3. Feiertag):

Vereins-Tour

nachm. 1½ Uhr nach Bernau; Start Prenzlauer Allee, Ecke Danzigerstraße.

2. Abteilung am **25. Dezember (1. Feiertag).** Abends 7 Uhr:

Familienabend

im alten Bürgergarten, Lindenstr. 105.

7. Abteilung am **3. Feiertag:**

Unterhaltungsabend

im Köstliner Hof.

6. Abteilung am **31. Dezember (Silvester):**

Gr. Silvester-Vergnügen

bei **Wernau,** Schwedterstr. 23.

28/14 Billetts à 20 Pf.

Aufgepaßt!

Noch immer die bill. Bezugsquelle für **Monats-Anzüge, Winter-Paletots** u. Hosen, von Reisenden und feinsten Kavalieren angekaufte, ebenso **neue,** sehr schick u. modern gearbeitete, in neuesten Stoffmustern vorhanden. **Herren- und Knabengarderoben.** Große Auswahl in **Winterpaletots u. warme Winterjoppen.** Ein gr. Post. einzelne Jacketts, einzelne Westen und einzelne Hosen zu sehr billigen Preisen. Zu haben bei

Moldauer

Prinzenstraße 64

Ecke Annenstraße, im Laden.

2940*

Arbeiter-Berufs-Kleidung

I. Spezial-Geschäft

nur 3 Mühlendamm 3.

II. Geschäft: **Kottbuserdamm 95.**

Adolf Wecker.

Stolas,

Kolliers, Krawatten

Muffen

in Nerz, Skunks, Persianer, Biber, Luchs, Nutria, Iltis, Marder, Weißfuchs, Japanische Füchse Oppossum, Tibet, alle Arten Bisam, sow. all. sonst. Pelzwar. a. best. Material **Streng reell.** Nur eig. Fabrikat. Kein Zwischenhändler, daher sehr billig.

F. Kalman, Kürschnermstr.

75. Dresdenerstraße 75

vorn II, 2. Haus v. Thalia-Theater. Verkf. auch Sonntags, u. Wochentags v. 8 Uhr früh bis 9 Uhr abds.*

Allen Genossen, Freunden und Bekannten hiermit zur Nachricht, daß ich das Lokal von **Max Zabel** übernommen habe. 4005*

Otto Böhm, Liefenstr. 12.

Brillanten

als Spezialität **außergewöhnlich billig. Max Brinner, Jerusalemerstr. 42.** Der Ruf der Firma (gegr. 1863) bürgt für strengste Reellität. v. M. an

Ringe, massiv Gold, 14 kar. m. 1 Brill.					9
Ohrringe	„	„	„ 2	„	16
Brosche	„	„	„ 1	„	18
Herr.-Rad.	„	„	„ 1	„	14

usw. **bis zum feinsten Genre.**

Baer Sohn

Spezial-Haus grössten Massstabes

Chausseestr. 24a-25 = Brückenstrasse 11

Nützliche Festgeschenke.

Herren-Hüte 2 Sonder-Angebote Steif u. weich 2.90 **1** M. 90

Herren-Kragen in 10 neuesten Fassons, 4fach Prima d. ¼ Dtz. **95** Pfg.

Stehumlegekragen in 5 neuesten Formen 4fach Prima d. ¼ Dtz **1** M. 45

Oberhemden mit leinen. Einsatz. Schönes Fabrikat **2** M. 90

Normal-Hemden u. Hosen Erprobte Fabrikate. 6.—, 5.—, 4.—, 3.—, 2.— **1** M. 10

Regenschirme Prima Taffet-Gloria Seiden-Futteral 2 Jahre Garantie **3** M. 90

Zylinder-Hüte, Chapeauxclaques, Krawatten, Manschetten, Handschuhe, Hosenträger, Strümpfe, Socken, Kragenschoner u. s. w.

in vollendeter Auswahl zu sehr niedrigen Preisen.

Verlangen Sie kostenlos den Haupt-Katalog Nr. 30.

Spezial-Hut-Engroslager. Begründet 1873. **Neueste Moden der Saison**

in Filzhüten, Jagdhüten, Zylinderhüten u. Chapeau claques.

Einzelverkauf zu außergewöhnlich billigen und streng festen Preisen!

Sonntags geöffnet! **Neue Königstraße 48, I Treppe,** drittes Haus vom Alexanderplatz.

Wahrheit muss siegen!

Der Inhalt der Proestlerschen Broschüre **„Das Wirtschaftsbild der Gegenwart und der Zukunft“** ist **Wahrheit, wissenschaftliche Forschung** und **diese muss den Sieg davontragen,** selbst **wenn die gesamte deutsche Presse,** wenn **das Grosskapital dieselbe unterdrücken möchte.**

Die Broschüre ist zu beziehen durch **alle Buchhandlungen** (Komm. **Otto Weber, Leipzig),** woselbst auch Prospekte und Zirkulare umsonst abgegeben werden, ausserdem sind solche direkt vom Herausgeber der Broschüre, Kaufmann Michael Proestler in Würzburg, portofrei zu beziehen. **Vollständige Ausgabe** in besserer Ausstattung M. 2.—, **Teil- und Volksausgabe** 60 Pfg.

Cigarren-Fabriken · 103 Zweiggeschäfte

Davon in BERLIN: Brunnenstr. 32, E. Anklamerstr. — Chausseestr. 16 E. Invalidenstr. — Chausseestr. 36/37 E. Schwartzkopfstr. — Dresdenerstr. 5 E. Adalbertstr. — Friedrichstr. 171 E. Französ. Str. — Gertraudtenstr. E. Breitestr. 20a — Invalidenstr. 148 E. Bergstr. — Jerusalemerstr. 41 E. Krausenstr. — Kaiser Wilhelmstr. 19 E. Münzstr. — Markgrafenstr. 17 E. Junkerstr. — Oranienstr. 30 E. Adalbertstr. — Potsdamerstr. 57/58 E. Bülowstr. — Prinzenstr. 91 E. Ritterstr. — Rosenthalerstr. 48 E. N. Schönh. Str. — Uhlandstr. 33 E. Lietzenburgerstr. — Wallstr. 14a E. Neue Grünstr. — Wienerstr. 22 E. Grünauerstr. — Rixdorf, Bergstr. 146.

Elegante Weihnachts-Präsentkistchen!

Die Süd-Eisbahn

Urbanstraße vis-a-vis der Kaiser Franz-Kaserne **ist eröffnet.** 189/15

Gegründet 1864.

Pelzwaren-Fabrik S. Schlesinger Neue Königstr. 21 II (Ordonnanzhaus).

Einzel-Verkauf wie alljährlich nach beendeter Engros-Saison.

Pelz-Stolas Muffen, Pelzhüte, schick garniert, federleicht, zu fabelhaft billigen Preisen.

Sonntags geöffnet.

Glück!

Man findet es im reichsten Maße spielt man Lotterie bei **Gustav Hause, Berlin, Neue Königstr. 86.**

Lose aller erlaubten Lotterien

+

Rote Kreuz-Lose à **3,50** inkl. Porto u. Liste.

Badische Pferde-Lose Ziehung **29. Dezember** à 1 M. Porto u. Liste 20 Pf. extra.

Alle Gewinne zahle sofort bar aus.

Arbeiter-Gesang-Vereine

finden die grösste und beste Auswahl an **Musikalien** bei **J. Günther, Verlag, Dresden,** Ziegelstr. 24. Reichste Auswahlsendungen zu allen Gelegenheiten. Kataloge gratis.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Die Auslegung der Reichstagswählerlisten.

Der Magistrat gibt bekannt, daß die Reichstagswählerlisten für die sechs Wahlkreise Berlins sowie für die nach der Wahlkreiseinteilung von 1870 zum Wahlkreise Teltow-Beeskow-Storkow (Charlottenburg) bezw. Nieder-Barnim (Friedrichsberg-Lichtenberg) gehörigen Wahlbezirke acht Tage lang und zwar
vom 28. Dezember 1906 bis einschließlich den 4. Januar 1907
an den Wochentagen von nachmittags 4 bis abends 8 Uhr, am Sonntag, den 30. Dezember, und am Neujahrstage, den 1. Januar 1907, von mittags 12 bis nachmittags 5 Uhr in den nachstehend bezeichneten Räumlichkeiten für die bei jeder Auslegestelle näher angegebenen Stadtbezirke ausliegen werden:

Stadtbezirke 1—13 in der Turnhalle der 21./24. Gemeindeschule, Hinter der Garnisonkirche 2.
Stadtbez. 14—25 51./130. Gemeindeschule, Niederwallstr. 6/7.
Stadtbez. 26—30 und 50—53 27./44. Gemeindeschule, Wilhelmstr. 117.
Stadtbez. 31—39 (für den zum Wahlkreise Teltow-Beeskow-Storkow (Charlottenburg) gehörigen, aus den Teilen der Stadtbezirke 33, 34, 35, 283 und 284 gebildeten Wahlbezirk 756) 107. Gemeindeschule, Genthinerstr. 4.
Stadtbez. 40—46 99. Gemeindeschule, Steinmetzstr. 79.
Stadtbez. 47A—49 und 56A—B 126./143. Gemeindeschule, Kulmstr. 15.
Stadtbez. 54—55 und 57—63 108./116. Gemeindeschule, Hagelbergerstraße 34.
Stadtbez. 64A—67 133./149. Gemeindeschule, Bergmannstr. 28./29.
Stadtbez. 68—73 101. Gemeindeschule, Gneisenaustr. 7.
Stadtbez. 74—76B 60./236. Gemeindeschule, Bergmannstr. 60/65.
Stadtbez. 76C—78C 83./93. Gemeindeschule, Dieffenbachstr. 60/61.
Stadtbez. 79—81 u. 86—89 106./152. Gemeindeschule, Britzerstr. 17/18.
Stadtbez. 82—85 und 90—92 50./68. Gemeindeschule, Reichenbergerstraße 44/45.
Stadtbez. 93—100 20. Gemeindeschule, Waldemarstr. 77.
Stadtbez. 101—106 114./122. Gemeindeschule, Köpenickerstr. 2.
Stadtbez. 107A—109 85. Gemeindeschule, Brangelstr. 85.
Stadtbez. 110—113B 100./102. Gemeindeschule, Eingang Forsterstr. 15.
Stadtbez. 114—119 112./129. Gemeindeschule, Wasserstorstr. 31.
Stadtbez. 120—128 47. Gemeindeschule, Stallschreiberstr. 54.
Stadtbez. 129—136 62. Gemeindeschule, Schmidstr. 38.
Stadtbez. 137—144 29. Gemeindeschule, Köpenickerstr. 125.
Stadtbez. 145—150 49. Gemeindeschule, Blumenstr. 63a.
Stadtbez. 151—156 23. Gemeindeschule, Strausbergerstr. 9.
Stadtbez. 157—162 201. Gemeindeschule, Gr. Frankfurterstr. 23.
Stadtbez. 163—168 138./158. Gemeindeschule, Mühlenstr. 50.
Stadtbez. 169—175A 30. Gemeindeschule, Rüdersdorferstr. 4/5.
Stadtbez. 175B—179A 119./136. Gemeindeschule, Gubenerstr. 51/52.
Stadtbez. 179B—180C (wovon die Reichstagswahlbezirke 361—363 und 365—366 für Niederbarnim (Friedrichsberg-Lichtenberg) wählen) 3./203. Gemeindeschule, Petersburgerstr. 4.
Stadtbez. 180D—181E (wovon die Reichstagswahlbezirke 370, 372 bis 376 für Niederbarnim (Friedrichsberg-Lichtenberg) wählen) 164./266. Gemeindeschule, Samariterstr. 19/20.
Stadtbez. 182—188 33./66. Gemeindeschule, Eingang Höchststr. 36/37.
Stadtbez. 189A—189D 234./253. Gemeindeschule, Straßmannstr. 6.
Stadtbez. 190A—191 und vom Stadtbez. 181B der zwischen Landsberger Allee und der Thaerstraße belegene Teil des Viehhofes 104./159. Gemeindeschule, Olivaerstr. 19.
Stadtbez. 192—194 204./213. Gemeindeschule, Christburgerstr. 18.
Stadtbez. 195—203 84. Gemeindeschule, Keibelstr. 31/32.
Stadtbez. 204—210 8./63. Gemeindeschule, Gipsstr. 23a.
Stadtbez. 211—217 45. Gemeindeschule, Auguststr. 67/68.
Stadtbez. 218—223 110./174. Gemeindeschule, Schönhauser Allee 166a.
Stadtbez. 224—231 früher 55., jetzt Filiale der 171. Gemeindeschule, Chorinerstr. 74.
Stadtbez. 232—236 25./103. Gemeindeschule, Ruppinerstr. 48.
Stadtbez. 237—242A 105./121. Gemeindeschule, Prenzlauer Allee 227/228.
Stadtbez. 242B—245 162./197. Gemeindeschule, Danzigerstr. 23.
Stadtbez. 246A—247D 209./215. Gemeindeschule, Dunckerstr. 65/66.
Stadtbez. 248—250B 249./261. Gemeindeschule, Greifenhagenerstraße 78/82.
Stadtbez. 251—254A 132./142. Gemeindeschule, Demminerstr. 27.
Stadtbez. 254B—254E 190./198. Gemeindeschule, Graunstr. 11.
Stadtbez. 255—261A 13./67. Gemeindeschule, Elisabethkirchstr. 19/20.
Stadtbez. 261B—267 17. Gemeindeschule, Ackerstr. 67.
Stadtbez. 268—273 36. Gemeindeschule, Gartenstr. 107.
Stadtbez. 274A—278 111./186. Gemeindeschule, Pflugstr. 12.
Stadtbez. 279—283 und 285—286 26./179. Gemeindeschule, Albrechtstraße 20.
Stadtbez. 284, 287—289 113./128. Gemeindeschule, Turmstr. 86.
Stadtbez. 290—292A 82./90. Gemeindeschule, Turmstr. 75.
Stadtbez. 292B—294B 206./212. Gemeindeschule, Siemensstr. 20.
Stadtbez. 295—299 172./185. Gemeindeschule, Bremerstr. 13/17.
Stadtbez. 300—304 160./188. Gemeindeschule, Stephanstr. 3.
Stadtbez. 305—308B 183./196. Gemeindeschule, Müllerstr. 158.
Stadtbez. 308C—313 86./141. Gemeindeschule, Müllerstr. 48.
Stadtbez. 314—318 118./127. Gemeindeschule, Pankstr. 8.
Stadtbez. 319—322 32. Gemeindeschule, Pankstr. 26.
Stadtbez. 323—326B 140./194. Gemeindeschule, Prinzen-Allee 8.

Ausdrücklich sei darauf aufmerksam gemacht, daß die Wählerlisten nach dem Wohnungsstande vom 15. Dezember d. J. aufgestellt sind.

Wer die Listen für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies binnen 8 Tagen nach dem Beginn ihrer Auslegung, also spätestens am 4. Januar 1907 beim Wahlbureau, Poststraße 16, schriftlich oder in einer der vorbezeichneten Auslegestellen bei den dort anwesenden Beamten zu Protokoll erklären, muß aber die Beweismittel für seine Behauptungen, soweit diese nicht auf allgemeiner Kenntnis beruhen, beibringen.

Zur Begründung der beantragten Nachtragung in die Wählerlisten ist — abgesehen von sonst etwa erforderlichen Urkunden — entweder der Mietskontrakt, die letzte Steuerquittung oder die polizeilich bescheinigte Anmeldung für die zur Eintragung angegebene Wohnung vorzulegen.

Es ist eine dringende Notwendigkeit, Einsicht in die Wählerlisten zu nehmen und sich zu überzeugen, ob auch der Name in die Liste eingetragen ist. Bei der Hast, mit der diesmal die Aufstellung der Listen vorgenommen werden muß, ist von vornherein damit zu rechnen, daß viele Wähler nicht in den Listen stehen. Wählen kann aber nur derjenige, der in die Wählerlisten aufgenommen ist. Wer also nicht um sein wichtigstes Staatsbürgerrecht kommen will, nehme die kurze Zeit der Auslegung wahr und sehe nach. Es kommt dabei auch darauf an, daß der Name und der Beruf richtig eingetragen ist. Schon durch einen Schreibfehler in der Liste kann man sein Wahlrecht verlieren, da man in diesem Fall am Wahltage selbst von der Ausübung der Wahl von den Wahlvorstehern zurückgewiesen wird. Wer nicht die Zeit haben sollte, die Listen selbst einzusehen, für den übernehmen Parteigenossen, deren Adressen auf dem nächster Tage verbreiteten Flugblatt enthalten sind, diese Arbeit. Man wende sich daher an diese.

Wer nicht riskieren will, um sein höchstes staatsbürgerliches Recht — das Wahlrecht — zu kommen, hat unbedingt die Pflicht, für Einsichtnahme in die Wählerlisten zu sorgen!

Der Wahlkampf in Groß-Berlin

ist im besten Gange. Unsere Partei erschien wie immer sofort schlagfertig und kampfbereit auf dem Plan. Die Kandidaten sind bis auf den Teltower Kreis, der am Sonntag den bisherigen Abgeordneten Genossen Zubeil aufstellen wird, nominiert. Die Organisationen, die die Leitung des Wahlkampfes übernehmen, stehen geschlossen da und sollen nun den Beweis liefern, daß die Kerntruppen der Partei durch die jahrelange Erziehung zum Kampfe gestählt sind. Zum ersten Male in diesem Wahlkampfe werden unsere tätigen Genossen am kommenden Sonntag aufgerufen. Es gilt der Bevölkerung das erste Flugblatt der sozialdemokratischen Partei ins Haus zu tragen und für die Wahl sozialdemokratischer Abgeordneten Propaganda zu machen; außerdem handelt es sich um die Organisation der außerordentlich wichtigen Einsichtnahme in die nächstens zur Auslegung kommenden Wählerlisten. Diese schriftliche Agitation wird natürlich auch durch die mündliche ergänzt. Zu den bereits stattgefundenen Wählerversammlungen kommen zahlreiche, die für die nächsten Wochen in Aussicht genommen sind, vor allem in unseren beiden Nachbarkreisen Niederbarnim und Teltow-Beeskow. Kurz: Unsere Partei bringt in Groß-Berlin erst „Leben in die Bude“.

Unsere Gegner sind noch nicht ganz einig über die aufzustellenden Kandidaten. Wohl haben die Polen und das Zentrum Zählkandidaten aufgestellt, die kommen aber in Berlin und den beiden Landkreisen nicht in Betracht. Die Freisinnigen stellen für den ersten Berliner Wahlkreis den bisherigen Vertreter Kämpf wieder auf. Im dritten Kreise soll der Stadtverordnete Rosenow wie bei der letzten Wahl dem Genossen Heine entgegengestellt werden. Für Berlin II wird Oberbürgermeister Büchtemann-Görlitz, als Kandidat für Berlin V Landtagsabgeordneter Justizrat Cassel genannt. Doch ist über die letztgenannten Kandidaturen noch kein endgültiger Beschluß gefaßt. Für den Wahlkreis Teltow-Beeskow-Storkow ist von den Freisinnigen Oberbürgermeister Wilde-Schöneberg in Aussicht genommen, der sich jedoch über die Annahme der Kandidatur noch nicht geäußert hat. Es muß sich ja in Bälde zeigen, wer von den Gegnern sich noch als Durchfallskandidat bereitfinden wird.

Der Wahlkampf im Kreise Teltow-Beeskow.

In zwei überfüllten Versammlungen leiteten die Genossen Treptow-Baumschulenwegs am Dienstag die Wahlbewegung ein. Vor 450 Personen sprach im Treptower „Feldschlößchen“ Genosse Fritz Zubeil. In seinem zweistündigen Vortrage geißelte er das Treiben der Regierung und der reaktionären Parteien, besonders auf das herrschende persönliche Regiment hinweisend. Die immer größer werdenden Ausgaben für „unsere“ Weltmachtpolitik führen zum Ruin. —

Als Redner die Kolonialpolitik beleuchtete und darauf hinwies, daß die Regierung 8000 Mann gebraucht, um 300 Hottentotten niederzuwerfen, erscholl allgemeines Gelächter. Ein „Pfui“ ertönte aber, als er die Schrecken dieser Politik für die armen Eingeborenen vortrug. — Eingehend besprach dann der Referent die Wucherpolitik, die Fleischteuerung, das Anti-Gewerkschaftsgesetz. Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die heute im Feldschlößchen tagende Versammlung ist mit den Ausführungen des Referenten, dem bisherigen Abgeordneten des Kreises, Genossen Zubeil, voll und ganz einverstanden. Die Anwesenden begrüßen den einstimmig gefaßten Beschluß der Wahlvereinsvorstände und der Funktionäre des Zentralwahlvereins für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg, den Genossen Fritz Zubeil als Reichstagskandidaten der Generalversammlung in Vorschlag zu bringen. Die Versammelten verpflichten sich dafür zu sorgen, daß Genosse Zubeil mit großer Majorität gewählt wird.

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen!

Nach einem aufeuernden Schlußwort des Vorsitzenden gingen die Versammelten mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie und den Genossen Zubeil auseinander.

In Baumschulenweg hatten sich an 400 Personen im Speerschen Saal eingefunden, um den trefflichen Ausführungen des Genossen Pagels zu folgen. Dem mit reichem Beifall aufgenommenen Referat folgte eine Diskussion, an der sich die Genossen Hensel, Carow, Frau Bäumler und Drechsler beteiligten. Sie alle forderten die Anwesenden zu kraftvoller Agitation für den bevorstehenden Kampf auf. Auch hier fand eine Resolution Annahme, in welcher die Versammelten die Auflösung des Reichstages begrüßen und versprechen, am 25. Januar 1907 der Regierung in nicht mißzuverstehender Weise die richtige Antwort für ihr Treiben zu geben. Des weiteren sprechen die Versammelten ihr Einverständnis mit dem Verhalten der sozialdemokratischen Fraktion, insbesondere mit dem Vertreter Genossen Zubeil aus und erwarten, daß derselbe auch fernerhin den Wahlkreis vertreten wird.

Der Wahlkampf im Kreise Nieder-Barnim.

In stark besuchter Volksversammlung im Arnoldschen Lokal in Lichtenberg besprach der Kandidat des Kreises, Genosse Stadthagen, die Auflösung des Reichstages. Besonders kennzeichnete er den Bewilligungseifer der bürgerlichen Parteien zu kolonialen Zwecken. Herbe Kritik erfuhr zu gleicher Zeit die maßlose Wucher- und Steuerpolitik. Auch die Schreibweise des „Ober- und Nieder-Barnimer Volksblatt“ rückte er ins grelle Licht. Mit einem feurigen Appell an die Anwesenden, die ganze Kraft in den Wahlkampf einzusetzen, schloß Redner unter stürmischem Beifall seinen Vortrag. Trotz wiederholter Aufforderung des Vorsitzenden Backhaus, ob vielleicht ein Gegner das Wort wünsche, meldete sich niemand. Nachdem Genosse Unger noch im Sinne des Referenten gesprochen, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit der Aufforderung zum Beitritt in den Wahlverein sowie für die Frauen in den am Ort befindlichen Frauenbildungsverein.

In Franz-Buchholz wurde die Wahlbewegung durch eine am Mittwoch stattgefundene stark besuchte Volksversammlung eingeleitet. Dem Referate des Genossen Räber-Pankow konnte leider durch die früh eingetretene Polizeistunde eine Diskussion nicht folgen.

Partei-Angelegenheiten.

Sonntag, den 23. Dezember, 8 Uhr früh,
findet
die erste Flugblattverbreitung in Groß-Berlin
statt.

Wir erwarten, daß alle Parteigenossen zur Stelle sind.

Im ersten Wahlkreise helfen die hierzu bestimmten Genossen des 6. Kreises.

Im dritten Kreise die Genossen des 4. Kreises, Süd-Ost.

Im fünften Kreise die Genossen des 4. Kreises, Ost.

Die Verbreitungsstellen des dritten und fünften Kreises werden morgen Sonnabend im „Vorwärts“ bekannt gegeben.

Der Aktions-Ausschuß.

Sozialdemokratischer Zentralwahlverein für Teltow-Beskow-Charlottenburg. Am Sonntag, den 23. d. M., nachmittags 2 Uhr, findet im großen Saale des Volkshauses zu Charlottenburg die Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Die Auflösung des Reichstages und die bevorstehenden Wahlen. Referent Fritz Zubeil. 2. Diskussion. 3. Aufstellung des Kandidaten zur Reichstagswahl. — Jeder örtliche Wahlverein ist berechtigt, drei Delegierte zu entsenden, die mit Mandaten versehen sein müssen. Gäste haben Zutritt.

Am Sonntag früh findet in allen Orten, wo Wahlvereine bestehen, eine Flugblattverbreitung statt.

Der Zentralvorstand.

Charlottenburg. Die Genossen werden auf den heute abend stattfindenden Extrazahlabend aufmerksam gemacht. Am Sonntag, den 23. Mts., findet eine Flugblattverbreitung statt. Das Erscheinen aller Genossen sowohl heute als auch Sonntag früh ist dringende Pflicht. Der Vorstand.

Steglitz. Heute abend in allen Bezirken außerordentlicher Zahlabend. Tagesordnung: Der bevorstehende Wahlkampf. Wir erwarten überall stärkste Beteiligung.

Lankwitz. Heute abend 8 Uhr bei Retger, Calandrellstr. 27: Generalversammlung der Lankwitzer Wahlvereinsmitglieder. Tagesordnung: 1. Die Konstituierung des Wahlvereins Lankwitz. 2. Vorstandswahl. 3. Die Reichstagswahl. 4. Verschiedenes.

Teltow. Am Sonntag, den 23. Dezember, nachmittags 3½ Uhr, findet im Lokale des Herrn E. Pieckenhagen unsere erste Wählerversammlung statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Die Reichstagsauflösung und die bevorstehenden Reichstagswahlen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Wähler erscheint in Massen. Der Vorstand.

Trebbin (Kreis Teltow). Sonnabend, den 22. Dezember, abends 8½ Uhr, Volksversammlung im „Gesellschaftshaus“. Tagesordnung: 1. Die Reichstagsauflösung. 2. Freie Diskussion. — Genossen! Agitiert fleißig für den Besuch dieser Versammlung, sie bedeutet für uns den Eintritt in den Wahlkampf. Der Vorstand.

Wilhelmsruh-Nordend. Freitag, den 21. Dezember, abends 8½ Uhr, Mitgliederversammlung des Wahlvereins bei Barth, Viktoriastraße. Tagesordnung: Die kommenden Reichstagswahlen. Vollzähliges Erscheinen notwendig.

Spandau. Heute Extrazahlabend in allen Bezirken. Das Erscheinen aller Genossen ist Pflicht. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Des Stadtfreisinns „Bürgerstolz“.

Es ist der Fluch jeder Halbheit, daß man mit ihr es schließlich keinem recht macht. In der gestrigen Stadtverordnetensitzung widerfuhr dieses Schicksal der kleinen „Sozialfortschrittlichen Gruppe“, die zwar bei Kommunalwahlen sich an „alle Liberalen“ wendet, aber zu anderen Zeiten Wert darauf legt, daß sie nicht „wie alle Liberalen“ sei. Diesmal bemängelten die „Sozialfortschrittler“ jene bekannten Fürstenempfänge, bei denen Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung so gern mitwirken und bereitwilligst die ihnen zugewiesene Rolle übernehmen. Aber nicht das tadelten sie, daß Vertreter der Gemeindebehörden und Führer des Liberalismus sich überhaupt dazu hergeben, vor dem Brandenburger Tor fremde Staatsoberhäupter allergehorsamst zu begrüßen — nein, nur die Form gefiel ihnen nicht. Das ging schon hervor aus dem Wortlaut ihres Antrages, der den Vorschlag machte, in gemischter Deputation darüber zu beraten, wie der Empfang fremder Staatsoberhäupter in einer der Würde der Stadt entsprechenden Weise zu gestalten sei. Damit man aber ja nicht darüber in Zweifel sein könnte, daß auch die „Sozialfortschrittler“ die Begrüßung der Gäste des deutschen Kaisers durch Vertreter der Berliner Gemeindebehörden keineswegs für vollständig überflüssig halten, gab Herr Nathan, der den Antrag begründete, von vornherein eine dahingehende Erklärung ab. „Wir stellen uns,“ so versicherte er, „keineswegs auf den sozialdemokratischen Standpunkt.“ Und er versuchte den Beweis zu führen, daß sogar Sozialdemokraten nicht immer den gekrönten Häuptern aus dem Wege gegangen seien.

Genosse Singer lehnte die Ratschläge, die der „Sozialfortschrittler“ den Sozialdemokraten geben zu sollen gemeint hatte, lächelnd ab. Den Angriff aber, den Herr Nathan gegen die Sozialdemokratie gerichtet und an die Spitze seiner Rede gestellt hatte, nannte Singer ein „Zeichen der Zeit“. Er nahm ihn als Einleitung zum Wahlkampf, in dem ja der Freisinn den Feind hauptsächlich links sucht. Im übrigen kennzeichnete der sozialdemokratische Redner diese „sozialfortschrittliche“ Spielart liberalen „Bürgerstolzes“ in all ihrer kläglichen Halbheit. Singer wandte sich mit scharfen Worten gegen den Unfug, zum Empfang der Gäste des Kaisers die Straßen auf Kosten der Berliner Bevölkerung mit buntem Flitter auszustaffieren. Gegen die Haranziehung von Schulkindern zur Spalierbildung empfahl er den Eltern als wirksamstes Abwehrmittel, etwaigen Anordnungen der Schule Widerstand zu leisten. Für die sozialdemokratische Fraktion verstand es sich von selber, daß sie dem Antrag der „Sozialfortschrittler“ nicht zustimmen konnte, weil sie nur das als „der Würde der Stadt entsprechend“ ansieht, fremde Staatsoberhäupter überhaupt nicht zu begrüßen.

Ob die „Sozialfortschrittliche Gruppe“ erwartet haben mag, daß sie es wenigstens ihren liberalen Freunden recht machen werde? Wenn sie sich das wirklich eingebildet haben sollte, so ist sie gestern sehr nachdrücklich eines anderen belehrt worden. Nicht nur der Oberbürgermeister, sondern nach ihm auch Wortführer aller liberalen Fraktionen erklärten in unzweideutigster Weise, daß sie das Vergnügen, am Brandenburger Tor ihre Verbeugungen zu machen, sich nicht nehmen lassen wollen. Unter stürmischem Beifall der Mehrheit verwahrte Herr Kirschner sich mit schneidender Schärfe dagegen, daß er sich bei Fürstenempfängen jemals unwürdig benommen habe. Er habe Seiner Majestät dem König Treue geschworen, und wenn Seine Majestät wünsche, daß er fürstliche Gäste begrüße, so betrachte er es als seine Pflicht, das zu tun. Die Mehrheit dankte Herrn Kirschner mit begeistertem Applaus. Unter den Rednern, die nach ihm sprachen, tat sich besonders Herr Cassel hervor, der voll Rührung schilderte, wie würdig der Oberbürgermeister am Brandenburger Tor den „freien Bürger“ zu repräsentieren pflege und wie freundlich ihm von dem Gast gedankt werde. Alle Redner eiferten gegen die in dem Antrag liegende schnöde Verdächtigung, daß sie die Würde der Stadt bisher nicht zu wahren gewußt hätten.

Herr Nathan war sehr nachdenklich geworden. Er erkannte, daß seine „Sozialfortschrittliche Gruppe“ sich zwischen zwei Stühle gesetzt hatte. Vorsichtig trat er den Rückzug an.

indem er beteuerte, es sei ihm nicht eingefallen, durch den Wortlaut des Antrages an dem bisherigen Verhalten der Gemeindebehörden Kritik üben zu wollen. So fügte er zum kläglichen Anfang das klägliche Ende, das fast einer Abbitte glich. Da sind die Kirschner, Cassel usw. denn doch „andere Kerle". In ihrer Art sind sie wenigstens „ganze Männer", aber freilich nur in ihrer Art. Den lauten Spott, mit dem die freisinnige Mehrheit die Ablehnung des Antrages begrüßte, hatten die „Sozialfortschrittler" reichlich verdient.

Eine koulante Versicherungsgesellschaft! Merkwürdige Erfahrungen mit der Versicherungsgesellschaft „Viktoria" sind von einem Mechaniker S. gemacht worden, der bei ihr sein bißchen Eigentum gegen Diebstahl versichert hatte. Er hatte mit der Gesellschaft einen Vertrag geschlossen, der sich auf eine Reihe von Jahren erstreckte, und er zahlte den Gesamtbetrag der Prämien in wöchentlichen Raten ab. Als er nun seine Wohnung wechselte und die Gesellschaft die Umschreibung vornehmen mußte, wurde ihm hierfür eine Gebühr von 50 Pf. abgefordert. S. verweigerte die Zahlung und berief sich darauf, daß man ihm vor Abschluß des Vertrages weder mündlich noch schriftlich irgend etwas über diese Gebühr mitgeteilt habe. Die Gesellschaft antwortete, dann ruhe einstweilen ihre Haftpflicht, bis Bezahlung erfolgt sei. Das wäre nun freilich für S. sehr bedenklich gewesen. Aber da die Wochenraten ruhig weiter von ihm eingefordert und durch den Kassenboten abgeholt wurden, so glaubte er, die Drohung nicht ernst nehmen zu sollen. Uebrigens machte er die Gesellschaft ausdrücklich darauf aufmerksam, daß sie ja durch Weiterabholung ihr Einverständnis erkläre. Auch eine wiederholte Warnung wurde von ihm zunächst in den Wind geschlagen. Erst später besann S. sich eines anderen und forderte den Boten auf, baldigst die Quittung über die 50 Pf. mitzubringen. Er wollte zahlen, um allen etwa doch möglichen Scherereien aus dem Wege zu gehen.

Noch ehe aber die Zahlung zustande kam, wurde Herrn S. ein Fahrrad vom Korridor weg gestohlen. Als er jetzt Entschädigung forderte, antwortete die Gesellschaft, sie lehne jede Verpflichtung ab, da S. die Bedingungen nicht erfüllt habe. Daß er schließlich doch hatte zahlen wollen, wurde von dem Kassenboten bestritten. S. sah sich hiernach genötigt, auf Schadenersatz zu klagen. Er wurde aber abgewiesen. Das Urteil wurde damit begründet, daß es eben üblich sei, eine solche Gebühr zu erheben. Sie habe gezahlt werden müssen, auch wenn vorher nichts darüber mitgeteilt worden sei. Somit kam S. um die Entschädigung für das Fahrrad und mußte auch die Gerichtskosten hinterherwerfen. Als obenein auch das Honorar für den Anwalt der „Viktoria" von ihm eingefordert wurde, konnte er nicht mehr zahlen, denn er war jetzt ohne Beschäftigung, nachdem er schon vorher einige Monate durch Krankheit in seinem Erwerb beeinträchtigt worden war. Der Gerichtsvollzieher siegelte ihm ein Spind, aus dessen Erlös die Forderung samt den neu hinzugekommenen Kosten gedeckt werden sollte. Bis zu diesem Aeußersten also wollte die „Viktoria" es treiben, dieselbe Gesellschaft, die ihrem „Schuldner" selbst noch etwas schuldete, da sie Vorausbezahlung der Prämien von ihm angenommen und die Raten ruhig weiter abgeholt hatte. S. schrieb das der Gesellschaft. Da der Vertrag, so führte er aus, nunmehr aufgehoben sei, so schulde ihm doch die Gesellschaft den vorausbezahlten Prämienbetrag. Die Gesellschaft antwortete, allerdings stehe ihm Rückzahlung zu, diese könne aber vorläufig nicht erfolgen, da erst abgewartet werden müsse, ob durch das Spind die Kosten voll gedeckt würden. S. bat, man möge die Versteigerung aufschieben und Ratenzahlung gestatten. Als Antwort erhielt er nur noch eine Zuschrift des Gerichtsvollziehers, die unter Hinweis auf den Versteigerungstermin schleunigste Bezahlung forderte.

Und es kam tatsächlich zum Aeußersten! S. hätte wohl die Differenz zwischen den ihm abgeforderten Kosten und den an ihn zurückzuzahlenden Prämien heranschaffen können, nicht aber den vollen Betrag der Kosten, die der Gerichtsvollzieher seinem Auftrag gemäß rücksichtslos von ihm eintreiben mußte. So wurde das Spind abgeholt und versteigert. Wieviel es erbracht hat, konnte S. uns noch nicht mitteilen, als er uns über diesen Ausgang seiner Streitsache unterrichtete. Er will abwarten, ob die koulante „Viktoria" ihm noch etwas zurückzahlen wird. Vielleicht kommen wir in die Lage, auch hierüber noch zu berichten. Unsere Leser aber werden gebeten, sich die merkwürdigen Erfahrungen, die S. mit der „Viktoria" gemacht hat, als Warnung dienen zu lassen.

In der jüngsten Sitzung des Kuratoriums der städtischen Heimstätten wurde beschlossen, dem Magistrat die dringende Notwendigkeit der Errichtung von Walderholungsstätten zu empfehlen. Während die Heimstätten für Kranke vorbehalten werden, welche für längere Zeit dauernd von ihrer Häuslichkeit fern bleiben müssen, und für welche ein größerer Behandlungsapparat erforderlich ist, sind die Walderholungsstätten für die große Masse derer geeignet, die lediglich der Ruhe, des Aufenthalts in guter Waldluft und einfacher physikalischer Behandlungsmethoden bedürfen. Ihr großer Vorzug ist die Billigkeit. Für dasselbe Geld, das in einem Sanatorium drei Betten kosten, kann man eine Erholungsstätte für 150 Personen errichten. Sie lassen sich in den verschiedenen Städten mit Leichtigkeit den örtlichen Verhältnissen anpassen. Demgemäß besitzen auch überall die Erholungsstätten gewisse Besonderheiten; erster Grundsatz bleibt aber in jedem Falle, daß sie in Einrichtung und Betrieb nicht über ein gewisses Mindestmaß hinausgehen, wenn anders sie den zwei wichtigen Forderungen gerecht werden sollen, daß sie einer möglichst großen Zahl von Kranken zugute kommen und die Kranken so lange verpflegen, wie es nach Lage der Krankheit nötig ist. Man hat der Reihe nach Anstalten für Männer, Frauen und Kinder errichtet, aus welch letzteren schließlich die Waldschulen hervorgingen. In Eichkamp bei Berlin ist man mit Erfolg zum Winterbetriebe übergegangen und hat auch an einzelnen Stellen einen Nachtbetrieb eingeführt. Für die künftigen städtischen Walderholungsstätten ist Tag- und Nachtbetrieb vorgesehen; sie sollen besonders dazu dienen, im Sommer die Heimstätten zu entlasten und den Andrang, welcher bekanntlich in der warmen Jahreszeit erheblich ansteigt, von diesen Anstalten einigermaßen abzulenken. Es werden auch solche Kranke dort Aufnahme finden, welche für die Heimstätten nicht geeignet sind, aber noch Aussicht bieten, so weit gebessert zu werden, daß sie wieder zur Aufnahme in die Heimstätte geeignet sind. Die Walderholungsstätten sollen auf einem der Kanalisation gehörenden Gelände in der Nähe der Heimstätten errichtet werden, so daß die Kranken von dort aus bequem verpflegt und ärztlich beaufsichtigt werden können.

In der letzten Sitzung der städtischen Tiefbaudeputation wurden die vom Baurat Professor Messel ausgearbeiteten Entwürfe für eine „Brommy-Brücke" an Stelle der alten Eisenbahnbrücke im Zuge der Eisenbahnstraße über die Spree genehmigt.

Ferner beschäftigte sich die Deputation mit der **Aenderung der Submissionsbedingungen** bei der Uebernahme städtischer Arbeiten. Die Deputation stimmte einer Aenderung der Bedingungen in wesentlichen Punkten zugunsten der Submittenten zu. Unter anderem soll in Zukunft unter den drei mindestfordernden Submittenten derjenige den Zuschlag erhalten, der die größte Gewähr für die ordnungsmäßige Ausführung der Arbeiten bietet. Ferner wurde beschlossen, die Grenzen für die Ausführung bezw. für die Uebertragung der Arbeiten enger zu ziehen. Danach sollen die Submittenten in Zukunft nur noch verpflichtet sein, zehn Prozent über die ausgeschriebene Arbeit hinaus zu den ausbedungenen Preisen zu übernehmen und auszuführen, während der Magistrat verpflichtet wird, im Höchstfalle nur zehn Prozent unter der ausgeschriebenen Leistung nicht ausführen zu lassen. Der Magistrat würde danach beispielsweise verlangen können, daß der Submittent auch in Zukunft bei Uebernahme von 10 000 Quadratmeter Pflasterarbeiten rund 11 000 Quadratmeter zu demselben Preise und in derselben Zeit ordnungsmäßig ausführt, während der Submittent, sobald ihm der Zuschlag erteilt ist, verlangen kann, daß ihm von den 10 000 Quadratmeter mindestens 9000 Quadratmeter übertragen werden.

Unserer Meinung nach wird durch diese Aenderung der Submissionsbedingungen bei Vergebung von städtischen Arbeiten an dem bisherigen Zustand nichts Erhebliches geändert. Eine wesentliche Aenderung und Besserung kann nur erreicht werden, wenn der Magistrat sich endlich entschlösse, die Arbeiten sämtlich in eigener Regie ausführen zu lassen. Gerade im Tiefbau stehen nach dieser Richtung hin nicht die geringsten Schwierigkeiten im Wege; nur der gute Wille fehlt.

In den Vorortgemeinden wird jetzt mit Nachdruck für die Eingemeindung mobil gemacht. Der Bürgerverein von Boxhagen-Rummelsburg hat nach einem Referat des Oberlehrers Aigte über den Bericht des Oberbürgermeisters Kirschner über die Schaffung eines „Groß-Berlin" einmütig beschlossen, für die Eingemeindung nach Berlin einzutreten. Da die Regierung durch eine Umgemeindung in keiner Weise benachteiligt wird, so hofft der Bürgerverein, daß die Regierung auch ihren ablehnenden Standpunkt in der Eingemeindungsfrage nicht aufrecht erhalten und eventuell diesbezüglichen Anträgen der beteiligten Gemeinden die Zustimmung nicht versagen werde. Von den Gemeinden, auch von Berlin, erwartet und erhofft der Verein, daß von ihnen unverzüglich diejenigen Schritte unternommen werden, die geeignet sind, die Eingemeindung von Boxhagen-Rummelsburg baldigst herbeizuführen. Ferner wurde beschlossen, eine Massenpetition ins Werk zu setzen, die möglichst die Stimmung der gesamten Bürgerschaft in dieser Angelegenheit zum Ausdruck bringen soll.

Die Hoffnung des Vereins, daß die Regierung ihren ablehnenden Standpunkt in der Eingemeindungsfrage aufgeben werde, halten wir für eine trügerische.

Ueber die weitere Vollendung des Teltowkanals spricht sich ein amtlicher Bericht des Kanaldirektors Sievers folgendermaßen aus. Mit dem letzten Durchstich ist die schwierigste und größte Arbeit getan. Völlig beendet ist sie noch nicht. Es ist sogar nicht ausgeschlossen, daß in den nächsten Wochen noch gewisse Bewegungen stattfinden und daß auch die jetzt hergestellte Rinne vielleicht noch einmal sich wieder verengt. Aber eigentliche Schwierigkeiten sind kaum zu erwarten. Dies zeigt das Verhalten der übrigen Kanalstrecken, die z. T. geringeren Widerstand hatten, als die letzte böse Strecke in Lichterfelde. Sie haben sich seit ihrer Vollendung gut gehalten. Die Baggerarbeiten müssen noch fortgesetzt werden. Es fehlt auch noch ein Teil der Uferausbildung innerhalb der Lichterfelder Strecke. Auch an einigen anderen Stellen, namentlich an den Häfen usw. sind noch Rest- und Nacharbeiten auszuführen. Sie werden aber aller Voraussicht nach im Laufe dieses Winters, wenn dieser nicht jede Tätigkeit unmöglich machen sollte, zu Ende geführt werden können. Vor allem muß noch die Treidelbahn, deren Fortführung ebenfalls infolge des Trennungsdammes in Lichterfelde bisher unterbrochen war, fertiggestellt werden. Mit diesen Arbeiten wird jetzt unverzüglich vorgegangen. In diesem Jahre bot die schwimmende Beschaffenheit des lehmigen Untergrundes zwischen Anhalter und Dresdener Bahn große Schwierigkeiten. Hier waren zu Anfang des Jahres noch die Reste der vorläufigen Umführung dieser Bahn zu beseitigen, die Strecke selbst noch nachzubessern, die z. T. wieder zerstörten Uferbefestigungen ganz neu zu rammen. Im Tempelhofer Hafen waren die Arbeiten eben erst begonnen. Auch an der Mittenwalder Bahn bestand noch ein Trennungsdamm. Die Köpenicker Landstraßenbrücke, die Görlitzer Bahnbrücke und große Erdarbeiten waren noch nicht fertig. Jetzt sind alle diese Reste beseitigt und es scheint auch, daß die Rutschstellen in dem lehmigen Gebiete zwischen Steglitz und Tempelhof ständig geworden sind. Mit dem Beginn der Schiffahrt im neuen Jahr wird ohne Zweifel auch der Durchgangsverkehr aufgenommen werden können. Der Lokal- und Ortsverkehr hat schon jetzt über 200 000 Tonnen betragen.

Die in der verflossenen Nacht eingetretene Kälte dürfte, wenn die Frostperiode anhält, den Schlittschuhläufern bereits zu Weihnachten Natureisbahnen schaffen. Das Thermometer war in Berlin bis auf 5 Grad, in den Vororten stellenweise bis auf 8 Grad Celsius unter Null gesunken, und unter der Einwirkung des Frostes sind nicht nur kleine Wassertümpel gefroren, sondern auch auf großen Gewässern, wie auf dem Müggelsee und Seddinsee zeigten sich heute morgen bereits an den Rändern Eisbildungen. Die Pächter der künstlichen Eisbahnen haben gestern morgen schon flott gegossen, und dürften die ersten Kunstbahnen am Freitag zur Eröffnung gelangen.

Auch das Kranksein wird teurer. Die Erhöhung der ärztlichen Honorare in der Privatpraxis, über die in den letzten Monaten mehrfach Berichte veröffentlicht wurden, ist in sämtlichen zuständigen Aerztevereinen Groß-Berlins als notwendig anerkannt worden. In einer Sitzung vom 18. Dezember dieses Jahres, an der Vertreter von 84 Vereinen mit zusammen 2647 Mitgliedern teilnahmen, wurde infolgedessen einstimmig beschlossen, daß die Erhöhung der ärztlichen Honorare in der Privatpraxis, und zwar in gleicher Weise für Einzel- wie Pauschalhonorierung (Hausarzthonorare), vom 1. Januar 1907 ab eintreten solle.

Zwischen zwei Straßenbahnwagen geriet am gestrigen Nachmittage der Dreiradfahrer Gustav Schuster, Lottumstr. 25 wohnhaft, vor dem Hause Leipzigerstr. 6. Sch. soll zwischen den den Straßenzug in entgegengesetzter Richtung passierenden Straßenbahnwagen Nr. 2719 und 2804 der Linie 78 das Gleis zu kreuzen versucht haben, wobei er jedoch zwischen beide Waggons geklemmt wurde. Er geriet mit dem rechten Fuß unter den Schutzrahmen eines Straßenbahnwagens und mußte von der durch Passanten herbeigerufenen Feuerwehr durch Anheben der Motorwaggons und Zerstörung der Seitenteile aus seiner entsetzlichen Lage befreit werden. Die Aufgabe der Rettungsmannschaften war umso schwieriger, als der Verunglückte mit dem umgestürzten Rade unter dem einen Wagen lag, während das rechte Bein unter dem Schutzrahmen des aus entgegengesetzter Richtung kommenden Wagens geklemmt war. Bei dem geringsten Anrücken der Waggons wäre der Bedauernswerte zerrissen worden. Der Feuerwehr gelang es nach vielen Mühen, Sch. aus der furchtbaren Situation zu befreien, und er wurde auf einem Samariterwagen nach der Charité geschafft. Der Verunglückte hatte eine schwere Quetschung des rechten Beines davongetragen. Die durch den Unglücksfall verursachte Störung dauerte 65 Minuten.

Die Kassen der sieben städtischen Volksbadeanstalten werden am Weihnachtsheiligabend in diesem Jahre zum ersten Male nachmittags um 5 Uhr geschlossen.

Ihr Ziel erreicht haben die Blumenhändler. Der Polizeipräsident will den Wünschen der Blumeninteressenten insoweit Rechnung tragen, daß die Blumenläden an den ersten Feiertagen und zwar zu Weihnachten wie zu Ostern von 8—10 Uhr vormittags und von 12—2 Uhr nachmittags offen gehalten werden dürfen. Eine bezügliche Bekanntmachung dürfte noch in diesen Tagen erfolgen.

Für die in Blumengeschäften Angestellten bedeutet diese Maßnahme des Polizeipräsidenten eine weitere Verkürzung der Sonntagsruhe; aber nach den Wünschen der Arbeiter wird ja heute nicht gefragt.

Unfall bei der Todesfahrt über die zersprengte Brücke. Im Zirkus Busch ereignete sich Mittwochabend während der Ausstattungspantomime „Rom" ein Unfall, der leicht schwere Folgen hätte nach sich ziehen können. Als der Bereiter Giese mit einer Quadriga die Fahrt über die zersprengte Brücke ausführen wollte, überschlug sich das Gespann, Fahrer, Wagen und Pferde stürzten in die Tiefe. Ein Schrei des Entsetzens durchhallte den Zirkus, glaubte man doch, daß der Fahrer und die Pferde tot unter den Trümmern lagen. Glücklicherweise kam jedoch Giese mit leichteren Verletzungen davon, er hatte während des Sturzes einen geschickten Seitensprung gemacht. Auch die Pferde haben besondere Beschädigungen nicht erlitten. Das Publikum beruhigte sich bald wieder und konnte die Vorstellung zu Ende geführt werden.

Schwere Brandwunden erlitt in letzter Nacht die 85jährige Frau Emilie Schwinkler aus der Gleimstr. 60. Die Unglückliche wollte mit einer brennenden Petroleumlampe die Treppe hinabgehen. Hierbei wurde sie plötzlich von Krämpfen befallen. Die Lampe explodierte und setzte die Kleider der Frau in Brand. Ehe Hülfe zur Stelle war, hatte sie schon schwere Brandwunden davongetragen. Auf der Unfallstation in der Badstraße wurden ihr die ersten Verbände angelegt.

Im wissenschaftlichen Theater der Urania wird der Vortrag: „Frühlingstage an der Riviera", der mit zahlreichen farbigen Bildern und Wandelpanoramen ausgestattet ist, nur noch wenige Tage zur Darstellung gelangen. Am Sonntag findet die letzte Wiederholung desselben statt und zwar diesmal ausnahmsweise nachmittags 4 Uhr zu kleinen Preisen.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht um 8 Uhr wurde die Feuerwehr nach der Hollmannstr. 32 (früher Löwesche Gewehrfabrik) und nach der Wildenowstraße gerufen. Hier brannten u. a. Sägespähne in einer Schlächterei und dort Sägespähne auf einem Gasofen. In beiden Fällen gelang es, die Flammen auf ihren Herd zu beschränken.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Charlottenburger Stadtverordneten

hielten am Mittwoch ihre letzte Sitzung im laufenden Jahre ab. Nach Einführung des wiedergewählten Bürgermeisters Matting und des neu gewählten unbesoldeten Stadtrats Dr. Gottstein erledigte die Versammlung zunächst eine Reihe kleinerer Vorlagen. Hierauf begründete Stadtverordneter Vogel (Soz.) eine Interpellation, die den Magistrat um Auskunft darüber ersucht, warum die gemischte Deputation zur Beratung von Maßnahmen gegen die Fleischteuerung bisher noch zu keiner Sitzung einberufen sei. Da inzwischen eine Sitzung der Deputation stattgefunden hat, war die Anfrage eigentlich erledigt. Trotzdem benutzte Genosse Vogel und nach ihm Genosse Dr. Borchardt die Gelegenheit, die Säumigkeit des Magistrats nicht nur in dieser Frage, sondern auch bei der Einberufung anderer wichtiger Deputationen einer scharfen Kritik zu unterziehen.

Eine lebhafte Debatte rief die Interpellation Dr. Spiegel (lib.) und Genossen betr. Errichtung von Omnibus- (Automobil) Linien hervor. Wiederholt hat die Stadtverordnetenversammlung über die schlechten Verkehrsverhältnisse in Charlottenburg Klage geführt, aber ohne Erfolg. Die Stadt hat sich der „Großen Berliner" ausgeliefert, und solange die mit dieser Gesellschaft abgeschlossenen Verträge dauern, ist an eine Besserung der Verhältnisse kaum zu denken. Das ging wieder einmal aus der Antwort hervor, die der Magistrat auf die Interpellation erteilte. Es soll zur Besserung der Verkehrsverhältnisse eine Pferde-Omnibuslinie von der Sophie Charlottenstraße bis zur Marchstraße errichtet werden. Außerdem schweben Verhandlungen wegen Errichtung einiger anderer Automobil- bezw. Pferde-Omnibuslinien. — Die Redner aller Fraktionen, die Stadtverordneten Dr. Stadthagen (natl.), Hirsch (Soz.), Dr. Crüger (liberal) und Bartsch (Soz.) gaben ihrer Unzufriedenheit über diese Auskunft Ausdruck; sie spotteten darüber, daß man jetzt, wo Berlin und andere Städte den Pferde-Omnibusbetrieb abschaffen, dazu übergehe, dies veraltete Verkehrsmittel in Charlottenburg einzuführen. Genosse Bartsch wies ganz besonders noch auf das Fehlen einer jeden Verbindung nach dem Bahnhof Fürstenbrunn, in dessen Nähe die Kirchhöfe liegen, und nach dem Nonnendamm mit seinen großen Fabriketablissements hin. Genosse Hirsch forderte energisch die Einsetzung der bereits vor Jahresfrist einstimmig beschlossenen Verkehrsdeputation sowie die Errichtung von Automobil-Omnibuslinien seitens der Stadt, um der „Großen Berliner" Konkurrenz zu machen. — Ob die Besprechung einen praktischen Erfolg hat, wird die Zukunft lehren.

Eine weitere, von sozialdemokratischer Seite eingebrachte Interpellation bezog sich auf das

Verhalten der Polizei gegenüber den Streikenden.

Es ist in der Presse wiederholt mitgeteilt, in welcher Weise die Polizei am Nonnendamm gegen die Streikenden eingeschritten ist. Die sozialdemokratische Fraktion fragte deshalb beim Magistrat an, ob es ihm bekannt sei, daß am Nonnendamm in den letzten Wochen in zahlreichen Fällen Charlottenburger Bürger an der Benutzung der städtischen Straßen seitens unserer Polizeiorgane gehindert sind und was er zu tun gedenkt, um die Rechte, die den Charlottenburger Bürgern auf Grund des § 4 der Städteordnung zustehen, zu wahren.

Genosse Dr. Borchardt, der die Interpellation begründete, wies zunächst darauf hin, daß die Benutzung der Straßen ein unzweifelhaftes Recht der Bürger sei, das überdies noch ausdrücklich durch die Städteordnung festgesetzt sei; unter den in § 4 der Städteordnung genannten Gemeindeanstalten seien auch Straßen verstanden, wie gerade ein früheres Mitglied des Charlottenburger Magistrats, der frühere Stadtsyndikus Schulze, in seinem Kommentar zur Städteordnung ausgeführt hat. Dann schilderte er die ungesetzlichen Maßnahmen, durch welche die Polizeiorgane die Arbeiter an der Ausübung ihres Rechtes hindern: grundlose Sistierungen, grundloses Behalten auf der Wache von 7 Uhr morgens bis ½6 Uhr abends, Sistierungen und Belästigungen von am Streik unbeteiligten Personen. Er forderte den Magistrat auf, da er unmittelbare polizeiliche Befugnisse nicht habe, durch Vorstellungen beim Polizeipräsidium oder der ihm untergeordneten Behörde auf eine Abstellung des ungesetzlichen Vorgehens der Polizei zu dringen, wie es sicherlich geschehen würde, wenn durch solche polizeilichen Maßnahmen in das Recht der besitzenden Schichten der Bürgerschaft eingegriffen würde. Zu solchem Vorgehen sei der Magistrat um so mehr verpflichtet, als auch nicht unerhebliche Kosten für die Stadt durch das Vorgehen der Polizei entstehen könnten. Sehr leicht könne das provokatorische Verhalten der Polizei zu Ausschreitungen führen, bei welchen erhebliche Verletzungen gänzlich Unbeteiligter nicht ausgeschlossen seien, für die dann die Stadt einzustehen habe, wie der Fall des Arbeiters Biewald in Breslau beweise.

In seiner Antwort beschränkte sich der Oberbürgermeister darauf, zu erklären, daß der Magistrat sich nicht in Angelegenheiten der Polizei einmischen könne; er müsse den Betroffenen überlassen, sich bei der zuständigen Behörde zu beschweren. Außerdem verwahrte er sich energisch gegen den Vorwurf, daß er bei Uebergriffen der Polizei gegen Angehörige der besitzenden Schichten etwa anders verfahren würde.

Das war selbst dem freisinnigen Stadtverordneten Dr. Crüger zu stark. Derselbe meinte, es könnten polizeiliche Uebergriffe vorkommen, gegen welche die Stadtverordnetenversammlung und der Magistrat sich zu wenden hätten; nur die gerügten Uebergriffe am Nonnendamm seien nicht von dieser Art. Der Oberbürgermeister beeilte sich dann sofort, zu betonen, daß er derselben Ansicht sei.

Genosse Dr. Borchardt unterstrich dann, daß also auch der Magistrat und die Liberalen nicht jederzeit vor der Polizeiuniform in Ehrfurcht ersterben wollen, daß ihnen aber angesichts der ganz ungesetzlichen Uebergriffe der Polizei am Nonnendamm ein Anlaß zum Einschreiten nicht geboten erscheine; die beteiligten Arbeiter denken hierüber wesentlich anders.

Ob die Polizei, nachdem ihr Verhalten öffentlich gebrandmarkt ist, nun endlich ihre Belästigungen der Streikenden einstellen wird, bleibt abzuwarten.

Den sozialdemokratischen Antrag, an Stelle des wiederum nicht bestätigten liberalen Stadtverordneten Dr. Penzig den Sozialdemokraten Klick in die Schuldeputation zu wählen, lehnte die Versammlung nach kurzer Begründung durch den Genossen Vogel ohne Debatte ab. Die bürgerliche Mehrheit hat dadurch wieder einmal bewiesen, daß es ihr mit dem Kampf um das Selbstverwaltungsrecht nicht ernst ist und daß sie unter Selbstverwaltungsrecht nur ein Selbstverwaltungsrecht der Besitzenden versteht.

Die erste Sitzung im neuen Jahre findet am 9. Januar statt.

Zur Extravorstellung der Freien Volksbühne Charlottenburg sind Karten und Marken nur bis Sonnabend in den Zahl-

stellen zu haben. Die Vorstellung findet, wie bereits erwähnt, im Schillertheater N. am Sonntag, den 23. Dezember, nachmittags 3 Uhr, statt. Gespielt wird „Die rote Robe."

Schöneberg.

Der Schöneberger Kriminalkommissar Rucks, von dessen Verschwinden wir gestern bereits den Lesern Mitteilung machten, hat sich gestern im Moabiter Untersuchungsgefängnis selbst gestellt. Er wird beschuldigt, eine Anzahl Schwindeleien verübt zu haben. Als ihm vor einigen Tagen die Möbel gepfändet wurden, verschwand er mit seiner Frau und seinen Kindern. Wie sich jetzt herausgestellt hat, reiste die Familie von hier nach Stettin. Dort logierte sich Rucks als Kaufmann Franz Dorn aus Berlin in einem Hotel in der Grünen Schanze ein. Nachdem seine Frau Geld von hier erhalten hatte, trat die Familie die Rückreise an, und Rucks stellte sich den Gerichtsbehörden.

Ober-Schöneweide.

Gemeinderatssitzung. Die Vertretung erklärte das Mandat des Vertreters der ersten Klasse, Herrn Heegewaldt, als nicht mehr zu Recht bestehend. Durch Umwandlung der Handelsgesellschaft Frister (des Mandatgebers) in eine Aktiengesellschaft komme augenblicklich ein Wahlrecht derselben nicht in Frage. In der Klagesache unserer Genossen auf Ungültigkeitserklärung der letzten Gemeindewahlen ist seitens unserer Genossen und der Gemeindevertretung Berufung gegen das Erkenntnis des Kreisausschusses eingelegt. Zwecks Errichtung eines allen Bedürfnissen entsprechenden Krankenhauses in Oberschöneweide wird die Gründung eines Zweckverbandes mit den Gemeinden Karlshorst, Friedrichsfelde und Friedrichshagen beschlossen. Vom Kreise ist die Hälfte der Bausumme als Beitrag und ein Zuschuß zu den Unterhaltungskosten zugesagt, mit der Bedingung, daß den übrigen Gemeinden des Kreises die Mitbenutzung zusteht. Der der Gemeinde zur Verfügung stehende Krankenhausplatz hinter der Edisonstraße soll, weil zu klein, für nebenliegendes Terrain eingetauscht werden. — Beschlossen wird ferner, den Gemeindefriedhof an die Be- und Entwässerung anzuschließen. Ein genauer Kostenanschlag soll vorgelegt werden. Die Friedhofskommission schlägt mehrfache Aenderungen sowohl der Friedhofs- als auch der Gebührenordnung vor. Hierzu liegen mehrere Anträge unserer Genossen vor. Die Beschlußfassung wird ausgesetzt. Die Gründung mehrerer Lehrerstellen ab 1. April 1907 wird beschlossen, desgleichen die Einrichtung einer höheren Physikklasse in der neuen Gemeindeschule, und auf Antrag des Fortbildungsschulkuratoriums die Schaffung eines Zeichensaales für diese Schule. Die Volksbibliothek soll, da die hierfür bestimmten Räume im Amtshause für das demnächst zu errichtende Gewerbegericht freigehalten werden sollen, in Privaträumen untergebracht werden. Beschlossen wird, bei der Regierung vorstellig zu werden, den Ortsteil Ostend aus der landhausmäßigen Bauklasse in eine Hochbauklasse aufrücken zu lassen. Die Projekte für eine Eisenkonstruktionsbrücke über die Spree als Ersatz für die für den Fuhrverkehr gesperrte baufällige Holzbrücke liegen vor. Die Ausführung soll in Kürze erfolgen. Die Aufnahme einer 500 000 Mark-Anleihe soll möglichst in Teilbeträgen erfolgen. Sie macht sich sofort nötig, da zirka 250 000 Mark Baugelder für den neuen Schulbau bisher aus laufenden Mitteln gedeckt sind. Eine Eingabe der Grundbesitzer wegen Uebernahme der Unterhaltungspflicht der Bürgersteige auf die Gemeinde wird zur Beschlußfassung zurückgestellt. Aus Anlaß verschiedener Vorkommnisse wird eine Vermehrung der Sicherheitsbeamten beantragt. Genosse Grunow schlägt vor, die überflüssige Ueberwachung von Gewerkschafts- und politischen Versammlungen einzustellen, um diese Beamten dem Sicherheitsdienste dienstbar zu machen. Eine anderweite Regelung soll später erfolgen.

Mahlsdorf a. d. Ostbahn.

Die Wahl eines Gemeindevertreters der III. Klasse findet morgen, Sonnabend, den 23. Dezember, von 2 bis 3½ Uhr nachmittags statt. Sozialdemokratischer Kandidat ist der Genosse Helmuth Bartsch. Trotz der ungünstigen Zeit, in welche diese Wahl fällt, werden die Arbeiter ersucht zur Stelle zu sein und dem sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimme zu geben. Heute abend findet noch eine Flugblattverbreitung statt, wozu um rege Beteiligung ersucht wird. **Der Vorstand.**

Versammlungen.

Zu der Berichtigung des Verbandsvorsitzenden Kloß in Nr. 296 des „Vorwärts" zum Generalversammlungsbericht vom 19. Dezember 1906 habe ich zu bemerken, daß dieses nicht mehr eine Differenz zwischen Verbandsvorstand und Klar ist, sondern daß die Ortsverwaltung laut Protokoll vom 21. Oktober 1906 diese Sache zu der ihrigen gemacht hat. Daher ist es wohl nicht unzutreffend, wenn gesagt ist, daß die Vorsitzenden beider Körperschaften in dieser Differenz eine Rolle spielen.

Die Ortsverwaltung Berlin des deutschen Buchbinderverbandes.
J. A.: Ernst Klar.

Vermischtes.

Brand im Weimaraner Hoftheater. Das Weimaraner Hoftheater ist gestern vormittag ein Raub der Flammen geworden. Die Feuersbrunst ist, wie gemeldet wird, durch Kurzschluß entstanden. Menschenleben sind glücklicherweise nicht umgekommen. Die Schauspieler, die gerade eine Probe abhielten, konnten sich sämtlich über die Nottreppe retten. Erst nachmittags 2 Uhr wurde der Brand gelöscht.

In Eisgefahr hat sich, wie die „Hamburger Nachrichten" melden, die in Hamburg eingetroffene Viermasterbark „Ecuador" befunden. Das Schiff traf auf der Höhe von Kap Horn nicht weniger als 86 große Eisberge, die teilweise 200—300 Fuß aus dem Wasser hervorragten. Das Schiff hatte mit ungeheuren Schwierigkeiten zu kämpfen, um aus dem Drifteis herauszukommen. Zwischen den Eisbergen trieb eine große Menge kleineres Treibeis, in dem man eine Menge von Schiffstrümmern bemerkte.

Auslieferung eines Mörders. Wie die Karlsruher Blätter melden, ist die Auslieferung des Dr. Hau, der wegen Mordes an seiner Schwiegermutter verfolgt wird und sich gegenwärtig in London in Untersuchungshaft befindet, bewilligt worden. Die Auslieferung soll demnächst erfolgen.

An Pocken erkrankt. In Mülhausen (Elsaß) ist ein Schüler der oberen Realschule an den Pocken erkrankt, infolge dessen ist die Schule geschlossen und die Impfung sämtlicher Schüler angeordnet worden. In sämtlichen hiesigen Krankenhäusern werden gegenwärtig Schutzimpfungen vorgenommen, da die Ansteckungsgefahr der Pocken immer noch im Zunehmen begriffen ist.

Eisenbahnunfall. Der von Budapest nach Prag abgehende Schnellzug ist gestern nachmittag infolge falscher Weichenstellung bei der Station Kormend mit einem Lokalbahnzuge zusammengestoßen, wobei der Lokomotivführer und der Heizer sowie mehrere Passagiere mehr oder minder schwer verletzt wurden. Die Lokomotive der Lokalbahn ist völlig zertrümmert.

Explosion eines Schiffskessels. Der Dampfer „Wt. Scorell" flog gestern, einer Meldung aus Vicksburg zufolge, während die Ladung an Bord gebracht wurde, in die Luft; 10 bis 25 Personen, meist Neger, sollen getötet und etwa 12 verletzt worden sein. Der Unfall wird einem Kesselschaden zugeschrieben.

Neues Erdbeben. Gestern früh 4 Uhr erfolgte in Siena ein starker Erdstoß, dem ein leichterer folgte. In Poppibonsi wurden gegen 2, 3, 4 und 5 Uhr Erdstöße verspürt, derjenige von 3 Uhr war sehr heftig. Die Bevölkerung verhält sich ruhig.

Von Hamburg wird gemeldet: Die Instrumente der hiesigen Hauptstation für Erdbebenforschung verzeichneten gestern morgen ein stärkeres, sehr fernes Beben um 2 Uhr 35 Minuten, dessen Epizentrum nach einem gestern abend eingelaufenen Telegramm der kaiserlichen Hauptstation für Erdbebenforschung in Straßburg (Elsaß) wahrscheinlich nordöstlich von Australien, vielleicht im südöstlichen Neu-Guinea liegt.

Ueber Bord gespült. Der erste Offizier des spanischen Dampfers „Amboto", der aus Cardiff kommend in Genua eintraf, wurde im Aermelkanal von einer Sturzsee über Bord gespült und ertrank.

Zum Brand des Schulschiffes „Algesiras". Aus Toulon wird gemeldet, daß man in den Trümmern des Schulschiffes „Algesiras" gestern Leichenteile gefunden hat. Es bestätigt sich damit, daß die verschwundenen Matrosen beim Brande umgekommen sind.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 70—75 pr. 100 Pfd., IIa 64—69, IIIa 58—63, IVa 50—56. Kalbfleisch, Doppelländer 115—125, Ia 88—95, IIa 76—86, IIIa 62—74, holl. 50—60. Hammelfleisch Ia 69—77, IIa 54—67. Schweinefleisch 56—65. Rehwild Ia per Pfd. 0,60—0,85, IIa 0,50—0,60. Rotwild Ia 0,40—0,53, IIa 0,00, do. Kälber 0,40—0,53. Damwild 0,40—0,55, do. Kälber 0,48—0,75. Wildschweine 0,85—0,50. Frischlinge 0,50—0,83. Hasen per Stück 3,00—3,25, do. klein und IIa 2,00—2,75. Kaninchen pr. Stück 0,70—0,95. Wildenten pr. Stück 1,65—1,75. Hühner, alte per Stück 1,50—2,75, alte IIa 1,00—1,40, junge per Stück 0,50—1,30. Tauben per Stück 0,30—0,55, junge kleine 0,00, ital. 0,78. Enten, junge per Stück 2,00—2,75, Hamburger, junge pr. Stück 3,25. Gänse, Oderbrucher, per Pfd. 0,50—0,66, do. Ia per Stück 3,00—3,90, IIa 2,50—2,75. Hechte per 100 Pfd. 65—74, matt 0,00. Zander 116, groß 0,00. Schleie uns. 0,00, mittel 0,00, kleine 0,00. Bleie 0,00. Aale, groß 0,00, mittel 0,00, klein 0,00, uns. 0,00. Plötzen 31—33. Karpfen, 25er 0,00, do. 35—50er Lauf. 69—72, do. 70er 66—68, do. 50—70er 69,00, Barse, matt 0,00. Karauschen 50—63, Bleifische 0,00. Wels 0,00. Bunte Fische 44. Amerikan. Lachs Ia neuer per 100 Pfd. 110—130, do. IIa neuer 90—100, do. IIIa neuer 75. Seelachs 20—25. Sprotten, Kieler, Wall 0,75—1,25, Danziger, Wall 0,60—0,80. Flundern, pommersche Ia, per Schock 3—6, do. pommersche IIa 2—4, Kieler, Stiege Ia 4—6, do. mittel per Kiste 2—3, Hamb. Stiege 4—5, halbe Kiste 1,50—2. Bücklinge, per Wall Kieler 3,50—5,00, Stralsunder 5—6. Aale, groß per Pfd. 1,10—1,30, mittelgroß 0,80—1,00, klein 0,50—0,60. Heringe per Schock 4—5. Schellfische Kiste 4—5,00, do ½ Kiste 2—3,00. Kabliau, p. 100 Pfd. 20—25. Heilbutt 0,00. Sardellen, 1902er per Kufer 95, 1904er 95, 1905er 93, 1906er 73—75. Schottische Vollheringe 1905 0,00, large 40—44, full. 36—38, med. 35—42, deutsche 37—44. Heringe, neue Matjes, per ½ To. 60—120. Sardinen, russ., Faß 1,50—1,60. Bratheringe, Büchse (4 Liter) 1,50—1,75. Neunaugen, Schockfaß 11, kleine 5—6, Riesen- 14. Hummern, kleine, per Pfd. 0,00. Krebse, per Schock, große 0,00, mittel 0,00, kleine 0,00, unsort. 0,00. Galizier, groß 0,00, mittel 0,00. Eier, Land-, per Schock 4,00—5,00. Butter per 100 Pfd. Ia 123—125, IIa 115—123, IIIa 110—114, abfallende 95—105. Saure Gurken Schock 3,50—4,00, Pfeffergurken 3,50—4,00. Kartoffeln per 100 Pfd. 0,00, magnum bonum 2,00—2,10, Daberche 2,00—2,10, Rosen 0,00, weiße 1,75—2,00, Salatkartoffeln 4,00—6,00. Spinat per 100 Pfund 12,00—16,00. Karotten per Schockbund 3,00—4,00. Sellerie, hiesige, per Schock 4,00—5,00, do. pommersche 4,00—5,00. Zwiebeln große, per 100 Pfd. 3,00—3,50, do. kleine 2,00—2,25, do. hiesige (Perl-) 0,00. Charlotten 60—70. Petersilie, grün, Schockbund 1,50—1,75. Kohlrabi per Schock 0,00. Rettig, bayr., per Schock 2,40—4,80. Radieschen per Schockbund 1,00—1,50. Salat, per Schock 0,00, do. Escarole, per Mandel 1,25—1,50, do. Endivien 1,75—2,00. Mohrrüben per 100 Pfd. 2,50—3,00. Teltower Rüben per 100 Pfd. 8—10. Weiße Rüben, große 2—2,50, kleine 5—6. Rote Rüben 1,50—2. Blumenkohl holl. per Kopf 0,00, ital. Kopf 0,15—0,25. Wirsingkohl per Schock 3,00—6,00. Rotkohl p. Schock 3,00—8,00. Weißkohl Schock 2,00—3,00. Rosenkohl p. 100 Pfd. 18—20. Grünkohl per 100 Pfd. 3—4. Schnittlauch 12 Töpfe 4—4,50. Kohlrüben, Schock 2—3. Kürbis 5—8. Birnen, per 100 Pfd. hiesige 7—16, böhmische 8—20. Aepfel, per 100 Pfd., hiesige 3—20, Grafensteiner 0,00, Tiroler in Fässern 17—30, Kiste 32—80, Amerik. 19—30. Wallnüsse per 100 Pfd. 16—20, do. rumänische 20—25, do. franz. Cornes 28—30. Paranüsse 66—70. Haselnüsse lange 43—45, runde 33—35. Zitronen, Messina, 300 Stück 8,00—10,00, 360 Stück 7,00—9,00, 200 Stück 7—11. Apfelsinen, Jaffa, per Kiste 8—14, Murcia 200er per Kiste 7—12, do. 300er 9—11, Valencia 420er per Kiste 13—20, do. 714er 18—23.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 16, Aufgang 4, eine Treppe (Handelshütte Bellealliance, Durchgang auch Lindenstr. 101), wochentäglich von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

— **Hoffmann, Swinemünderstr. 47.** Druckfehler, Komma verrutscht, wird im Kalender 1908 berichtigt werden. — **Thale 100.** Der Vater und jedes der Kinder ersten, falls nicht etwa ein Erbvertrag vorliegt, sofort je ¼. — **A. H.** Sie sind zur Alimentation Ihrer Ehefrau und Ihrer Kinder verpflichtet, da die Ehefrau sich mit Ihrem Willen außerhalb der Ehewohnung aufhält. Zur Erziehung der Kinder sind an sich Sie berechtigt, indessen kann die Ehefrau beim Vormundschaftsgericht verlangen, daß ihr ein Miterziehungsrecht eingeräumt werde. Suchen Sie eine Einigung in Güte; so lange Sie die Ehefrau nicht aufnehmen, sind Sie gesetzlich im Unrecht. — **E. S. 66.** Ueber Spielfragen zu entscheiden, müssen wir ablehnen. — **R. D. 88.** 1. Ja eventuell können Sie klagen. 2. Falls die Ehefrau einen gerechtfertigten Grund hat, sich von der Ehewohnung fern zu halten, müssen Sie sie auch außerhalb der Wohnung unterhalten. Dasselbe trifft zu, wenn Sie sie nur zum Schein auffordern, zurückzukommen. 3. und 4. Ja. 5. Sie würden wegen Mordes bestraft werden. — **H. G. 4.** Nein. — **H. S. 51.** Mir. — **H.** Nein. — **Grunwald 60, Bth. und andere.** Die Ansicht, daß der Reichstag nur dreimal aufgelöst werden könne, ist irrig. Er kann beliebig oft aufgelöst werden. — **R. H. 24.** 1. Pfändung findet nur wegen des letzten Vierteljahres statt. 2. Mit Vollendung des 21. Lebensjahres wird man ohne Weiterungen volljährig. — **Domsch, Zahlabend.** 1. Nach Ansicht des Oberverwaltungsgerichts: Nein. 2. Nein. 3. Trotz der Ansicht des Oberverwaltungsgerichts soll Aufnahme in die Wählerliste verlangt werden.

Witterungsübersicht vom 20. Dezember 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	781	S	2	heiter	—4	Haparanda	765	SW	4	bedeckt	1
Hamburg	781	NNO	3	Schnee	0	Petersburg	780	SW	1	bedeckt	—7
Berlin	781	O	2	bedeckt	—4	Scilly	775	OSO	2	wolkig	9
Frankf. a. M.	777	NO	3	bedeckt	0	Aberdeen	772	SSW	2	bedeckt	8
München	776	NO	3	bedeckt	—5	Paris	776	NNO	2	bedeckt	0
Wien	778	N	2	bedeckt	—6						

Wetter-Prognose für Freitag, den 21. Dezember 1906.
Trocken und zeitweise heiter, etwas kälter bei mäßigen südöstlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

INSERATE

für die **nächste Nummer** müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags des vorherigen Tages in **unserer Expedition** abgegeben werden.

Größere Anzeigen
für die
Sonntags-Nummer
erbitten dagegen schon bis
Freitag nachmittag 5 Uhr,
da nur in diesem Falle die Aufnahme garantiert ..... werden kann. .....

Die Beerdigung des Genossen
Max Hoene, 4345
Lehrterstr. 41, findet nicht am Freitag, sondern am Sonnabend, den 22., nachmittags ½2 Uhr, in Friedrichsfelde statt. **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Former
Traugott Hillner
gestorben ist. 166/4
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Lichtenberger Kirchhofes in Lichtenberg aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser
Max Gollnick
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 23. Dezember, nachmittags 1 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses am Urban aus nach dem neuen Jakobi-Kirchhof in Rixdorf, Hermannstraße, statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Handlungsgehilfen u. Gehilfinnen Deutschl.
(Bezirk Berlin.)
Am 18. d. Mts. verstarb unser Mitglied, Kollege
Max Hoene
Lehrterstr. 41.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Sonnabend, nachmittags ½2 Uhr, von der Halle des Städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
298/16 **Die Ortsverwaltung.**

Vereinigung der Musikinstrumenten-Arbeiter
Berlins und Umgegend.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege
Berthold Zimmermann
nach kurzer schwerer Krankheit im Alter von 24 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntagvormittag 9 Uhr von der Leichenhalle des Krankenhauses am Urban aus nach dem Thomas-Kirchhofe statt.
Um rege Beteiligung ersucht
168/2 **Der Vorstand.**

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41,
Spezialarzt für 165
Haut- und Harnleiden.
10—2, 5—7. Sonntags 10—12. 2—4.

Am 18. Dezember verschied nach kurzem schwerem Leiden unser Kollege
Berthold Zimmermann.
Wir werden sein Andenken in Ehren halten. 4296
Die Kollegen der Pianofabrik von
A. Grand.

Zentral-Verband der Schmiede.
Zahlstelle Berlin.
Gestorben ist das Mitglied
Julius Teetz
Rixdorf, Schönweiderstraße 15.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 21. Dezember, nachmittags 3 Uhr, auf dem Rixdorfer Kirchhof, Mariendorferweg, statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
183/3 **Die Ortsverwaltung.**

Teppiche
mit wenig sichtbar. Farbenfehlern
Gardinen, Steppdecken spottbillig
Portieren, Tischdecken
reich bestickt Mk. 1,75.
Louis Gordan, Berlin
Oranienstr. 42 (Oranienplatz).

Fertige Fries
Fenstermäntel
3104L*
Stück **2,25, 2,85, 3,35, 4,50**
Portierenfries Mtr. **2—4,50**
Proben franko.
Teppich-Haus **Emil Lefèvre**
Oranienstr. 158 Berlin Süden
Bis 10 Uhr geöffnet.

Pelz-Stolas,
Muffen,
sowie alle sonstigen
Pelzwaren
empfiehlt nach beendeter Engros-Saison zu außergewöhnlich billigen Preisen
R. Michaelis,
Kürschnermeister,
Große Frankfurter-Straße 99.
Kein Laden! I. Etage

Solinger Stahlwaren
Wilhelm Dietz, Brunnen-Straße 5, am Rosenthaler Tor.
Schlittschuhe in großer Auswahl.

Möbel-Fabrik und Lager kompletter Wohnungs-Einrichtungen
zu Fabrikpreisen — Eigene Werkstätten — empfiehlt
Julius Apelt, Skalitzerstr. 6, am Kottbuser Tor. *

Oscar Arnold
Hüte, Mützen und Pelzwaren
Engros! Export!
Dresdenerstr. 116 (kein Laden).
Einzelverkauf!
zu sehr niedrigen Preisen, zirka 100 verschiedene Sorten Kolliers und Stolas in allen modernen Pelzarten.
Großes Lager in Muffen, Kinder-Garnituren, Herren und Knaben-Kragen und Pelzmützen.

Aepfel, kräftige, uckermärkische Dauerware, pro Pfd. v. 8—28 Pf. noch vorrätig bei
Fritz Wilke, Brunnenstr. 188, Amt III 6325. *

Offeriere in nur frischer Ware:
Hasen
große schwere für nur . . . M. **3,00**
große wilde Kaninchen . . . **0,90**
Rehkeulen, Rehrücken, Rehblätter.
Fette junge Hühner, junge Tauben.
Gänse 187/2
Pfd. 60 u. 65 Pf. in riesiger Auswahl.
Wegner, SO., Mariannenstr. 34.

Hüte — Mützen
tadellose Ware, billig, modern,
Gustav Palm, Hutmacher,
Grünauerstr. 6, part.

Weihnachtsgeschenke für Herren.

Schlafröcke aus farb. Seidenplüsch mit Atlas-Steppfutter, Double, Satin, Velour etc., mit Samt- und Tuchbesatz oder Schnürung . . . . . von **10** Mk. an.

Hausjoppen, Samt, Plüsch, Flamme, Double etc., allerneueste Fassons, elegante Ausstattung . von **8,50** Mk. an.

Fantasie-Westen in allen modern. Dessins, aus Seide, Halbseide, Wolle etc., ein- und zweireihige Fassons . . . . von **2,25** Mk. an.

Beinkleider, Kammgarn, Cheviot, Melton, Satin etc., i. allen Weiten und Längen vorrätig. Eleganter Schnitt, vornehme Ausstattung . . . . . von **3,50** Mk. an.

Umtausch bis 31. Dezember gestattet.

Dauerhaft — **Gelegenheitskauf** — Elegant
3 Meter Stoff zum Herren-Anzug 8,70 Mk.
Stoffmuster gratis. — Stoffmuster gratis.

Hermann Vandsburger,

SW., Friedrichstr. 7 (nahe Belleallianceplatz),
NW., Turmstr. 30a, (Ecke Wilhelmshavenerstr.).
Sonntag geöffnet 8—10 u. 2—8 Uhr.

Bevor Sie kaufen

beachten Sie bitte meine **Riesen-Auswahl** in 3285L*

Uhren, Brillanten, Gold und Silberwaren

in den neuesten und modernsten Mustern und zu **ganz auffallend billigen** Preisen.

Brunnenstr. 112 Ecke der Voltastraße. **Rud. Plunz,** **Brunnenstr. 112** vis-a-vis der Lortzingstraße.

Kein Laden, nur 1 Tr. — Preisliste franko. — Kein Laden, nur 1 Tr.

Reellste, direkte und billigste Zigarren-Engros-Bezugsquelle!

St. Felix Brasil — Nebenstehende Original-„St. Felix Brasil" 100 St. M. **3.75**

Tom Morton — Nebenstehende Original 8 Pf.-Zigarre mild u. pikant 100 St. M. **4.35**

Kl. Mexico . . . 100 St. M. 2.75 | Flor de Eminante, mild, 100 St. M. 4.— | St. Andres Mexico, vors. 100 St. M. 4.35
Preferida, 5 Pf.-Zig. „ „ „ 3.— | New Cuba, ff. 7 Pf.-Zig. „ „ „ 4.50 | Mercedes, hochfein „ „ „ 5.—
Havana Star mild „ „ „ 3.50 | Diadema, zart mild „ „ „ 4.85 | Senta, 10 Pf.-Zigarre „ „ „ 6.—

Verkauf nicht unter 100 St. — 300 St. franko Deutschland Nachnahme. — Nichtzusagendes erbitten zurück.

Präsentkisten, beste Qualitäten, zu 25 St. —.90 1.— 1.25 1.35 1.50 1.75 2.— usw. eleganteste Ausstattung zu 50 St. 2.— 2.25 2.50 2.75 3.— 3.25 usw.

Czollek & Geballe, Zigarren-Fabrik-Engros-Lager, Berlin C. Spandauer Brücke 7 I Tr. Zweites Haus vom Hackeschen Markt.

Geöffnet bis 10 Uhr abends. — Sonntags bis 8 Uhr abends.

Telephon: Amt III, No. 1939.

Deutschlands größtes Spezialgeschäft für

Bettfedern

Erste Bettfedernfab. m. elekt. Betriebe

Gustav Lustig
BERLIN S. Prinzenstr. 46

versendet geg. Nachnahme garantiert neue und gut entstäubte, gut füllende Bettfedern p. Pfd. M. 0.55-1.00-1.25; prima Halbdaunen M. 1.75; Gänserupffedern M. 2.00; prima weiße Gänsehalbdaunen M. 2.50-3.00-3.50 echt chines. Monopoldaunen M. 2.85, echt russisch. Matador-Gänsedaunen M. 3.50 } preiswert. Von den Daunen genügen 3—4 Pfd. zum groß. Oberbett. — Gänsefedern (3 Reihen) M. 0.60 per Pfund; Gänseschlachtfedern, wie sie von der Gans fallen, mit allen Daunen M. 1.50. Proben und Preisliste gratis. Umtausch oder Rücksendung gestattet. Verpackung kostenfrei.

Letztjähriger Umsatz über 2000 Zentner Bettfedern, von keinem zweiten Betten- u. Bettfedergeschäft erreicht.

Weihnachts-Geschenke

Spieldosen, Grammophone, mit und ohne Glockenspiel. beste Familienunterhaltung.

Teilzahlung gestattet

Großes Lager von Platten, Nadeln usw.
Werkmüller & Jacob, Spezialhaus für **Musikwerke,** elektr. Pianos, Orchestrions für Restaurants, Cafés.
Dresdenerstraße 44, parterre (kein Laden).
Vorzeiger dieser Annonce erhalten beim Kauf 5 Prozent Rabatt.

Riesen-Napfkuchen

für **50 Pfennig.** **Blechkuchen** versch. Art **Mk. 1,75.**

Vorzügliche abgeriebene **Napfkuchen** u. **Stollen** à M. 1,—
nur allein in:
Albrechts Bäckereien: Krautstr. 19, Wrangelstr. 135, Lausitzerstr. 2, Falckensteinstr. 32, Pücklerhalle 222/223, Andreashalle 16/18.
Zentrale: Boxhagenerstr. 13.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Weihnachts-Ausverkauf! Großer Posten Japaner- und Perser-Teppiche, 2 Meter lang, 3,35, 3,65, 5,85. Bettvorleger, Stück 0,38, 0,84, 1,25, 1,85, 2,15, 2,65, 2,95 usw., nur so lange Vorrat. 2091R*

Fabrikmuster, echte Plüschteppiche, unbedeutende Webfehler, 15 Prozent Rabatt, nur kurze Zeit. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, zweites Haus von der Koppenstraße. 2092R*

Fabrikmuster, Plüschtischdecken mit kleinen Stickfehlern, reiche Stickerei, 10 Prozent Rabatt, 6,85, 7,50, 9,85, 12,50 usw. 2093R*

Tischportieren, Fabrikmuster, mit Querbehang, 3,65, 4,35, 5,25, 5,75, 6,90 usw., nur so lange Vorrat. *

Plüschportieren, Fabrikmuster, mit Querbehang, reich gestickt, 7,35, 7,85, 8,90, 9,50 usw. 2095R*

Tullbettdecken, Reisemuster, nur kurze Zeit, 1,85, 2,25, 2,85, 3,65, 4,35 usw. 2096R*

Steppdecken, seltene Gelegenheit, 2,85, 3,50, 4,35, 5,50, 6,50, 7,85 usw. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, zweites Haus von der Koppenstraße. 2097R*

Vollständiger Ausverkauf. Zurückgesetzte Gardinen, 1—6 Fenster, bis 30 Prozent herabgesetzt, noch extra 15 Prozent Rabatt. 2098R*

Vorziehgardinen, weiß, creme, gold und rot, Fenster 1,40, 1,85, 2,15, 2,45, 2,85 usw. 2099R*

Einmaliges Angebot: Imitierte Kamelhaardecken, jetzt Stück 3,85, schwere Schafwolldecken, jetzt Stück 6,35, wert das Doppelte. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, zweites Haus von der Koppenstraße. 2100R*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 1†

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Federbetten, Stand 10,50, große 16,00, Gardinen, Wäsche, Decken, Winterpaletots, Uhren, Goldsachen spottbillig Pfandleihhaus Küstrinerplatz 7. 2123R*

Steppdecken, schönstes praktisches Weihnachts-Geschenk, spottbillig und reell, direkt Fabrik, Große Frankfurterstraße 60, I, kein Laden. Sonntags geöffnet. 2102R*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 268/14*

Musikwerke, Sprechmaschinen. Teilzahlungen. Invalidenstraße 20. Skalitzerstraße 40. 1936R

Pfandleihe. Silberne Damen- und Herrenuhren 5,00, dreikapselige Ankeruhren 13,50, Massivgold-Damenuhren 10,00, 585 gestempelt, 16,50. Uhrketten, Wert 12,00, nur 4,00. Andreasstraße 38. 2118R*

Weihnachts-Regulateure, Freischwinger, Brosche mit Ohrringen 5,00, Armbänder, Ringe 1,50, gestempelt 333. Pfandleihe Andreasstraße 38. Elektrische nach überall. 2119R*

Hochvornehme Herrenanzüge, Herrenpaletots aus feinsten Matzstoffen 18 bis 38,00, Hosen 7—12,00 verkauft täglich, Sonntag. Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63, I. *

Linoleumläufer, Teppiche, kleine Fehler spottbillig, Müller, Große Frankfurterstraße 45/46. †37*

Paneelsofas, Muschelsofas, Schlafsofas, Chaiselongues, Paneelbretter, Salongarnitur, spottbillig. Gubenerstraße 54, Tapezierer. †37*

Kanarienhähne, Seiffertstamm, billig. Mahnke, Görlitzerstraße 32. *

Plüschsofa, neues, sofort. Fuerst Friedrichsfelderstraße 17. †37*

Weihnachts-Geschenke verkauft billig Herrenanzüge, Knabenanzüge, Paletots, Joppen, Arbeitshosen, Wäsche, große Auswahl. Stoffreste, großes Lager. Resterhandlung Wilhelm Zange, Turmstraße 84. Zweites Geschäft Alt-Moabit 82. Drittes Geschäft Flensburgerstraße (Stadtbahnbogen). †79*

Monatsanzüge und Winterpaletots von 5,00, Joppen von 4,50, Hosen von 1,50, Gebrauchsanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Naz, Mulackstraße 14. 411b*

Augenblicklich besondere Gelegenheit, Möbel auffallend billig zu kaufen für Brautleute, Pensionate. Ueberzeugen Sie sich. Hirschowitz, Skalitzerstraße 25. 2088R*

Gaskronen, Petroleumkronen ohne Anzahlung, Woche 1,00. Louis Böttcher (selbst). — Spezialhäuser: Boxhagenerstraße 32 (Bahnverbindung Warschauerstraße), Reinickendorferstraße 116, Schönhauser Allee 80, Potsdamerstraße 81, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 247 (Hermannplatz.) 1989R*

Rosenberg, Kottbuserdamm 98. Knabenanzüge, Mädchenkleider, unerreichte Auswahl. Spottpreise. Damenjacketts 5,75, 7,50, 10,50; lange warme Wintercapes 5,75; Havelocks 5,50, 7,50; Bolero, Astrachan, Astrachanpaletots enorm billig, Riesenauswahl. Alle Sorten Reste, feinste Kostümstoffe, Eisbärstoffe, Astrachan, Breitschwanz, Seidenplüsche; Reste für Knabenanzüge, Spottpreise. 2101R*

Simillseidene Steppdecken 4,85 (Seidenersatz), Wollatlas-Steppdecken 4,25. Bunte Kretonnesteppdecken 2,85. Teppichhaus Emil Lefèvre, nur Oranienstraße 158. 2025R*

Harzer Kanarienhähne eingetroffen Restaurant Kommandantenstraße 52.

Bücher kauft, beleiht Antiquariat Kochstraße 56, I. 1872R

Uhren, goldene, silberne Herren-, Damenuhren, Teppiche, Steppdecken, Betten verkauft billig Pfandleihe, Oranienstraße 177. (Adalbertstraße.)

Winterpaletots in enormer Auswahl 18 bis 50 Mark bei Herrmann Schlesinger, Turmstraße 58. 1968R*

Möbelfabrik Dresdenerstraße 8 (Kottbuser Tor). Wohnungs-Einrichtungen, Küchenmöbel, Polstermöbel, nachgedunkelte Mahagonimöbel, Möbeleintausch (Ratenzahlung). Scheidt, Tischlermeister. 1976R*

Stukkateur-Kittel, Stukkateur-Hosen, Stukkateur-Mützen, Stukkateur-Schürzen, beste Qualitäten bei Herrmann Schlesinger, Turmstraße 58. *

Weihnachtsgeschenke, Büfetts, Sofas, Garnituren, Umbauten, Schreibtische schon für 38,—, Bücherschränke 65,—, entzückende Küchen 60,—, wunderhübsche Luxusmöbel, auffallend billige Preise, staunende Auswahl. Hirschowitz, Skalitzerstraße 25. *

Herrenrad, hochelegant, abreisehalber spottbillig Schönhauser Allee 9, Quergebäude II. 271/6

Singerbobbin, fast neu, Ringschiffchen 20,00, Garantie. Alexanderstraße 12. 217/15*

Musikwerk verkauft Schmidt, Fidicinstraße 15. 432b

Zigarren, gut abgelagert, empfiehlt Freunden und Genossen zum Weihnachtsfeste B. Koldin, Bülowstraße 56.

Restaurant zu verkaufen Spedition, Petersburger Platz 4. †122

Restauration wegen Bezugs nach außerhalb, Existenz garantiert. Erfragen Räther, Restaurant, Huttenstraße 9. †79

Restauration, für Genossen passend, umständehalber verkäuflich. Auskunft erteilt Gutschmidt, Kottbuserdamm 8.

Gelegenheitskauf. Schuldenhalber angenommene Pelzstolas gibt billig ab Schlesinger, Neue Königstraße 7 III rechts. 217/14*

Preßkohlen-Ausverkauf, 1000 Zlse 8,50, Anker 8 Mark, ganze Waggons billig, Rixdorf, Donaustraße 5. 423b

Gebrauchte Teppiche, Betten, Remontoiruhren, Uhrketten, Steppdecken, Tischdecken, Gardinen, Portieren, Regulatoren, Operngläser, Gaskronen, Bilder, Spiegel spottbillig. Lucke, Grünerweg 113. 433b*

Schneiderbude verkauft billig Kolleng, Wilhelmstraße 21, zweiter Hof IV. 436b

Nähmaschinen, Teilzahlungen 1,00, gebrauchte Singerbobbin 25,00, Ringschiffchen, Adlernähmaschine, Singersysteme 10,00, 15,00, Garantie. Dicke, Mechaniker, Grünerweg 124. 2145R*

Nähmaschinen. Alle erstklassigen Systeme, Wäschemangeln, Wringmaschinen billigst. Bequeme Teilzahlung. Zuschneidekursus kostenlos. Hruda, Rosenthalerstraße 19. 233b*

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, Knabenfahrrad, sofort 35,00. Große Frankfurterstraße 14, Restaurant Jakob. 437b

Parteilokal, Metallarbeiter passend, neben großen Fabriken, Miete 1600, Ausschank 28/2 Bairischbier, 8/2 Weißbier, Jahresumsatz 15 000 Mark, weil Tour verlassen, günstig zu übernehmen. Auskunft Willner, Lebuserstraße 3.

Säulentrumeau, großer, Kristallglas, 65,00, Facetteglas 45,00, Ritterstraße 112 II. 189/14

Kanarienroller 4,00—20,00, Alexanderstraße 12. 217/16

Pianinos, Riesenlager hochfeiner Instrumente, gebrauchte, neue, sämtlich selten billige Gelegenheiten. Eichenpianinos, Mahagoni-, Nußbaumpianinos (mehrere Hoflieferanten), billige Instrumente 75,00, 100,00. Ferner einige wunderbare Prachtstücke. Leihhaus Lohmann, Neue Schönhauserstraße 11. 271/5*

Fahrräder, verfallene, billigster Weihnachts-Einkauf nur Neue Schönhauserstraße 11 (Leihhaus). Kleinste Preislagen 15,00, 25,00, 30,00. Ferner Kugelräder, Damenräder spottbillig. Außerdem neue Fahrräder, Riesenposten, äußerst günstige Gelegenheit. Einzelverkauf an jedermann. Leihhaus Lohmann, Neue Schönhauserstraße 11. 271/1*

Festgeschenke, Aussteuerwäsche, Bettinlette, Weckeruhren, Freischwinger, Regulatoren, neue, Riesenauswahl, spottbillig. Weidenweg neunzehn.

Gänse! Gänse! frischgeschlachtet, äußerst billige Preise, sind zu verkaufen Samariterstraße 21. Bettfedern-Verkauf. Paul Hoff. 189/7*

Gelegenheitskauf. Damenhemden, Herzjasson mit gestickter Passe 1,25, Herrenhemden 1,25. Bettwäsche, Arbeiterhemden, Normalwäsche, sowie einzelne Reisemuster spottbillig. Wäschefabrik Salomonsky, Dircksenstraße 21, Alexanderplatz. 217/17

Nähmaschinen ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte tadellos, spottbillig Köpenickerstraße 60/61, Große Frankfurterstraße 43, Prenzlauerstraße 59/60. †88*

Nähmaschinen! Vergütet bis 15,00, wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Brauler, Tilsiterstraße 90. †36*

Verschiedenes.

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a. 927b*

Pfandleihe, Prinzenstraße 68, täglich 8—8, Sonntags bis 2 [1908R*

Rixdorf, Bruses Festsäle, Kniebeckstraße 113, Restaurant, Garten, Vereinszimmer, Parkettsaal (600 Personen). Sonntags Ball. †116*

Umsonst! Zementfällungen, zahnärztliches Institut, Chausseestraße 2 B, Hof II. 270/4*

Kunststopferei von Frau Kokosky, Charlottenburg, Goethestraße 84, I. *

Den Genossen und Bekannten zur Nachricht, daß ich neben meinem Kolonialwarengeschäft noch eine Gastwirtschaft eröffnet habe und bitte mich in meinem Unternehmen unterstützen zu wollen. Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. Ein kleineres Vereinszimmer steht zur Verfügung. Gaktus Tempel, Adlershof, Kronprinzenstraße 46. 2147R

Vermietungen.

Wohnungen.

Hochmoderne Kleinwohnungen billig Türkenstraße 17, am Paul Gerhardtstift. 2090R*

Oudenarderstraße 36, 37, 38, Leere Stuben, Kleinwohnungen, sofort billig. 2885*

Warthestraße 63, 64. Läden, Wohnungen, 2 Stuben, Küche, Bad, Erker, 1 Stube, Küche, Balkon oder Erker sofort billig. 2895*

Schlafstellen.

Teilnehmer zur möblierten Schlafstelle, Urbanstraße 65, vorn, rechter Aufgang II links. 354b

Möblierte Schlafstelle vermietet König, Boxhagenerstraße 38, Hof parterre. 435b

Schlafstelle für Freunde Admiralstraße 16, Gartig. 439b

Mietsgesuche.

Junger Mann sucht allein einfach möblierte Schlafstelle, Nähe Halleches Tor oder Kreuzberg sofort oder zum 1. Januar. Offerten unter H. H. 73 Postamt 61. 427b

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Gläser, Mulackstraße 27. 1465b

Stellenangebote.

1 Chirurgie-Mechaniker für Orthopädie, 1 Chirurgie-Mechaniker für Schleiferei und Reparaturen sucht B. Hartwig, Johannisstraße 22. *

Hausreinigung ohne Wohnung, Huselandstraße 26. 431b

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Gesucht per sofort von einer plastischen Kunstanstalt tüchtige

Polychromeure,

die im Abtönen antiker und moderner Büsten durchaus bewandert sind. *
Offerten mit Angabe der Lohnansprüche unter **R. 5** Exp. d. „Vorw.".

Rechnerinnen,

intelligente junge Damen, welche flott rechnen können, zum sofortigen Eintritt gesucht. Meldungen mittags 1—2 oder abends 8—9 Uhr. [31812*
A. Jandorf & Co.,
Bellealliancestraße 1—2.

Achtung! Achtung!

Klavierarbeiter!

Ueber die Pianofabrik **Bell & Co., Andreasstr. 32** und **Grüner Weg 79,** die unter der Firma **Neugebauer Nachf.** Arbeitswillige sucht, ist nach 14wöchigem Streik die

Sperre dauernd

verhängt. 141/16*
Zuzug streng fernhalten.
Vereinigung der Musikinstrumentenarbeiter.

Arbeiter-Sekretariat Nürnberg.

Im **Arbeiter-Sekretariat Nürnberg** ist die Stelle eines

Arbeiter-Sekretärs

zu besetzen. Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen Organisation und Kenntnis der sozialpolitischen Gesetzgebung ist Bedingung.

Bewerbungen unter Angabe der bisherigen Tätigkeit bis spätestens 10. Januar 1907 an das Arbeiter-Sekretariat Nürnberg, Egidienplatz 22, mit der Aufschrift **„Bewerbung".** 298/16*

Der Eintritt soll möglichst bald erfolgen.

Die Aufsichtsstelle. I. V.: Aug. Schmidt.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW.